

Paul, Gerd

Book Part — Digitized Version

Kritik und Aktualität der Volksfrontkonzeption

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Paul, Gerd (1974) : Kritik und Aktualität der Volksfrontkonzeption, In: Peter W. Schulze (Ed.): Übergangsgesellschaft: Herrschaftsform und Praxis am Beispiel der Sowjetunion, ISBN 3-436-01923-2, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M., pp. 293-391

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112486>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Kritik und Aktualität der Volksfrontkonzeption

Für Angela, Berlin im Dezember 1973

Dialog zwischen Stetten und Dion:
»Wiederholen Sie, was Sie damals gesagt haben.«

»Wir werden den Betrug mit Lügen zudecken, habe ich gesagt und die Lügen werden Wahrheit werden und der Betrug wird aufhören, Betrug zu sein — wenn wir der Revolution nur treu bleiben, wird das Krumme wieder gerade werden, das habe ich gesagt.«

»Und warum glauben Sie jetzt nicht mehr, daß das Krumme wieder gerade werden wird und daß die Lügen sich in Wahrheiten verwandeln werden?«

»Der Betrug hat aufgehört nur ein Mittel zu sein, er ist zur Einrichtung geworden . . .«

(Manes Sperber, *Wie eine Träne im Ozean*, Berlin 1971, S. 342)

Vorbemerkung

Nicht zuletzt die Ereignisse in Chile, die vorläufige — und möglicherweise auf lange Sicht endgültige — Niederlage der in der Volksfront und ihrer Regierung koalisierten Parteien und politischen Gruppierungen nach dem gewaltsamen Putsch einer mit faschistischer Brutalität sich durchsetzenden Militärclique, reaktualisieren die Frage nach den Möglichkeiten und Chancen sowie dem effektiven Handlungsradius einer im Rahmen bürgerlich-parlamentarischer Institutionalität sich konstituierenden Volksbewegung, deren Anspruch darauf hinaus-

läuft — was die sozialistischen und kommunistischen Koalitionspartner betrifft —, mehr zu wollen, als nur die radikale gesellschaftspolitische Modifikation und Einebnung spürbarer Klassenwidersprüche und Disparitäten.¹

Wenn man jedoch die letztere Feststellung (die sich darauf beschränkt, aus dem Negativen die allgemeinsten Absichten der sozialistisch-kommunistischen Teilhaber bisheriger historischer Volksfrontbündnisse anzudeuten) positiv zu wenden versucht, Volksfront also als nicht überspringbare Etappe und in diesem Sinne als konzentrierte und legale Bemühung zur Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft verstehen will, so gerät man leicht auf jene Ebene historischer Darstellung, die das Gelingen wie das Scheitern politischer Bewegungen dieser Art als abhängig vom subjektiven Engagement, der Geradlinigkeit und dem Wollen der daran Beteiligten zu betrachten pflegt, und enthebt sich somit der Fragestellungen nach innerer Widersprüchlichkeit, diffuser und unabgeklärter Interessenlage, praktischer Handlungsbeschränktheit, realen Konsequenzen und objektiver Funktion der Volksfrontbündnisse und ihrer jeweiligen Politik.

Gerade am Beispiel des praktischen Verhaltens der kommunistischen Parteien in den dreißiger Jahren, deren eine davon, die französische, als Protagonistin und treibende Kraft der Volksfronttaktik gilt, kann deutlich werden, inwieweit explizit formulierter Anspruch — die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats — sich vor dem Spannungsfeld der objektiven Realität verliert, zum verbalrevolutionären Alibi verblaßt (wobei der bis 1934 verfolgten Sozialfaschismuspraxis nicht implizit revolutionärer Gehalt zugesprochen werden soll).

Die Bewältigung der jeweils unterschiedlichen nationalen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Realität mußte, um die Überwindung bisheriger Erfolglosigkeit — oder gar existenzieller Niederlage im Falle Deutschlands — zu erreichen, gegebenenfalls durch Revision von Theorie und Praxis durchgesetzt werden.

Handlungs- und theoriekonstitutive Realität hieß für die kommunistischen Parteien jener Phase:

1. Verpflichtung auf das (vorgeblich) Wirklichkeit gewordene Endziel (und kollektive Identifikationsobjekt): die Sowjetunion, das ›Vaterland aller Werktätigen‹;
2. Ein- und Unterordnung in die die Internationalität und Einheitlichkeit der Bewegung garantierende sowie als wechselseitiger Transmissionsriemen fungierende III. Kommunistische Internationale (KI).

In diesem Bedingungsgefüge kommunistischer Politik hat sich

¹ Vgl. beispielsweise die vielfältigen Äußerungen Allendes dazu in: S. Allende, Chiles Weg zum Sozialismus, Wuppertal 1972.

die Volksfronttaktik der Komintern 1934 bis 1935 entwickelt, entfaltet und brach sie sich und fand sie schließlich ihre vorläufige Suspendierung 1938 bis 1939.

Absicht dieses Beitrages hierzu soll es nun weniger sein, eine weitere Geschichte der Volksfronttaktik der Komintern zu schreiben, um am Ende des historischen Nachvollzuges die ›Schuldfrage‹ zu stellen und Zensuren zu verteilen, sondern es soll hier eher der Versuch unternommen werden, jenen realpolitischen Bezug in die Kritik der Volksfrontkonzeption systematisch aufzunehmen, der eine ›Front‹ des proletarischen, bürgerlich-kleinbürgerlichen und bäuerlichen Volkes zum verbindlichen und kategorischen Bündnisfeld ›revolutionär-kommunistischer Politik erklärte und andere Möglichkeiten bündnispolitischen Handelns grundsätzlich auszuschließen schien; der darüber hinaus das positive Bekenntnis zur bürgerlich-parlamentarischen Republik einschloß, mit dem Verweis auf die durch den Sieg des Faschismus in Deutschland und die Offensive der faschistischen Bewegungen in den anderen demokratischen Staaten Europas bedingte Alternativlosigkeit.

Die unproblematisierte und fragwürdige Eindeutigkeit und Eingleisigkeit der Politik der in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Parteien im Rahmen der obengenannten Linie ab 1934/35 findet einen Erklärungsbezug in der damaligen ökonomischen, gesellschaftlichen und weltpolitischen Situation der Sowjetunion, deren Zwangslage die Inanspruchnahme aller nur entlastenden Möglichkeiten notwendig machte — wobei die seit 1927/28 in immer stärkerem Maße der sowjetischen Politik mediatisierte Kommunistische Internationale wesentliche Funktionsbereiche ausfüllen konnte.

Dieser instrumentelle Zusammenhang zwischen der KI und der Politik der SU heißt nicht — um eiligen Gegenargumenten vorzubeugen — die Behauptung eines unerschütterlichen Kommandostranges, der vom Generalsekretär der kommunistischen Partei der Sowjetunion über die KI bis zu den nationalen kommunistischen Parteien zielte; dieser instrumentelle Zusammenhang schließt Kontroversen, gegenseitige Impulse, Interessenkonflikte ein; er schließt jedoch die Möglichkeit einer autonomen, den Interessen und Zielsetzungen des sowjetischen Staates der damaligen Phase explizit widersprechenden Politik und Theorie der Komintern und ihrer Parteien aus. Ins Blickfeld der Problematik ist somit die damalige Entwicklungs- und weltpolitische Situation der Sowjetunion gerückt, deren labile Wirklichkeit defensiv-pragmatische Handlungsstrategien diktierte, die sich unter anderem in der Politik der Komintern umsetzten.

Es wird in knapp-übergreifender Form Gegenstand des zwei-

ten Teils dieser Auseinandersetzung sein, über die ökonomisch-gesellschaftliche Situation der Sowjetunion 1934 einen Erklärungszugang zur Volksfrontpolitik der Komintern und der kommunistischen Parteien zu finden.²

Im dritten Kapitel dieser Arbeit wird an das konkrete Handeln der kommunistischen Parteien Spaniens und Frankreichs im Rahmen der Volksfronttaktik erinnert, nachdem zuvor im ersten Teil extensiv die Vergegenwärtigung und immanente Problematisierung der wesentlichsten Thesen des 7. Weltkongresses erfolgte als Ausdruck der internationalistische Verbindlichkeit beanspruchenden Absicherungsstrategie der Sowjetunion auf der Ebene der Komintern.

Im letzten und abschließenden Kapitel soll der historische Stellenwert des 7. Weltkongresses und der Volksfronttaktik für die internationale kommunistische Bewegung heute thematisiert werden, um einen über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehenden Anknüpfungspunkt für weitere Diskussionen und Untersuchungen einzubringen.

Den vorgestellten, sehr eng zusammengehörenden, aus analytischen Gründen separierten Problemkomplexen sind folgende Fragestellungen inhärent, die, wenn sie auch nicht notwendigerweise eine umfassende Erklärung und Beantwortung im Rahmen dieser Darstellung finden werden, der kritischen Beachtung des Lesers nicht entgleiten sollten.

1. Welche Bandbreite politisch-pragmatischen Handelns steht einer anti- oder besser nicht-kapitalistischen Gesellschaftsformation offen, die sich außerhalb des umfassenden und durchdringenden Einflußbereiches globaler kapitalistischer Profitwirtschaft in großem Maßstab zu industrialisieren beginnt, jedoch gleichzeitig auf Ökonomie und Technologie des internationalen Kapitals angewiesen ist, um wesentliche Schritte eigener Entwicklung vollziehen zu können?

2. Welchem Spannungsverhältnis sind revolutionärer Anspruch und tagtägliche ›sozialistische‹ Wirklichkeit ausgesetzt? Wie wird das Spannungsverhältnis thematisiert und vermittelt?

3. Wie gestaltet sich vor diesem Hintergrund das Verhältnis von internationaler revolutionärer Bewegung und der existenten, als Verwirklichung der Revolution geltenden sowjetischen ›Übergangsgesellschaft‹? Welche akzelerierende resp. retardierende Wirkung hat der sowjetische Staat auf den internationalen revolutionären Prozeß?

4. Wie werden Widersprüche zwischen staatspolitischen Entscheidungen der Sowjetunion und den internationalen kom-

² In diesem Zusammenhang sei auf die anderen Beiträge dieser Veröffentlichung verwiesen, die sich in intensiverer und grundsätzlicherer Form mit der genannten Problematik auseinandersetzen.

unistischen Parteien artikuliert und gelöst? Welche Konsequenzen haben sie?

5. Wie entfaltet sich diese Problematik vor dem Hintergrund der Entstehung und Praxis der Volksfronttaktik der Komintern? Wo liegen die Grenzen ihrer Funktionalität?

1. Die Volksfrontkonzeption der Komintern

Der 7. und letzte Weltkongreß der III. Kommunistischen Internationale, der schließlich nach mehrmaligen Terminverschiebungen³ im Juli/August 1935 in Moskau durchgeführt wurde, diente der Darstellung und Verbindlichmachung einer Theorie, einer neuen Taktik für die kommunistische Weltbewegung, die zum einen der Nachzeichnung und der offiziellen Sanktionierung wie Verallgemeinerung einer Praxis galt, die in Frankreich schon vollzogen war⁴ und mit dem legendären und pathetischen französischen Volksfrontaufmarsch am 14. Juli 1935 in Paris einen ihrer historischen Höhepunkte erreicht hatte⁵; zum anderen beanspruchte der Kongreß, die weltpolitische Entwicklung der letzten sieben Jahre seit dem 6. Weltkongreß, der die Sozialfaschismusdirektive zum revolutionärpolitischen Kernpunkt der Handlungsstrategien erhoben hatte, zu verarbeiten, die »überaus reiche(n) revolutionäre(n) Erfahrungen«⁶ des internationalen Proletariats analytischen und systematisierenden Anstrengungen zu unterziehen, deren praxisrelevantes Resultat in der Befolgung einer neuen Bündnisstrategie liegen sollte. Und diese sollte in Form der Einheits- und Volksfront mit nicht-kommunistischen und nichtproletarischen Bevölkerungsschichten zugleich Ausdruck der realen Kräfte und Klassenverhältnisse des Proletariats »in der Epoche des Faschismus« sein.

Allerdings: die definitiv als einzige Kampfmöglichkeit und Bündnisform gegen den Faschismus propagierte Volksfront

³ Vgl. Politsekretariat des EKKI, Mitteilung über das 23. Plenum des EKKI, in: *Die Kommunistische Internationale* 2/1934, S. 79, und Beschluß des Präsidiums des EKKI der Kommunistischen Internationale vom 5. 9. 1934, in: *Die Kommunistische Internationale* 20/1934, S. 169.

⁴ Auf die problematische Theorie-Praxis-Beziehung am Beispiel des 7. Weltkongresses sei zunächst nur aufmerksam gemacht; inwieweit dieses Verfahren den handelnden Subjekten selber bewußt war und kritisch von ihnen aufgenommen wurde, muß vorerst dahingestellt bleiben; im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird weiter darauf einzugehen sein.

⁵ Vgl. B. Gross, *Die Volksfrontpolitik in den dreißiger Jahren*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 43/1962, S. 532.

⁶ W. Pieck, über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Frankfurt 1971, S. 22.

wurde verbindlich und offiziell als solche erst *zweieinhalb Jahre nach* der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland verkündet⁷, deren machtpolitische Etablierung und Konsolidierung einerseits, wie deren brutale Vernichtungsaktion aller Arbeiterorganisationen andererseits, kein unmittelbarer Anlaß waren, einen Revisionsprozeß der bis 1934 geltenden offiziellen kommunistischen Taktik einzuleiten. Mit der Vernichtung der deutschen kommunistischen Partei war nicht eine beliebige Sektion der III. Kommunistischen Internationale ausgefallen, sondern die sowohl zahlenmäßig wie politisch stärkste kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion, das Zentrum der Komintern.⁸

Bilanziert man das zentrale Geschehen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels in der gesamten kapitalistischen Welt wie in der Sowjetunion zu jener Zeit, so lassen sich »folgende Ereignisse erster Ordnung für den internationalen Klassenkampf«⁹ destillieren:

A) Zur Rekonstruktion des kapitalistischen Wirtschaftssystems

1. Die in ihren Ausmaßen größte Krise der kapitalistischen Produktionsweise, die Weltwirtschaftskrise von 1929, hat ihren Tiefpunkt überwunden, ohne daß auch nur in einem der hochindustrialisierten kapitalistischen Systeme das schlimmster Verelendung ausgesetzte revolutionäre Subjekt zum seiner historischen Aufgabe entsprechenden Handeln — der Vernichtung des bürgerlichen Gesellschaftssystems — in der Lage war.

2. Der 7. Weltkongreß war aktuell konfrontiert mit der Postkrisenphase des Kapitalismus, das heißt mit der relativen Konsolidierung des bürgerlichen Systems, im Widerspruch zu allen Prognosen der Kommunistischen Internationale.

3. Die Stabilisierung der zentralen wirtschaftlichen und politischen Funktionsbereiche in den beiden am meisten von der Krise betroffenen Staaten — im Deutschen Reich und in den USA — war begleitet von einer Zunahme staatlicher Interventionssektoren, die gesamtgesellschaftlich je verschiedene Ausdrucksformen im rooseveltschen »New Deal« und im deutschen Faschismus fanden.

4. Die Durchsetzung des deutschen Faschismus bedeutete zu-

⁷ Die Faschisten in Italien waren seit 13 Jahren an der Macht; faschistische und halbfaschistische Regime hatten sich teilweise seit mehreren Jahren in Polen, Bulgarien, Lettland, Finnland und Österreich etabliert.

⁸ »Nach dem Zusammenbruch der KP Italiens, Polens, Finnlands bedeutete der Zusammenbruch der KPD einstweilen das tatsächliche Ende der KI in Mittel- und Westeuropa.« Vgl. *Gegen den Strom*. Organ der KPD(O) 5/1933, S. 9.

⁹ Ebd., S. 3.

dem die — vorhersehbare^{9a} — rigorose Liquidierung der gesamten Arbeiterbewegung, die Beseitigung der bürgerlichen Grundrechte und Grundfreiheiten, die endgültige Vernichtung des seit 1930 nicht mehr funktionsfähigen parlamentarischen Systems.

Die organisatorische und kommunikative Voraussetzung politischer Darstellung und Vermittlung, kollektiver Abwehr wie Offensive war damit dem Proletariat entzogen.

B) Die Entwicklungsschwierigkeiten der Sowjetunion

1. In der Sowjetunion war der erste Fünfjahresplan der Industrialisierung des Landes vorzeitig abgebrochen und der zweite Fünfjahresplan in Angriff genommen worden.

2. Parallel zum innersowjetischen Industrialisierungsprozeß vollzog sich auf weltpolitischer Ebene die zunehmende politische und ökonomische Akzeptierung und Integration des sowjetischen Systems; als Höhepunkte müssen der Austausch diplomatischer Beziehungen mit den USA Ende 1933, der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund und der Versuch der Herstellung eines Systems kollektiver Sicherheit mit den nichtfaschistischen bürgerlichen Systemen der westlichen Welt von seiten der Sowjetunion gewertet werden.

3. Diese Absicherungsstrategie der Sowjetunion als Anstrengung zur Gewinnung neuer Handels- und Bündnispartner wurde, vor dem Hintergrund der Zunahme weltpolitischer Spannungsherde sowohl in Ostasien wie in Europa, um so notwendiger, als insbesondere die aggressive Politik der faschistischen Regime in Japan und im Deutschen Reich — dem bisherigen Haupthandels- und Bündnispartner der Sowjetunion — eine Gefährdung der territorialen Integrität der Sowjetunion bedeuteten.

C) Der Aufschub des Untergangs der III. Kommunistischen Internationale

1. Die Einschätzung der Entwicklung und der weltpolitischen Situation und deren Bedeutung und Konsequenzen für die revolutionspolitische Haltung der Kommunistischen Interna-

^{9a} Vgl. J. Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1963, S. 396: »Nun war seit dem nationalsozialistischen Wahlsieg im September 1930 nicht allein eine wachsende Strömung in der Sozialdemokratie, sondern auch die von der KP ausgeschlossene Gruppe Brandler und vor allem Trotzki für ein sozialdemokratisch-kommunistisches Kampfbündnis eingetreten. In einer Reihe brillanter Broschüren hatte Trotzki von seinem Exil in Prinkipo die deutschen Kommunisten gewarnt: sie würden ebenso wie die Sozialdemokraten vom Faschismus unentrinnbar zerschmettert werden, wenn sie sich nicht unverzüglich mit den Sozialdemokraten im Kampf gegen den Faschismus verbündeten, »denn in Deutschland kündige sich nicht die Revolution an«, sondern die Zusammenballung aller Kräfte der Konterrevolution.«

tionale mußten von elementarer Bedeutung für die internationale kommunistische Politik werden.

2. Die bisherige Taktik der Komintern war vollständig gescheitert. Während in Deutschland der Nationalsozialismus seinen Machtantritt vorbereitete, konzentrierte sich die kommunistische Partei darauf, durch rigorose Bekämpfung der Sozialdemokratie dieser ihre führende Position innerhalb der Arbeiterbewegung streitig, von der organisatorischen Beseitigung der Sozialdemokratie revolutionären Erfolg abhängig zu machen. Sie scheiterte damit. Die Sozialfaschismuspolitik der Komintern führte im Gegenteil zu einer weitgehenden Entfremdung und Isolierung der kommunistischen Parteiglieder innerhalb des Proletariats und trug damit zur allgemeinen politischen Schwächung der Arbeiterbewegung bei.

3. In Frankreich jedoch läßt sich ab Ende 1934 unter dem Namen »Front Populaire« der spezifische antifaschistische Sammlungsprozeß innerhalb der französischen linken und liberalen Bewegung einleiten. Die bis dahin fast einflußlose französische kommunistische Partei ist entscheidender Promotor dieser Bewegung, zu deren Entwicklung, sozusagen idealtypisch, alle jene Phasen des Einigungsprozesses aller »demokratischen Kräfte« durchlaufen worden sind, die nun als Schritt von der Einheitsfront zur Volksfront und möglicherweise darüber hinaus von allen kommunistischen Parteien nachvollzogen werden sollen.

So steht der 7. Weltkongreß vor der makabren Situation, die Realität der existentiellen theoretischen und politischen Niederlage von und bis 1933 behelfs radikaler Kritik verarbeiten und in essentiell neue Strategie umsetzen zu müssen, während sich zugleich die Tatsächlichkeit zweier weiterer Realitäten anbietet, diesem Kritikprozeß zu entsagen, die Flucht nach vorn anzutreten: der Industrialisierungsprozeß in der Sowjetunion, dessen rapider Fortschritt zugleich auch als Fortschreiten des sozialistischen Gehalts dieser Gesellschaft verstanden wird, sowie das euphorisch überdeckte Volksfrontgeschehen in Frankreich.

Diese beiden Pfeiler gestatten es der Kommunistischen Internationale, mehr oder weniger unbeschadet der notwendigen Konsequenz ihrer eigenen Geschichte vorläufig zu entgehen, und in dem erneuten Versuch der Produktion widerspruchsfreier Rechtfertigungen und theoretischer Absicherung sich abspielender politischer Praxis, ihre Funktionalität im Rahmen vorgegebener staatlicher Prioritäten der Sowjetunion unter Beweis zu stellen.

So wird sich denn auch erweisen, wie Theorie, Analysen und Einschätzungen des 7. Weltkongresses, was Faschismusbegriff

und Kapitalismusanalyse, Revolutionsbegriff und Krisentheorie, das Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie und die Würdigung sowie der Stellenwert der Entwicklung in der Sowjetunion betrifft, aufeinander abgestimmte Kettenglieder sind: zur Legitimation der Volksfrontpolitik.¹⁰

Faschismuskonzeption des 7. Weltkongresses

Über die Kritik des Faschismusbegriffes des 7. Weltkongresses, seinen analytischen Gehalt und seine Angemessenheit hinaus geht es darum, den unmittelbaren Zusammenhang der angebotenen Faschismuseinschätzung zur verbindlich erklärten, Faschismus überwindenden oder ihn verhindernden Lösungsstrategie der Kommunistischen Internationale, der Volksfronttaktik, aufzuzeigen. Das heißt: die Faschismusanalyse des 7. Weltkongresses mußte notwendigerweise eine Reihe theoretischer Grundleistungen erbringen, um den erwähnten Zusammenhang zwingend herzustellen.

1. Die politischen Träger des Faschismus (seine Drahtzieher) mußten definierbar und quantifizierbar werden in einer Form, die sie nicht nur für das Proletariat, sondern darüber hinaus auch für andere bürgerlich-kleinkapitalistische Gesellschaftsschichten als Angriffsziel identifizierbar machte. »Der Faschismus — das ist die Macht des Finanzkapitals selbst«, definierte Dimitroff¹¹, und zustimmend wird Daladier, einer der Führer und energischen Befürworter der Volksfront innerhalb der französischen radikalen Partei, von Thorez zitiert: »Zweihun-

¹⁰ Die Berichte und Beschlüsse des VII. Weltkongresses sind vollständig nachzulesen in der Nachfolgezeitschrift der *Internationalen Pressekorrespondenz, der Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, insbesondere den Nummern 34—40/1935. Die wichtigsten Beiträge sind wiederveröffentlicht in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Frankfurt 1971.

Die Diskussionsbeiträge der Delegierten jedoch sind nur in gekürzter Form publiziert; Aufschlüsse über die realen Kontroversen innerhalb der KI-Sektionen sind deshalb nur schwer zu erhalten, genausowenig wie deutlich wird, an welchen Stellen welche Sektionen auf die Formulierungen und den Inhalt der Resolutionen, die die Politik der kommunistischen Weltbewegung für die nächsten Jahre bestimmend skizzieren sollten, Einfluß nehmen konnten, kurz: ob und wenn welcher Willensbildungs- und Kritikprozeß sich innerhalb der Komintern abgespielt hatte. Die Wiedergabe kontroverser Positionen wäre zumal deshalb um so interessanter gewesen, als »die umfassende taktische Wendung, die der VII. Kongreß gebracht hat, [...] durch keine wirkliche, die Masse der Mitglieder umfassende Diskussion in den Organisationen und der Parteipresse weder in der kommunistischen Partei Frankreichs, noch in andren kommunistischen Parteien vorbereitet (wurde). Die wirkliche Diskussion beschränkte sich auf die Verhandlungen vor und auf dem Kongreß« (*Gegen den Strom* 5/1935, S. 4).

¹¹ G. Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Weltkongreß, a.a.O., S. 75.

dert Familien sind die unbestrittenen Herren nicht nur der französischen Wirtschaft, sondern auch der französischen Politik geworden.«¹² Sie gelten als die Verkörperung des Faschismus, gegen sie gilt es gemeinsam zu kämpfen, ihnen muß die Macht, die sie noch in den Händen haben, entzogen werden zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten.

2. Die zum Faschismus in Widerspruch stehenden Bevölkerungsschichten mußten in einer der Unterdrückung des Proletariats vergleichbaren Form der Betroffenheit erfaßt werden, deren integrativer, Klassenschranken verhehlender Effekt positiv die soziale Basis gemeinsamen politischen Widerstands in der Volksfront zu begründen in der Lage war.

»Der Faschismus ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und der Werktätigen. Der Faschismus ist der Feind von neun Zehnteln des deutschen Volkes, von neun Zehnteln des österreichischen Volkes, von neun Zehnteln der anderen Völker der faschistischen Länder.«¹³ Und Thorez illustriert ausführlich: »Der Sieg des Faschismus, das wäre der wirtschaftliche und politische Ruin der werktätigen Massen [. . .] — Der Sieg des Faschismus, das hieße für die Beamten maßlose Kürzung ihrer Gehälter, Entlassungen, unerträglichsten Drill. Schon jetzt hat die Regierung der ›Nationalen Einheit‹ 5000 Lehrposten in den weltlichen Schulen aufgehoben. — Der Sieg des Faschismus, das hieße die Kleinhändler und Handwerker wehrlos der Willkür und brutalsten Ausbeutung durch das Großkapital, die Hausbesitzer, Truste, Transportgesellschaften ausliefern: dem Herrn Mercier vom Elektrizitätstrust, dem Herrn de Wendel vom Hüttenkomitee. — Der Sieg des Faschismus, das hieße die Bauern den Interessen und Privilegien der Grundbesitzer, Monopolkapitalisten, Finanzgewaltigen opfern, er wäre gleichbedeutend mit dem völligen Ruin ihrer Wirtschaften. — Der Sieg des Faschismus, das hieße die Intellektuellen der Verhöhnung und den niederträchtigsten Angriffen preisgeben, denen schon jetzt große Gelehrte wie Perrin, Langevin von seiten der Faschisten ausgesetzt sind. Er brächte uns nach dem Vorbild Hitlerdeutschlands mittelalterliche Bücherverbrennungen. — Der Sieg des Faschismus, das hieße Aufhebung aller Freiheiten, blutiger Terror, völlige Verknechtung des werktätigen Volkes, Einkerkерung, Ermordung der aktivsten Kämpfer der Arbeiterklasse, Verprügelung von Kommunisten, Sozialisten, Republikanern und Demokraten. — Der Sieg des Faschismus, das hieße genau so wie schon jetzt in Deutschland, daß nach den Juden die Katholiken und Prote-

¹² M. Thorez, Aus der Diskussion zum Bericht des Genossen Dimitroff, in: VII. Weltkongreß, a.a.O., S. 213.

¹³ Dimitroff, Offensive, S. 81.

stanten den Verfolgungen durch den Faschismus ausgesetzt würden.«¹⁴

Nachdem die sozialen Trägerschichten der antifaschistischen Volksfront aus der Faschismusanalyse selber benannt worden sind, läßt sich hier anknüpfend der gesamte Rahmen politischer Zielvorstellungen der Volksfront gleichsam negativ aus der Faschismuserörterung von Dimitroff, Pieck, Thorez gewinnen und positiv auf einen Nenner bringen, der *allen* sozialen Adressaten des Bündniskonglomerats gerecht zu werden vorgibt, notwendigerweise jedoch Anspruchsreduktionen auf seiten der proletarischen Organisationen zur Voraussetzung hat.

So muß zunächst die Eliminierung der ›Diktatur des Proletariats‹ aus dem Zielkatalog kommunistischer Politik erfolgen. Mit dem analytischen Anspruch realistischer globalpolitischer Kräfteeinschätzung wird sowohl bei Pieck wie bei Dimitroff und anderen formuliert: »Gegenwärtig haben die werktätigen Massen in einer Reihe von kapitalistischen Ländern konkret für den heutigen Tag zu wählen, nicht zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus.«¹⁵

Im zweiten Schritt werden sodann die Offensivbereiche des Faschismus benannt, deren Verteidigung wiederum jenes liberale bürgerliche politische Potential anzusprechen versucht, das den ›sozialstaatlichen‹ und demokratisch-parlamentarischen Akzent des bürgerlichen Systems wiederherzustellen und/oder zu verstärken zu gedenkt. Erstens geht es um den »gemeinsamen Kampf für die wirkliche Abwälzung der Folgen der Krise auf die Schultern der herrschenden Klassen, auf die Schultern der Kapitalisten, der Grundherren, mit einem Wort auf die Schultern der Reichen«¹⁶, und zweitens wird der Kampf »gegen die Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten«¹⁷ gefordert.

Der Bruch zwischen den bisherigen Verlautbarungen kommunistischer Politik und ihrer jetzigen politischen Haltung ist nicht mehr Gegenstand kritischer Reflektion, sondern aufgehoben in der kategorisch behaupteten Identität zwischen den »Forderungen dieser Schichten«¹⁸ (den Werktätigen, den Bauern, den Handwerkern, den Kleinunternehmern sowie der werktätigen Intelligenz, G. P.) mit den »Grundinteressen des Proletariats«¹⁹.

Die Faschismusanalyse des 7. Weltkongresses — der in reiner

¹⁴ Thorez, S. 210/211.

¹⁵ Dimitroff, Offensive, S. 255.

¹⁶ Ebd., S. 94.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ders., S. 97.

¹⁹ Ebd.

Deskription verharret und in keiner Weise eine Ableitung aus der Kapitalbewegung intendiert — ist folglich zugleich Definition der Volksfront; dieser Zusammenhang wird um so deutlicher, wenn man sich das nunmehr proklamierte Verständnis von bürgerlicher Demokratie und den gewandelten Revolutionsbegriff der kommunistischen Parteien bewußt macht.

Stellenwert der bürgerlichen Demokratie und der Diktatur des Proletariats in der Konzeption der antifaschistischen Volksfront

Die schon oben wiedergegebene Behauptung der Theoretiker der Volksfronttaktik, die einen quasi sachzwangartigen Zusammenhang zwischen der Bedrohung durch den Faschismus einerseits und der Notwendigkeit zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie durch revolutionäre Kommunisten andererseits herstellt, gewinnt fast drastische Akzente in dem Bemühen der Komintern, die Glaubwürdigkeit dieses Wandels unter Beweis zu stellen. »Solange wir nicht die bürgerliche Demokratie durch die proletarische Demokratie, durch die Diktatur des Proletariats ersetzen können, ist das Proletariat an jedem Fetzen bürgerlicher Demokratie interessiert, um sie zur Vorbereitung der Massen auf den Sturz der Macht des Kapitals, zur Eroberung der proletarischen Demokratie auszunutzen.«²⁰

Offen bleibt auch im Verlauf der weiteren Darstellungen ein konkret umsetzbarer Hinweis dahingehend, wann die bürgerliche Demokratie durch die proletarische Diktatur ersetzt werden kann; ungeklärt bleibt ferner, inwieweit nicht der konzessionsgefüllte Volksfrontbündniswunsch der Kommunisten zu einer notwendigen, praktischen wie theoretischen Vernachlässigung, wenn nicht Suspendierung der — bündnisgefährdenden — revolutionären Zielvorstellungen führen muß.

Auch der Hinweis beispielsweise, den Kuusinen in vorsichtig formulierter Form auf dem 7. Weltkongreß geltend macht, um vor der problematischen Verwischung auch proletarischer Kampfbegriffe, wie ›Freiheit‹, durch ihren unspezifizierten und positivierten Gebrauch zu warnen, mit dem Verweis auf die Konsequenzen für das Klassenbewußtsein des Proletariats, findet man in den offiziell publizierten Texten als diskutierbares Problem nicht wieder aufgenommen und in den Thesen

²⁰ Pieck, S. 41; vgl. auch Dimitroff, Offensive, S. 92. Braunthal verweist in diesem Zusammenhang auf eine Äußerung Friedrich Adlers, der die grundsätzliche Reserviertheit der europäischen Sozialisten gegenüber dem Taktikwandel der Kommunisten zum Ausdruck bringt (S. 502).

und Resolutionen ebensowenig enthalten.²¹ Im Gegenteil, der Kampf um die bürgerliche Demokratie, deren Verständnis bisher eine Unterscheidung vom faschistischen Regime nicht möglich machte (ein von Pieck wie von Dimitroff eingestandener Fehler der bisherigen Taktik und Theorie der Komintern) ist nun geradezu die Voraussetzung für die proletarische Revolution.

Dabei erfährt die Bestimmung und das Verständnis von der liberalen Demokratie einen doppelten Wandel:

1. Die bürgerliche Republik, ihre Grundfreiheiten und -rechte werden in der kämpferischen Tradition der bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts gleichsam moralisch aufgewertet²²; mit der erfolgreichen Verteidigung selbst der »unbedeutendste(n) demokratische(n) Freiheit der Arbeiterklasse«²³ gegen die Offensive des Faschismus soll sich in historischer Analogie der Sieg des Bürgertums gegen den Feudalismus wiederholen. »Jetzt werden die revolutionären Traditionen zur ergänzenden Waffe in den Händen der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den bürgerlichen Staat in seiner faschistischen Gestalt. Wir schöpfen aus der Vergangenheit, um unsere Zukunft vorzubereiten.«²⁴

Folgerichtig sind weniger — und wenn, dann nur vermittelt — klassenkämpferische Forderungen, die die politischen Aktionen leitenden Parolen, als eher und vornehmlich Kategorien wie Volk, Nation und Freiheit; eine Entwicklung, die sich nicht zuletzt durch die führende Teilnahme der Kommunisten im ersten großen Volksfrontaufmarsch, bezeichnenderweise am 14. Juli 1935, dem Jahrestag der französischen bürgerlichen Revolution und bedeutendsten Nationalfeiertag der Franzosen, manifestierte. »Es ist das Gebot der Stunde geworden, dem sich bewaffnenden und zum Staatsstreich rüstenden Faschismus die Kraft der Volksmassen entgegenzustellen, die durch ihre Stärke geeignet ist, den noch schwankenden Schichten in der Bevölkerung unfehlbar den Weg zu weisen und für Bourgeoisie und Regierung eine ernste Warnung zu sein.«²⁵

Insgesamt konkretisierte sich nun eine Form bürgerlicher Herrschaft zu einer auch von Kommunisten verteidigten Staatsform, die jener Fiktion *idealer* demokratischer

²¹ »Solche Losungen der Volksfront (wie »Freiheit«) sind natürlich verschwommen [...] man muß den Massen klar machen: um *Freiheit für welche Klassen* es sich handelt. Sonst kann diese Losung dazu führen, das Klassenbewußtsein des Proletariats und seiner Verbündeten zu verdunkeln« (zit. aus: *Gegen den Strom* 5/1935, S. 9).

²² »Die bürgerliche-parlamentarische Demokratie wird [...] unter dem Gesichtspunkt ihrer Jugendzeit, unter dem Gesichtspunkt der Tradition von 1789 und 1848 gesehen« (*Der internationale Klassenkampf* 2/1936, S. 9).

²³ Thorez, S. 215.

²⁴ Ebd.

²⁵ *Rundschau* 30/1935, S. 1477.

bürgerlicher Herrschaftsausübung entsprochen haben mag, welche implizit der Klassifizierung der *realen* bürgerlichen Demokratie als faschistisch – im Frankreich oder Deutschland der späten zwanziger oder frühen dreißiger Jahre beispielsweise – zugrundegelegt hat.²⁶

Es ist jene Demokratie, in denen die ›Volksmassen‹, die in den demokratischen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen wie in den Arbeiterparteien und Gewerkschaften organisiert sind, die Regierung der Volksfront gebildet haben – möglicherweise unter Beteiligung der kommunistischen Partei – und jenen Kräften des Monopolkapitals und der Finanzoligarchie die Verfügungsgewalt über den Regierungsapparat entzogen haben, in denen sich der eigentliche Ursprung und Kern faschistischer Herrschaftsausübung, der Faschismustheorie des 7. Weltkongresses zufolge, repräsentierte.

In der Verteidigung der ›wahren‹ bürgerlichen Demokratie, in der Defensive gegen Faschismus und Reaktion ist der verbal aufrechterhaltene revolutionspolitische Anspruch der kommunistischen Parteien *aufgegangen*; *aufgehoben* ist er in einer zweiten Bestimmung der bürgerlichen Demokratie dieser Epoche: eine Trennung, die in den Verlautbarungen des 7. Weltkongresses nicht in dieser Form vollzogen wird, die aus analytischen Gründen jedoch erfolgen soll.

2. Nicht im unspezifischen Zusammenhang mit der Volksfrontbewegung allgemein, sondern konkret bezogen auf die Regierung der Einheitsfront, »ein Organ der Zusammenarbeit der revolutionären Avantgarde des Proletariats mit anderen antifaschistischen Parteien im Interesse des gesamten werktätigen Volkes«²⁷, der die Volksfront repräsentierenden Kräfte folglich, wird die Frage der Aktualität der proletarischen Revolution diskutiert.

Der bisher defensiven politischen Taktik der antifaschistischen Volksfront wird nun die offensive, ›revolutionäre‹, Dimension hinzugefügt²⁸, deren aktuelle Umsetzung allerdings von verschiedenen Rahmenbedingungen abhängig gemacht wird und deren theoretische Verarbeitung vor dem Hintergrund der neuen strategisch-taktischen Leitlinien der Komintern sich als ausgesprochen problematisch und widersprüchlich erweist. Die Position der Kommunisten zu bürgerlicher Demokratie, revolutionärer Politik und proletarischer Revolution war einem

²⁶ Vgl. Peregrinus, Faschismus, Bonapartismus und bürgerliche Demokratie (1930), in: Der Faschismus in Deutschland, Frankfurt 1973, S. 70.

²⁷ Dimitroff, Offensive, S. 122/123.

²⁸ Interessanterweise wird die konkrete Vermittlung der revolutionären Perspektive für die Kommunisten im Rahmen der Volksfrontkonzeption gekoppelt mit der – vom traditionellen Standpunkt der kommunistischen Parteien aus gesehen – bisher weitestgehenden Forderung politisch-pragmatischer Anpassung.

festen Kanon verpflichtet: die Diktatur des Proletariats, so ist allen Äußerungen und verbalen Bekenntnissen zu entnehmen, war unmittelbares Ziel des proletarischen Kampfes der Kommunisten. Die Verwirklichung der Diktatur mußte unmittelbar auf die gewaltsame Vernichtung der bürgerlichen Klassenherrschaft erfolgen, auf der Basis der Bildung von Arbeiterräten, dem historischen Beispiel der Oktoberrevolution von 1917 folgend. Noch die zentrale Forderung des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern im Dezember 1933 hieß den Kampf gegen den Faschismus mit dem Ziel der Errichtung der Sowjetmacht zu führen.

Nun ist es nicht Aufgabe dieser Darstellung, Genese und revolutionären Gehalt der Theorie des 6. Weltkongresses zu kritisieren, vielmehr soll anhand des sich vollziehenden Wandels zwischen Mitte 1934 und 1935 der Theorienanpassungsprozeß an die neuen politisch-praktischen Erfordernisse umrissen werden.

Die historische Phase zwischen der Auflösung der Theoreme des 6. Weltkongresses — in jener Zeit vollzieht sich außenpolitisch die beschleunigte Annäherung der Sowjetunion an Frankreich durch die Erfüllung der Vorbedingung des Eintritts der Sowjetunion in den Völkerbund — und der Füllung des nun entstandenen Vakuums theoretisch abgesicherter neuer Handlungsanleitungen für die Parteien der Kommunistischen Internationale macht einer nicht mehr sozialfaschistischen und noch nicht volksfrontorientierten Einheitsfrontkonzeption Platz, deren begleitende theoretische Auseinandersetzungen sich beispielsweise im offiziellen Organ des Exekutivkomitees der Komintern, der *Kommunistischen Internationale* spiegeln. In einigen wenigen Ausgaben kann man die durch die Liquidierung bzw. schlichte Ignorierung der Sozialfaschismusdogmen entstandenen theoretischen ›Spielräume‹ konstatieren²⁹ — insbesondere was die Fragen und Probleme zur Einschätzung der bürgerlichen Demokratie, der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats betrifft — deren Bewertung jedoch einen anderen Akzent erhält, wenn man diese Äußerungen im Vermittlungszusammenhang zu den letztendlich darüber entstandenen Theoremen der Volksfront be- greift.³⁰

²⁹ Diese Aussage bezieht sich vor allem auf grundsätzliche Diskussionsbeiträge, die bis Ende 1934, Anfang 1935 in der *Kommunistischen Internationale* publiziert wurden, unter der themenleitenden Überschrift ›Tribüne des VII. Weltkongresses‹. Vgl. *Die Kommunistische Internationale 19/1934*, S. 1927. D. R. Brower, *The New Jacobins*, New York 1968, S. 83, charakterisiert diese Phase kurz: »Vorläufig war noch keine endgültige Entscheidung gefällt worden.«

³⁰ Genau dieses Stadium und Niveau politischer Diskussion um die neue Taktik mag Anlaß für die optimistischen Hoffnungen der im allgemeinen

In einem von L. Magyar »Zur Frage des Faschismus« veröffentlichten Artikel³¹ wird unter Zugrundelegung der bisherigen Einheitsfrontentwicklung die politische Zielrichtung der Kampfaktionen noch uneingeschränkt dahingehend verdeutlicht, daß die vom Faschismus bedrohte (oder schon vernichtete) bürgerliche Demokratie keinesfalls als verteidigungswert an sich zu betrachten sei.³²

Im Gegenteil, der Zusammenhang zwischen bürgerlich-kapitalistischem System und der Entstehung und Durchsetzung des Faschismus in jener Phase wird politisch-praktisch noch in der Koppelung des Kampfes gegen den Faschismus wie des Kampfes zum »Sturz des Kapitalismus überhaupt«³³ vermittelt. »Es gibt nur eine einzige endgültige Gewähr gegen den Faschismus, Faschisierung und Errichtung der faschistischen Diktatur: der Sturz des Kapitalismus, der den Faschismus gebiert. Nur die Aktionseinheit des Proletariats vermag die faschistische Diktatur abzuwenden, nur die proletarische Diktatur vermag der Aufrichtigkeit der faschistischen Diktatur zuvorzukommen.«³⁴

Eine programmatische Forderung dieser Art, *nach* Überwindung der Sozialfaschismuspraxis, nachdem also die sozialdemokratischen Parteien *als Bündnispartner* wieder Adressaten der Klassenkampfstrategie der Kommunisten geworden sind, schließt zugleich eine Ausdehnung der Bündniskonzeption auf nichtfaschistische bürgerlich-demokratische Parteien aus; das heißt, die Volksfront, als defensive und einzig mögliche Aktion aller Antifaschisten und Demokraten, schien im Oktober 1934, außerhalb der französischen kommunistischen Partei und maßgeblicher Teile des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI), noch keine denkbare und eindrucksvolle Alternative zu sein.

Die Unklarheit der einzuschlagenden Politik hatte die zweite Verschiebung des Tagungstermines des 7. Weltkongresses zur

sehr kritischen und fundierten Einschätzungen der KPD-Opposition gewesen sein, die betont, daß diese Wendung zur realen Einheitsfrontpolitik »schlagend widerlegt [...], daß die Kommunistische Internationale »ein hoffnungsloser Fall« und daß die Bemühungen um ihre Reform aussichtslos seien« (*Gegen den Strom* 3/1934, S. 9). Die KPD(O) betrachtet die Wende von 1934/35 zunächst auch als Fortsetzung der Einheitsfrontpolitik der KI von 1921/23, als Fortsetzung und Wiedergewinnung der Tradition revolutionärer kommunistischer Politik (ebd., S. 7/8).

³¹ L. Magyar, Zur Frage des Faschismus, in: *Die Kommunistische Internationale* 19/1934, S. 1927; Der Artikel erscheint drei Monate nach Abschluß des Einheitsfrontbündnisses gegen den Faschismus zwischen der KPF und den französischen Sozialisten, zu einem Zeitpunkt, als Thorez das Volksfrontangebot an die bürgerlich-demokratischen Parteien Frankreichs unterbreitet.

³² Ebd., S. 1939–1941.

³³ Ebd., S. 1947.

³⁴ Ebd., S. 1928.

Folge — auf Beschluß des Präsidiums des EKKI, der zum selben Zeitpunkt bekannt gegeben wurde.³⁵

Die Aufrechterhaltung einer offensiven, antikonstitutionellen, proletarisch-klassenkämpferischen Strategie, unter Einbeziehung der immer noch elementar kritisierten Sozialdemokratie, wird auch in weiteren Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex betont: »[...] daß die völlige Zertrümmerung des Faschismus jetzt nur bei dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie *in allen ihren Formen* möglich ist, daß das Proletariat nur dann siegen kann, wenn es von der Verteidigung zum Angriff übergeht, wenn es um die Macht der Sowjets kämpft.«³⁶

Diese Äußerungen, konfrontiert mit der allgemeinen Konzeption der antifaschistischen Volksfrontbewegung — deren theoretische Antizipation wie praktische Entstehung und Verwirklichung zwischen Ende 1934 und Sommer 1935 anzusiedeln ist —, macht deutlich, in welcher kurzen Phase sich diese für die Tradition und bisherige Theorie der kommunistischen Bewegung doch fast unvereinbar scheinenden und auffallend unvermittelten Modifikationen durchgesetzt haben. »So mündete die proletarische Einheitsfront in die Bereitschaft zu einem erweiterten Linkskartell, in das Angebot, eine bürgerliche Koalitionsregierung parlamentarisch und außerparlamentarisch zu unterstützen.«³⁷

Vor diesem Hintergrund ist der ›revolutionäre‹ Teil der kommunistischen Volksfronttheorie verschiedenen Neubestimmungen unterworfen. Die »Bildung einer Regierung der Einheitsfront am Vorabend und vor dem Sieg der Sowjetrevolution« ist nur unter bestimmten »objektiven Verhältnissen«, denjenigen einer »politischen Krise« denkbar, führt Dimitroff zunächst in allgemeiner Form aus, und schränkt dann ein, daß »nur das Vorhandensein bestimmter besonderer Voraussetzungen [...] die Frage der Bildung einer solchen Regierung als politisch notwendige Aufgabe auf die Tagesordnung stellen«. Die Funktion dieser Koalitionsregierung bestünde darin, »in keiner Weise die Tätigkeit der kommunistischen Partei und der Massenorganisationen der Arbeiterklasse« einzuschränken und »entschiedene Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Finanzmagnaten und ihre faschistischen Agenten« zu treffen.³⁸

³⁵ Vgl. Fn. 3.

³⁶ W. Knorin, Die Sowjetunion und das Weltproletariat, in: *Die Kommunistische Internationale* 22/1934, S. 2134 (Hervorh. G. P.).

³⁷ *Gegen den Strom* 4/1935, S. 9; schon 1934 konstatierte die Zeitschrift, daß die bisherige Taktik der Einheitsfront offenbar dazu tendiere »als Verteidigungsbündnis verfestigt zu werden« (vgl. *Gegen den Strom* 4/1934, S. 9).

³⁸ Alle Zitate Dimitroff, *Offensive*, S. 120/121.

Als spezifische Voraussetzungen für die Regierungsbildung werden benannt:

1. die Unfähigkeit der Bourgeoisie, »die Bildung einer Regierung des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus zu verhindern«;
2. »stürmische« antifaschistische Aktionen der Massen der Werktätigen, deren politisches Ziel allerdings *noch nicht* auf die »Eroberung der Sowjetmacht« gerichtet ist;
3. zunehmende Radikalisierung in den nichtkommunistischen Volksfrontparteien, deren eine Konsequenz die Überwindung innerorganisatorischer antikommunistischer Elemente zu sein hat.³⁹

Dieser Bedingungskatalog zur Begründung einer Volksfrontregierung unter Beteiligung der kommunistischen Partei erinnert an jene Charakterisierung der Entstehungsvoraussetzungen des Bonapartismus im Frankreich des 19. Jahrhunderts, die in kurzen Worten von Engels in der Einleitung zur dritten Ausgabe des ›Bürgerkrieg in Frankreich‹ angedeutet worden waren: »Konnte das Proletariat (nach 1848) noch nicht Frankreich regieren, so konnte die Bourgeoisie es schon nicht mehr.«⁴⁰ Damals entstand die machtpolitische Voraussetzung für den Staatsstreich Bonapartes.

In analoger Anwendung auf Dimitroffs Ausführungen (die Analogie zum bonapartistischen Staatsstreich wird nicht benannt, dennoch wird schematisch so verfahren) soll eine vergleichbare Konstellation in den europäischen Staaten Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts, wobei wiederum Frankreich insbesondere avisiert worden sein wird, machtpolitische Voraussetzung für die Etablierung einer ›Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion‹ sein, einer – und damit wird die dritte von Dimitroff genannte Bedingung abgedeckt – dem Kommunismus freundlich gesonnenen, aber nicht kommunistischen Übergangsregierung. Mit anderen Worten: Im bürgerlichen Staat kann und soll vermittels einer defensiven antifaschistischen Taktik, legal, in Kooperation mit nicht antikommunistischen Koalitionspartnern die unmittelbare Voraussetzung für die Sowjetrevolution geschaffen werden.

Die theoretische Legitimation für diese neue revolutionspolitische Etappenbestimmung und modifizierte Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staates in diesem Zusammenhang wird durch Verweis auf eine Leninsche Forderung begründet: »Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, ›Formen des

³⁹ Ebd.

⁴⁰ F. Engels, Einleitung zu ›Der Bürgerkrieg in Frankreich‹ von Karl Marx (Ausgabe 1891), Berlin 1963, S. 10.

Überganges oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen. Möglicherweise«, so fügt Dimitroff hinzu, »wird die *Einheitsfrontregierung* in einer Reihe von Ländern sich als *eine* der wichtigsten Übergangsformen erweisen.«⁴¹

Das Leninsche Zitat, das — von Dimitroff unerwähnt — dem Aufsatz »Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus« entnommen ist, stellt sich, in seinem realen Zusammenhang betrachtet, jedoch als eine Aussage völlig anderer Qualität und Bedeutung heraus. Ihr Inhalt läuft auf das Gegenteil dessen hinaus, was den Dimitroffschen Aussagen zugrunde liegt und was mit ihnen bezweckt wird. Lenins Aufforderung an die nichtrussischen kommunistischen Parteien bezieht sich auf die Notwendigkeit, die Ingangsetzung revolutionärer Prozesse im internationalen Maßstab durch Berücksichtigung und Verarbeitung der »nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten« wie kultureller Besonderheiten zu beschleunigen«, [. . .] das national Besondere, das national Spezifische beim *konkreten* Herangehen jedes Landes an die Lösung der *einheitlichen* internationalen Aufgabe, [. . .] an den Sturz der Bourgeoisie, an die Errichtung der Sowjetrepublik und der proletarischen Diktatur zu erforschen, zu studieren, herauszufinden, zu erraten, zu erfassen [. . .]«⁴²

Lenins Äußerung ist partout nicht als Antizipation eines taktischen Schrittes zu verstehen, der die Möglichkeit der Beteiligung der Kommunisten an »einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront« unter den Bedingungen einer politischen Systemkrise als realistischen revolutionsbeschleunigenden Schritt (Übergangsform) am »Vorabend oder vor dem Sieg der Sowjetunion« betrachten würde. Im Gegenteil, die politische Krise des Systems — die den Äußerungen Dimitroffs zufolge offenbar eher das Produkt eines Zufalls, als auch das Resultat gezielter revolutionärer Politik zu sein scheint — hätte im Leninschen Sinne unmittelbar als revolutionäres Potential freisetzender konkreter Aktionsspielraum genutzt und vermittels der Avant-

⁴¹ Dimitroff, *Offensive*, S. 124; eine praktische Trennung zwischen proletarischer Einheitsfrontregierung (vgl. Regierung Zeigner, 1923) und der Volksfrontregierung wird in Dimitroffs Text nicht vorgenommen; Einheitsfront und Volksfront verschmelzen in der praktisch defensiven Politik und werden, zumal was die Übergangsregierungsform betrifft, als deckungsgleich proklamiert. Während die Arbeiter-Einheitsfrontregierung noch als Versuch eines revolutionären Übergangs gewertet werden kann, überspringt die Volksfront die Einheitsfront von oben und unten, die das korrigierende Stadium zur Sozialfaschismuspolitik hätte sein müssen, in einem bürgerlichen Koalitionssystem, das sämtliche Traditionen der Arbeiterbewegung hinter sich läßt.

⁴² W. I. Lenin, *Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit des Kommunismus*, in: *Ausgewählte Werke*, Bd. III, Berlin 1966, S. 460.

garde des Proletariats in das historische Subjekt zu geschlossenen Aktionen herausfordernde und zu Handlungsstrategien befähigende umgesetzt werden müssen: zur Transformation der bürgerlichen Gesellschaft, ihres politischen Institutionsgefüges, ihrer ökonomischen Machtbasis.⁴³

Krise als objektiv sich ereignende und mögliche — aber nicht als subjektiv zu beschleunigende⁴⁴ —, als Bedingungs Voraussetzung für den Eintritt der Kommunisten in ein von seiner gesamten politischen Zielrichtung her bürgerlich-parlamentarisch strukturiertes Reformkabinett der antifaschistischen Volksfront zu verstehen, bedeutet nicht nur die Aufhebung, sondern die Eliminierung des revolutionären Gehalts einer proletarisch-kommunistischen Strategie.

Der Dimitroffsche Salto mortale, das revolutionäre Prinzip der kommunistischen Weltbewegung in einer kleinbürgerlich-proletarischen Koalitionsregierung als ›Übergangsform‹ unterzubringen, mißlingt zur Ehrenrettung revolutionärer Zielsetzungen, deren Aufrechterhaltung verbal gepflegt, jedoch real überwunden ist angesichts der Bedrohung durch den (?) Faschismus. Dessen Vorhandensein hatte schließlich nicht nur die Liquidierung der kommunistischen Bewegung in Deutschland, sondern auch — nun deutlich konstatierbar — die Paralyse ihrer politischen Identität zur Folge.⁴⁵

Ob auf diese Weise — den Vorwand des Faschismus nutzend — eine längst überfällige Anpassung der politischen Theorie der kommunistischen Parteien an ihre reale Praxis erfolgte, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden und sollte auch im Zusammenhang mit der Klärung von Funktion und Wirkung der Sozialfaschismustheorie diskutiert werden. Nur am Rande sei darauf hingewiesen, daß im Verlauf der Volksfrontpraxis der Komintern deren Rechtfertigung zu einer Theorie der Volksfront sich in zunehmendem Maße verfestigt. Über Lenin hinaus erfolgt der theoretisch-legitimatorische Rückgriff auf Marx (anhand verschiedener Äußerungen im Kommunistischen Manifest), wobei die Tatsache der 1848 anstehenden bürgerlichen Revolution, an dessen Vorabend das *Kommunistische Manifest* erschienen ist, unberücksichtigt bleiben muß.

Darüber hinaus wird versucht, der Volksfrontbündnis-Konzeption einen epochalen Charakter zu verleihen, insofern als »die Volksfrontpolitik richtig und notwendig (ist) während

⁴³ Ebd., S. 462/63.

⁴⁴ Krise als Ansatzpunkt, auch die Volksfront und ihre revolutionär-restriktiven Konsequenzen zu überwinden, wird als denkbarer und konzipierbarer Weg kommunistischer Politik nicht erwähnt — nicht mehr gewollt.

⁴⁵ Zur Illustration vgl. Pieck, S. 50.

der ganzen Epoche des Imperialismus«⁴⁶; unerklärt bleibt, wie unter diesen Bedingungen die der Sozialfaschismuspraxis zugrunde liegende Theorie noch im Nachhinein als richtig bezeichnet werden kann.⁴⁷ Insgesamt bestätigt sich jener Eindruck, den — fast resigniert — die Kommunistische Parteiposition Ende 1935 zum Ausdruck bringt: »Worin unterscheidet sich diese Politik der Volksfront von der Politik des kleineren Übels, die die deutsche Sozialdemokratie unter Brüning durchführte? Nur dadurch, daß diese Politik des kleineren Übels von der KPD scharf kritisiert und bekämpft wurde, während die KPD die Initiatorin und Führerin der Volksfrontpolitik ist.«⁴⁸

Ein Problem, das dahinter steht, formuliert sich vor der Geschichte der proletarischen Parteien (der sozialdemokratischen wie kommunistischen) als folgende Frage — sozusagen in Umkehrung der Hobsbawmschen Fragestellung⁴⁹: Was passiert mit einer mit revolutionärem Anspruch belasteten Partei im Moment einer um sich greifenden Systemkrise des Kapitalismus, nachdem sie über weite historische Phasen hinweg mit real nicht revolutionären Situationen konfrontiert war (im Gegensatz zur eigenen Analyse) und von diesen notwendigerweise geprägt worden ist?

*Volksfront und Krise des Kapitalismus*⁵⁰

Keine politökonomisch vermittelte Konjunktur- und Krisenanalyse des Kapitalismus bestimmt den Krisenbegriff des 7. Weltkongresses, sondern die Ableitung und Darstellung konstitutiver Krisenfaktoren ist im wesentlichen einem immer wiederkehrenden Kanon politischer Ereignisse und Prozesse entnommen, die wiederum der strukturellen Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems in allgemeiner Form zugeordnet werden oder diese affizieren.

Während Eugen Varga, Wirtschaftstheoretiker der III. Internationale⁵¹, noch versuchte, exemplarisch und regelmäßig die

⁴⁶ Zit. nach *Der internationale Klassenkampf* 3/1937, S. 10, wo ein Grundsatzartikel aus einer englischen KP-Zeitschrift zum Charakter der Volksfront kritisiert wird.

⁴⁷ Vgl. beispielsweise nur Pieck, S. 23/24.

⁴⁸ *Gegen den Strom* 4/1935, S. 16.

⁴⁹ E. Hobsbawm, *Confronting Defeat: the German Communist Party*, in: *New Left Review* 61/1970, S. 87: »The Problem with which he is essentially concerned is what happens to a revolutionary party in a non-revolutionary situation.«

⁵⁰ Vgl. *Die Kommunistische Internationale (Sonderheft 1935)*, S. 5: »Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des VII. Weltkongresses wird die Frage des Heranreifens der revolutionären Krise, des Kampfes gegen die Offensive des Faschismus, für die Verwirklichung einer breiten Aktionseinheit des Proletariats, stehen« (Hervorh. G. P.).

⁵¹ Vgl. insbesondere seine vierteljährlichen Analysen über Wirtschaft und

Anwendung der marxistischen politischen Ökonomie mit dem aktuellen kapitalistischen Konjunktur- und Krisenverlauf zu vermitteln und mit der allgemein und kategorisch konstatierten Feststellung der ›Niedergangsperiode‹ des Kapitalismus in Verbindung zu bringen, ist die Faschismusanalyse auf dem 7. Weltkongreß im speziellen und die Kapitalismusanalyse generell von politökonomischen Bestimmungszusammenhängen weitgehend unberührt.

Krise wird konstatiert und nicht abgeleitet; sie spitzt sich entweder zu, oder ihre relative Stabilisierung wird erschüttert, oder sie »verschärft sich heftig«⁵², in jedem Fall ist sie begleitet von einem mehr oder minder intensiven Aufschwung der sich revolutionierenden Massen, ein Prozeß, zu dessen Beleg beliebige Indikatoren angeführt werden: Streiks, Erwerbslosendemonstrationen, Bauernaufstände. Die wenigen Bemerkungen in den Darstellungen Dimitroffs und Piecks z. B., die sich auf eine ökonomische Situationsbestimmung in Deutschland oder in den anderen europäischen Industriestaaten beziehen, sind völlig unsystematisch und unbelegt in den Text allgemeiner programmatischer Verlautbarungen eingestreut und in ihrer Generalität letztlich aussageelos.⁵³

So bleibt zum einen die politische Ökonomie des Faschismus ebenso unbegriffen wie andererseits eine Realanalyse des Krisenzyklus, der Konjunkturphasen und der Entwicklungstendenzen der ›demokratischen‹ bürgerlichen Systeme Europas ausgespart bleibt — ein Schritt, über den wesentlich die Praxisbestimmung der Politik der Kommunisten begründet werden könnte. Die längst zur unzweifelbaren Taktik geronnene Einheits- und Volksfrontpolitik der Komintern macht eine systematische auf die kapitalistische Ökonomie und deren Widersprüchlichkeit konzentrierte Analyse unmöglich, da die sich notwendig anschließende Praxisbestimmung über gewerkschaftliche Bestimmungen hinaus die Fixierung und Verdeutlichung der revolutionären Perspektive akzeptieren müßte.

Gerade Dimitroffs Verständnis der Krise des kapitalistischen Systems, die man als nur politische mit dem revolutionären

Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches und der anderen kapitalistischen Staaten in *Die internationale Pressekorrespondenz*, seit 1922; zu seinen wesentlichsten Publikationen siehe auch den von Altvater herausgegebenen Band (Eugen Varga — Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt 1969).

⁵² Dimitroff, *Offensive*, S. 74; eine jener auffallendsten Fehleinschätzungen vollzieht sich auf dem XIII. Plenum des EKKI der KI, wo kurz vor Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland kategorisch das Ende der kapitalistischen Stabilisierung behauptet wird — eine Feststellung, die nur aus völliger Fehleinschätzung der Möglichkeiten und der Funktion des Faschismus in Deutschland herrühren kann. Vgl. XIII. Plenum des EKKI, Thesen und Beschlüsse, Dezember 1933, Moskau 1934, S. 8.

⁵³ Vgl. Pieck, S. 32 und Dimitroff, *Offensive*, S. 71/72, S. 74.

Anspruch der kommunistischen Parteien zu vermitteln sucht, beleuchtet, daß Krise (a) nur noch als objektiv entstehende, nicht von Kommunisten unter Umsetzung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Spannungen zu beschleunigende und herbeizuführende, (b) als rein institutionelle des bürgerlichen Regierungsapparates und (c) als defensive, systemimmanente Maßnahmen herausforderndes Ereignis verstanden wird. Kategorisch heißt es, daß die im Rahmen der politischen Systemkrise gebildete ›Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion‹ Voraussetzung sein wird, um »[. . .] sich zur sozialistischen Revolution vor (zu) bereiten!« Ohne jegliche Konkretisierung und praktische Vermittlung schließt sich der chiliastische Ausruf an: »Die Rettung wird einzig und allein die Sowjetmacht bringen!«⁵⁴

Während die Ausführung von Zusammenhängen zwischen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, demokratischem System und der antifaschistischen Volksfront (die im Falle einer revolutionären Aktion ebenso überwunden werden müßte wie alle anderen Zentren ökonomischer und politischer Herrschaft des Kapitalismus) unbenannt bleiben, die Explikation systemtransformativer Perspektiven in den bürgerlich-demokratischen Regimen der dreißiger Jahre folglich praktisch versagt wird, verbleibt der konsolidierte, in Deutschland kaum noch bekämpfbare Faschismus in einem unauflösbaren Krisenzusammenhang, woraus die proletarische Revolution und die Vernichtung des bürgerlichen Systems entspringen wird. »Der Faschismus, der als Folge des Verfalls des kapitalistischen Systems entstanden ist, wirkt also im Endergebnis als Faktor seiner weiteren Zersetzung. So führt der Faschismus, der die Verpflichtung übernahm, der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse den Garaus zu machen, infolge der Dialektik des Lebens und des Klassenkampfes, zu einer weiteren Entwicklung jener Kräfte, die seine Totengräber, die Totengräber des Kapitalismus werden sollen.«⁵⁵ Dieser verbale Kraftakt, der sich im Vergleich zu den bisherigen Darstellungen des Zusammenhangs von Faschismus und Revolution allerdings noch recht gemessen ausmacht⁵⁶, verblaßt vor der programmatischen Realität der Thesen der Brüsseler Konferenz der KPD, die, wie es die KPD(O) polemisch formulierte, den Faschismus in Deutschland überwinden wolle, indem sie nach Weimar zu-

⁵⁴ Dimitroff, *Offensive*, S. 125.

⁵⁵ Ebd., S. 90; vgl. auch *Die Kommunistische Internationale* (Sonderheft 1934), S. 4; die Verbindung von legalem und illegalem Kampf ist in der Volksfrontkonzeption in keiner Weise expliziert worden.

⁵⁶ Vgl. D. Manuilski, *Revolutionäre Krise, Faschismus und Krieg*, Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR/Moskau-Leningrad 1934, S. 4.

rückstrebe.⁵⁷

Indessen bleibt zu resümieren: Während die Revolutionsträchtigkeit des NS-Deutschen Reiches vor der praktischen Handlungsmöglichkeit der Kommunisten hervorgehoben wird, letztlich also einem automatischen Ereignisprozeß überantwortet bleibt, sind in den demokratischen Staaten Revolution und Krise, vor der Tatsache eines real vorhandenen Handlungsplafonds für Kommunisten und andere Revolutionäre, in einem institutionell abgesicherten Vorbedingungskatalog verpackt, dessen Einhaltung und Durchsetzung wohl diese und jene antifaschistische, antimilitaristische (?), sozialreformerische Maßnahme durchzusetzen ermöglichen (könnte), dem revolutionären Prozeß aber eher entgegen wirken, als ihn beschleunigen dürfte.⁵⁸

Im antifaschistischen Volksfrontbündnis verquicken sich die Begrifflichkeiten von Faschismus, Krise des Kapitalismus und Demokratie zu einer systemloyalen politischen Praxis im und mit dem bürgerlichen Regierungsapparat, deklariert als Widerstandskonzeption, deren objektive soziale Basis alle nicht- und antimonopolistischen Schichten umfaßt, deren subjektives, politisch verbindendes klassenneutrales Motivationsgefüge zum politischen Handeln der breiten moralischen Empörung gegen die Brutalität des Faschismus geschuldet ist. Vor diesem Hintergrund gilt es, den dritten und wesentlichsten ›Krisenbegriff‹ der Komintern und des 7. Weltkongresses hervorzuheben.

Ganz unpräzise hielt das XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern den Zusammenhang von revolutionärer Krise und der Existenz der Sowjetunion in folgender Schlagzeile fest: ›Die UdSSR — der wichtigste Faktor des Heranreifens der revolutionären Weltkrise.‹⁵⁹ In der Fortsetzung dieser ›These‹ lassen sich aus den Äußerungen des 7. Weltkongresses einige relevante Zusammenhänge wiedergeben: »Der 7. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellt fest, daß folgende grundlegende Veränderungen in der Weltlage die Gruppierung der Klassenkräfte auf der internationalen Arena und die Aufgaben der internationalen Arbeiterbewegung bestimmen: (a) der endgültige, unwiderrufliche Sieg des Sozialismus im Lande der Sowjets, ein Sieg von weltgeschichtlicher Bedeutung, der die Macht und die Bedeutung der Sowjetunion als Bollwerk der Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt gewaltig gesteigert hat und die Werktätigen zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, die bürger-

⁵⁷ *Gegen den Strom* 5/1935.

⁵⁸ Vgl. Fußnote 45 und *Die Kommunistische Internationale* (Sonderheft 1935), S. 7.

⁵⁹ *Die Kommunistische Internationale* 2/1934, S. 93.

liche Reaktion und den Faschismus, für den Frieden, die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker begeistert.«⁶⁰ Der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem »weiteren Erstarren des Landes der Sowjets«⁶¹ und der Beschleunigung der Entwicklung zur sozialistischen Weltrevolution ist durchgängiger und eindringlicher Bestandteil aller Äußerungen des 7. Weltkongresses.

Die einerseits nicht mehr machbare und andererseits aktuell nicht mehr angestrebte Revolution (Pieck: »Wir wollen jetzt nicht die Diktatur des Proletariats«), ist aufgehoben und garantiert in der Existenz der Sowjetunion. Der Sieg des Sozialismus dort füllt — als Parole⁶² — das Vakuum und Defizit der nicht mehr vorhandenen Revolutionarität der kommunistischen Parteien in den europäischen Industriestaaten, ist Alibi für ihren historischen Mißerfolg.

Nicht nur die Behauptung der Sowjetunion als Inkarnation des Sozialismus, sondern auch die Anreicherung ihrer Existenz als *der* Krisenfaktor der kapitalistischen Systeme der westlichen Welt, schaffte jenes Plausibilität beanspruchende Abhängigkeitsverhältnis, das als Instrument in der Politik des sowjetischen Staates die konkreten politischen Handlungsstrategien der in der KI verbundenen internationalen kommunistischen Parteien den interessenspezifischen Prioritäten der Sowjetunion ein- und unterzuordnen erlaubte.⁶³ Die Volksfrontpolitik der Komintern läßt sich aus den Äußerungen des 7. Weltkongresses als Ausdruck dieser instrumental und funktional in Anspruch genommenen Abhängigkeitsbeziehung zur Sowjetunion im Rahmen ihrer außenpolitischen Strategie der kollektiven Sicherheit erkennen; nicht nur in vermittelter Form, über das Verfahren der Faschismusanalyse der KI als Legitimation praktizierter Defensivstrategie im bürgerlichen System, nicht nur in der Form des Nachweises entrevolutionierter konkreter Perspektive der kommunistischen Parteien um 1935, sondern auch als explizit formulierter Zusammenhang und definitive Anforderung an die Kommunistische Internationale. Am Beispiel der geänderten Haltung der Komintern in der Kriegsfrage im Zusammenhang mit der Volksfront-Konzeption erhält diese These ihre deutlichste Untermauerung.

⁶⁰ Resolution zum Bericht des Genossen Georgi Dimitroff (1935), in: VII. Weltkongreß, a.a.O., S. 270.

⁶¹ Ebd., S. 284.

⁶² Vgl. folgende ganz willkürlich herausgegriffenen Feststellungen in: Pieck, S. 45, 67, 72; Dimitroff, Offensive, S. 91.

⁶³ Vgl. auch Th. Pirker, Utopie und Mythos der Weltrevolution, München 1964, S. 41.

»Aus dem Siege des Sozialismus und der durch nichts beschränkten Perspektiven der weiteren Entwicklung der Sowjetunion auf der Bahn des Sozialismus schöpfen wir die Gewißheit, daß unser Einfluß auf die werktätigen Massen der ganzen Welt mit kolossaler Schnelligkeit wachsen wird, daß der Sieg des Sozialismus die Schwenkung der Arbeiterklasse aller Länder zum Kommunismus und den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt herbeiführen wird. *Es bedarf bloß des Friedens, der die Möglichkeit neuer Siege des Sozialismus in der UdSSR gewährleistet.*«⁶⁴

Unter den weltpolitischen Kräfteverhältnissen des Jahres 1935 war die Absicht der Sowjetunion in entscheidendem Maße darauf gerichtet, durch ein Paktsystem kollektiver Sicherheit einen Bündniskordon zur Absicherung gegen jene Staaten zu schaffen, die ihnen als die am meisten aggressiven, der Sowjetunion am feindlichsten gesonnen erscheinen: Deutschland und Japan. Korrespondierend mit dieser Konzeption ließ sich die Volksfronttaktik der Komintern — was am Beispiel Frankreichs ganz besonders deutlich werden wird — von ihrer innenpolitischen Programmatik her als eine dem Interesse der Sowjetunion entgegenkommende Massenbewegung einordnen, die gegebenenfalls in der Lage sein sollte, in den westlichen Staaten machtpolitische Voraussetzungen jener Art zu schaffen, die den der inneren ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion so notwendigen weltpolitischen Ruhe- und Friedenszustand am ehesten realisieren helfen konnte.⁶⁵

»Der Sieg des Faschismus in Frankreich, das wäre der Angriff gegen die Sowjetunion«, vermerkt Thorez⁶⁶; eine faschistische Machtergreifung in Frankreich hätte den für die Entwicklungspolitik der Sowjetunion so notwendigen internationalen Status quo zerstört. Ähnliche Konsequenzen mußte die Entstehung oder Durchsetzung internationaler revolutionärer Bewegungen haben — in Frankreich oder Spanien beispielsweise — deren Erfolg, so befürchtete man, zumindest das Mißtrauen der kapitalistischen Staaten gegen die um Respektie-

⁶⁴ Pieck, S. 68/69 (Hervorh. G. P.).

⁶⁵ Unabhängig von der Diskussion, ob die Annäherung an Frankreich und die Volksfrontkonzeption nun ein rein taktisches Manöver der sowjetischen Außenpolitik war, um das nationalsozialistische Deutschland zu Bündnisabmachungen mit der Sowjetunion zu zwingen, wie K. Nicolaus (Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung, Bonn 1966) nachweisen will, oder ob das Verhalten der westlichen Staaten nicht selber die Sowjetunion Nazi-Deutschland spätestens ab 1937/1939 als Bündnispartner vorziehen läßt, soll zunächst im Vordergrund der Darstellung der Charakter und die Absicht der Theorieproduktion der KI um 1935 weiterverfolgt werden.

⁶⁶ Thorez, S. 211.

rung und weltweite Integrierung bemühte Sowjetunion steigern, handelspolitische Restriktionen oder gar militärische Aktionen gegen sie hervorrufen würde.⁶⁷ Der rein pragmatisch motivierte Lösungsweg im Interesse der Sowjetunion pendelte sich auf jener Ebene ein, die den Sieg des Faschismus in weiteren europäischen Staaten verhindern und revolutionär unkontrollierbare Entwicklungen vermeiden mußte. »Das ist noch ein Argument, Genossen, und zwar keineswegs ein zweitrangiges, das denen entgegengehalten werden muß, die uns fragen, warum wir die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten in den Mittelpunkt unserer Einheits- und Volksfrontpolitik stellen. Wir können nicht gleichgültig bleiben angesichts des Entstehens eines von den kriegerischsten und chauvinistischsten Gruppen der Bourgeoisie geführten Staatensystems, angesichts des Wachstums der extremen Kriegsparteien der ganzen Welt, angesichts der Tendenz zur Bildung eines Blocks einer Reihe faschistischer Länder für den Krieg gegen die Sowjetunion. Im Zusammenhang damit besteht unsere Aufgabe nicht nur darin, die Ereignisse passiv zur Kenntnis zu nehmen, sondern darin, Politik zu treiben, das heißt in diese Ereignisse einzugreifen, um ihren Lauf zu ändern, oder wenigstens den Ausbruch des Krieges hinauszuschieben.«⁶⁸

Nachdem auf diese Weise die eigentliche Volksfrontformel zum Ausdruck gebracht ist, stellt sich das Problem, welche explizit politische Leistung der Taktik der internationalen kommunistischen Parteien abverlangt werden kann und abverlangt wurde, um — wie Ercoli sich ausdrückt — »Politik zu treiben«, in diese »Ereignisse einzugreifen«, »den Ausbruch des Krieges hinauszuschieben«, jene »Passivität« zu überwinden, die sich auf die traditionelle Haltung der französischen Kommunisten bezieht, grundsätzlich den Etat des Kriegsministeriums abzulehnen, keine Stimme für die nationale Verteidigung (der Bourgeoisie) bereitzustellen.

Und gezielt arbeitet Ercoli in seiner Rede auf einen grundsätzlichen Wandel der Stellung der Kommunisten in der Kriegsfrage hin: »Es wundert uns daher, wieso es einigen merkwürdig erscheinen konnte, daß der Abschluß des Vertrages mit Frankreich über gegenseitige Hilfe von einer Erklärung des Genossen Stalin begleitet wurde, in der er sein volles Verständnis und seine Zustimmung zur Politik der Landesverteidigung zum Ausdruck brachte, der Politik, die von

⁶⁷ Vgl. dazu die Kapitel 2 u. 3 dieser Arbeit.

⁶⁸ M. Ercoli (Togliatti), Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Frankfurt 1971, S. 157; vgl. auch ebd., S. 181.

Frankreich verfolgt wird, zum Zwecke der Erhaltung seiner bewaffneten Streitkräfte auf einem Niveau, das den Bedürfnissen seiner Sicherheit entspricht. Ich glaube, daß es eher merkwürdig gewesen wäre, wenn eine solche Erklärung nicht erfolgt wäre, da die Unterlassung einer solchen unzweideutigen Stellungnahme dem Vertrag über gegenseitige Hilfe seine ganze Wirksamkeit als Instrument einer positiven Friedenspolitik genommen hätte.«⁶⁹

Noch Wilhelm Pieck formulierte auf dem selben 7. Weltkongreß die »konventionelle« Grundhaltung der Kommunisten in der Situation der »Entfesselung des Krieges durch die Imperialisten«: »Die Aufgabe der Proletarier der ganzen Welt wird es sein, um den Sieg der Revolution, um die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie zu kämpfen.«⁷⁰ Diese Position ist mit den Kommentaren Ercolis und einer späteren Bemerkung von Thorez zu dieser Frage, längst verlassen: »Aber wir Kommunisten, die wir den Krieg nicht nach der Art der bürgerlichen Parteien, der Reformisten oder Pazifisten, sondern marxistisch beurteilen, erklären, daß wir im Falle eines Angriffs auf die Sowjetunion es verstehen werden, alle Kräfte zusammenzuschließen und mit allen Mitteln die Sowjetunion zu verteidigen.«⁷¹

Mit dem Aufsatz Dimitroffs »Die Einheitsfront des Kampfes für den Frieden« in der *Rundschau* vom 7. Juni 1936 finden das Problem der Kriegsfrage und die Haltung der Kommunisten eine unzweideutige Lösung in der Fortsetzung jener Gedanken, die Ercoli zum Ausdruck gebracht hatte: »Ohne in irgendeiner Weise auf die Positionen der Bourgeoisie abzugleiten, muß die Partei des Proletariats in die Außenpolitik und die Fragen der Landesverteidigung aktiv mit ihrer Plattform und ihren Forderungen eingreifen, in der Situation der unmittelbaren Kriegsgefahr seitens eines faschistischen Aggressors gehen sie davon aus, eine Volksfrontregierung zu schaffen.«⁷² Die den Sozialdemokraten vorgeworfene Burgfriedenspolitik 1914, die formal ihre Begründung in der nationalen Abwehr des reaktionären Zarismus fand, findet nun eine »Wiederholung« in der Politik der Kommunistischen Inter-

⁶⁹ Ebd., S. 176. Die Befürchtung, daß durch einen solchen Vertrag und die darauf folgende Begründung der Komintern die revolutionäre Glaubwürdigkeit verloren gehe und die politische Perspektive der Kommunisten aus den Augen entschwände, besteht nach Ercoli nicht, da durch vertragliche Bindungen dieser Art das Ansehen der SU vor der ganzen Welt gesteigert werde (ebd., S. 177).

⁷⁰ Pieck, S. 73; vgl. auch Dimitroff, *Offensive*, S. 135.

⁷¹ Thorez, S. 228.

⁷² G. Dimitroff, *Die Einheitsfront des Kampfes für den Frieden*, in: *Rundschau* 21/1936, S. 827.

nationale, vor dem Hintergrund der um internationale Sicherheit und Absicherung bemühten Sowjetunion, die insofern an einem gegen Deutschland aufgerüsteten Frankreich interessiert ist.

Im Organ der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (I.V.K.O.), dem *Internationalen Klassenkampf*, wird in Verkennung der realen Abhängigkeit der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen Parteien von der Politik der Sowjetunion und des Charakters der sowjetischen Entwicklung dieser Position das Prinzip ›reiner‹ kommunistischer Politik entgegengehalten, deren Rückgewinnung durch die Aufklärungsarbeit der I.V.K.O. angestrebt wird. »Nur die Umwandlung des imperialistischen Krieges durch den Bürgerkrieg in den revolutionären Krieg sichert die höchste Entfaltung der Kräfte aller werktätigen Klassen für die Verteidigung der Sowjetunion. Nur der revolutionäre Krieg kann die erforderlichen moralischen und materiellen Kräfte dafür freisetzen.«⁷³

Diese Konstruktion allerdings, die die Entlastung und Sicherung der Sowjetunion nur als Folge revolutionärer Entwicklungen in den westlichen Systemen gewährleistet sieht, ist dem damaligen Alternativkatalog der sowjetischen Führung und der Komintern fremd, mehr noch, diese Möglichkeit ist angesichts des ökonomischen und handelspolitischen Abhängigkeitsverhältnisses der Sowjetunion von Ökonomie und Technologie der kapitalistischen Staaten⁷⁴ und angesichts der Unsicherheit des Erfolges internationaler revolutionärer Aktionen zu riskant⁷⁵, um als gangbarer Weg noch in Be-

⁷³ *Der internationale Klassenkampf* 3/1936, S. 3; K. H. Tjaden, *Struktur und Funktion der ›KPD-Opposition‹ (KP/O)*, Meisenheim am Glan 1964, S. 334, führt in diesem Zusammenhang aus: »[...] hatte noch der VII. Kongreß in allerdings zweideutigen Formulierungen nach alter Tradition von den Kommunisten die ›Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg‹ gefordert, so trat jetzt Dimitroff dafür ein, daß die Kommunisten im Falle einer faschistischen Aggression eine Volksfrontregierung anstreben und gegebenenfalls auch dem Militärbudget zustimmen sollten. Die Lehre vom revolutionären Klassenkampf wurde somit für diesen Fall außer Kraft gesetzt. Nun, so kommentiert das AK der KP/O, sei der Gegensatz zwischen der ›Rechts-Opposition und der KI nicht länger bloß taktischer Natur: die Unklarheiten der Entscheidungen des VII. Kongresses seien ›geklärt in einem Sinne, daß die bisherigen Möglichkeiten des Abrutschens in den Opportunismus in weitestem Maße zur Wirklichkeit geworden sind und daß die Grundsätze des Kommunismus verlassen sind. Im selben Monat – Juli – 1936 begann der spanische Bürgerkrieg, dessen Verlauf der KP/O den Beweis ihrer These bringen sollte, daß die KI mit den revolutionären Zielen gebrochen habe.«

⁷⁴ Vgl. L. Trotzki, *Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale*, Berlin 1929, S. 50/51: »Die kapitalistische Welt hat uns durch die Export- und Importzahlen bewiesen, daß es auch noch andere Mittel der Einwirkung gibt, als eine militärische Intervention.«

⁷⁵ Vgl. U. Schmiederer, *Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz*,

tracht gezogen zu werden. Daraus folgt, daß »die Sowjetunion [. . .] nicht mehr als Instrument zum Vorantreiben der Weltrevolution gesehen (wird); im Gegenteil, die internationale kommunistische Bewegung wird als ein Instrument zur Unterstützung der jeweils aktuellen Windungen und Wendungen der Sowjetdiplomatie betrachtet.«⁷⁶ »Noch vor kurzem wäre es unmöglich gewesen«, heißt es in einem, beinahe Erstaunen über den schnellen und unvermittelten Wandel der KI-Positionen ausdrückenden Kommentar der *Rundschau* zum 7. Weltkongreß, »die Frage der Beteiligung der Kommunisten an einer Nichträteregierung und der Schaffung einer einheitlichen Partei mit den sozialdemokratischen Arbeitern auch nur zu stellen.«⁷⁷

Mit diesen ersten Schritten jedoch war der Prozeß der Harmonisierung der Politik der Komintern mit den vordringlichen aktuellen Zielen sowjetischer Staatspolitik noch nicht abgeschlossen. So findet in der Einhundertachtziggrad-Wendung der Kommunistischen Internationale zur Frage der Landesverteidigung schließlich die Faschismusformel der Komintern, analog zur innenpolitischen Bündnispolitik, ihre Entsprechung im internationalen Maßstab. Oder anders: So ergibt sich gerade auch an diesem kaum verbrämten Beispiel der Analyse die notwendige Schlußfolgerung, daß die Volksfrontpolitik der Kommunistischen Internationale weniger dem Einheitsbedürfnis des internationalen Proletariats, weniger der Notwendigkeit einer antifaschistischen Widerstandspolitik — die ja auch mit dem Hitler-Stalin-Pakt in Frankreich 1939 ihr vorläufiges Ende fand — geschuldet war, als dem globalpolitischen Interessenhorizont der Sowjetunion.

Alle nichtfaschistischen, den Angriffen eines faschistischen Deutschland potentiell Widerstand leistenden Staaten sind in ihrer Militärpolitik mehr oder weniger unverblümt durch parlamentarische Unterstützung und loyalen Militärdienst der Kommunisten abzusichern. Zu unterstützen sind also letztendlich die weniger terroristischen, reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Staaten des Monopolkapitals, jene Kräfte, die formal den Rahmen der bürgerlichen Demokratie nicht zu sprengen beabsichtigen, von denen man offenbar erwartet, daß sie dem Faschismus in Deutschland entschiedenen Widerstand entgegenbringen werden: Die Faschismustheorie der Komintern ist zugleich das Raster, vor dem die Bündnis-

Frankfurt 1968, S. 19: »Da bei selbständigen revolutionären Unternehmen die Gefahr einer gesamtkapitalistischen Aggression gegen den Sowjetstaat drohte, war für ein selbständiges Agieren revolutionärer Bewegungen und Parteien kein Platz mehr.«

⁷⁶ E. Mandel, *Friedliche Koexistenz und Weltrevolution* (Raubdruck, Mannheim o. J.), S. 15.

⁷⁷ *Rundschau* 36/1935, S. 1706.

politik der kommunistischen Parteien sich entwickeln soll, wie es auch jenes zentrale Bestreben der sowjetischen Außenpolitik ab Mitte 1934 ausdrückt, der Bedrohung durch Deutschland ein internationales Bündnissystem mit den westlichen Großmächten entgegenzusetzen.⁷⁸

Der Preis, den die Komintern dabei zu zahlen hatte, war der ihrer theoretischen und praktischen Selbstaufgabe, neun Jahre vor ihrer organisatorischen Liquidierung.

Instrumentalisierung der Selbstkritik

Die ›innere‹ Theorie- und Taktikwandlung der kommunistischen Internationale zwischen 1934 und 1935 war – im Kontrast zur Sozialfaschismustheorie – radikal; vor dem Hintergrund des bestehenden politisch-organisatorischen, materiellen und theoretischen Abhängigkeitsverhältnisses der KI vom sowjetischen System und den von dort der Komintern gegenüber vertretenen und durchgesetzten handlungspolitischen Orientierungsdaten, erhellt sich der Kurswechsel der kommunistischen Internationale jedoch weniger als politischer Emanzipationsakt von sozialfaschistischen Absurditäten, denn als Anpassungsprozeß an vorgegebene Maximen. Die Durchführung von Kritik und Selbstkritik innerhalb der Komintern, jener Bewältigungsmechanismus, der den Taktikwandel politisch-personell zu transportieren und die Schuldigen zu identifizieren hatte, entlarvt passiv die politischen Tabus der KI, die durch gezielte Nichtbenennung der Auseinandersetzung und Infragestellung entzogen sein sollten. Eine systematische Auseinandersetzung mit Inhalt und Konsequenzen der Sozialfaschismuspolitik, in deren Folge und als deren Resultat die neuen politisch-taktischen Konzeptionen hätten plaziert werden können, erfolgt nicht. Mit dem Mittel schlichter Geschichtslöschung wird die Vergegenwärtigung und Verarbeitung sechsjähriger internationaler kommunistischer Politik und Niederlagen verhindert und gleichzeitig durch Kanalisierung der ›Kritik‹ auf zwei Hauptschuldige das Schweigen verschleiert.

Die bisher verfolgte Linie der Leitung der Komintern war danach grundsätzlich richtig⁷⁹; die Zweifelhafteigkeit von Positionen der Kominternleitung oder gar der KPdSU-Führung stand völlig außer Frage. Mißerfolge der Politik ›Klasse gegen

⁷⁸ Vgl. Schmiederer, S. 18.

⁷⁹ Vgl. Pieck, S. 26/27. Die Schuldfrage bei politischen Niederlagen der Partei ist, wie man einer Äußerung Stalins entnehmen kann, gleichsam institutionell a priori geregelt, insofern als die Führungsspitze und die von ihr vertretene Linie in jedem Fall der Kritik entrückt bleibt. (vgl. auch Dimitroff, Offensive, S. 257).

Klasse« sind

(1) auf »mangelhafte Durchführung« und sektiererische Haltung einzelner Personen⁸⁰, Sektionen oder anderer subalternen Organisationen zurückzuführen oder

(2) der Politik der Sozialdemokratie anzurechnen, deren mißlungene Beeinflussung oder Überwindung von seiten der Kommunisten allerdings auch wiederum kein Anlaß war, Richtigkeit oder Angemessenheit der eigenen Theorie und Praxis zu hinterfragen.⁸¹

Die unterlassene Kritik ihrer eigenen Geschichte enthebt die Komintern zugleich der Notwendigkeit, den späten Wandel zur Einheits- und Volksfrontpolitik zu erklären. Die Verschiebung der historischen Schuld der Niederlage der Arbeiterklasse vor dem Faschismus auf die Sozialdemokratie, deren Verhalten im übrigen rein subjektiv als Verrat verstanden wird, wobei die Reformismusproblematik, als politischer Wandel der sozialdemokratischen Partei auf die Änderungsprozesse des Kapitalismus unbegriffen bleibt, schafft zugleich eine einerseits nutzbare, andererseits problematische Konfliktsituation mit dem neuen Bündnispartner.

Zum einen sind die Spitzen sozialdemokratischer Parteien Ziel intensiver Bemühungen der Kommunisten, um das Einheitsfrontbündnis herzustellen und um auf dieser Basis die Volksfront überhaupt möglich zu machen. In einem fiktiven Dialog mit sozialistischen Gegnern der Einheitsfront versucht Dimitroff⁸² seine Argumentation eindringlich und überzeugend zu verdeutlichen: »Die Kommunisten greifen uns an, sagen die anderen. Aber hört doch, wir haben bereits wiederholt erklärt: wir werden niemanden angreifen, weder Personen noch Organisationen noch Parteien, die für die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Klassenfeind sind. Gleichzeitig aber haben wir im Interesse des Proletariats und seiner Sache die Pflicht, die Personen, Organisationen und Parteien zu kritisieren, die die Aktionseinheit der Arbeiterklasse stören.«⁸³

Andererseits gilt es, angesichts der sich sozialdemokratisierenden Theorie und Praxis der kommunistischen Parteien, im Interesse der eigenen Abgrenzung und Profilierung die Differenzen mit den Sozialdemokraten aufrechtzuerhalten und über

⁸⁰ Vgl. Gross, S. 535. Die Selbstkritik für die Niederlage 1933 bezog sich nicht etwa auf die Sozialfaschismusthese und die Taktik der Komintern seit 1928, sondern die Sündenböcke wurden in der Partei gesucht, unter Personen, die sowieso schon als renitent aufgefallen waren, wie Neumann und Remmele, die zusammen mit Schubert, Schulte, Kippenberger und Kreuzburg in Moskau später liquidiert wurden.

⁸¹ Vgl. Dimitroff, *Offensive*, S. 82/84.

⁸² Ebd., S. 91–93.

⁸³ Ebd., S. 91/92.

die Konfrontation behelfs proletarischer Terminologie politischen Druck ausüben zu können. Dies wird erleichtert insofern, als der eigentliche Sozialfaschismus-Vorwurf an die Sozialdemokratie von den Komintern offiziell nicht revidiert worden ist.⁸⁴ In diesem Sinne wird das Einheitsfrontbündnis mit der Sozialdemokratie letztendlich auch nur als Methode verstanden, »die sozialdemokratischen Arbeiter tatsächlich von der Richtigkeit der kommunistischen und der Unrichtigkeit der reformistischen Politik zu überzeugen [. . .]«⁸⁵

Die politisch-pragmatische Argumentation, die die gesamte Rechtfertigung der Volksfronttaktik durchzieht, bezieht die Sozialdemokratie und Sozialisten in dieser Form nicht mit ein; explizit legt man es darauf an, die sozialistischen Arbeiter von ihren Parteiführungen zu trennen. Das wird vor dem Hintergrund des eigentlichen Zwecks der Bündnisaktion zu einer sehr fragwürdigen Verhaltensweise, deren langfristige Konsequenzen offenbar nicht überdacht worden sind. »Unter Einheitsfront verstehen«, schreibt die KPD(O), »das organisierte Zusammenwirken von Arbeitern, die Organisationen mit verschiedenen, ja entgegengesetzten politischen Grundauffassungen angehören oder angehört haben für proletarische Klassenzwecke, gegen den gemeinsamen Klassengegner.«⁸⁶

Eine so eindeutige, gemeinsames Handeln wie möglicherweise gemeinsames, beiderseitiges Lernen möglich machende zweckorientierte Definition konnte der Komintern nicht möglich sein; es sei denn um den Preis einer Lösung des organisatorischen und inhaltlichen Verbunds mit der Sowjetunion. Insofern mußte, trotz aller reformatorischen Politik der kommunistischen Parteien, die Ausgangsposition der strukturellen Bündnisunfähigkeit mit der Sozialdemokratie (und deren tendenzielle Sozialfaschismus-Qualifizierung⁸⁷) aufrechterhalten bleiben; allerdings nunmehr vor einem neuen historischen Hintergrund: dem funktionierenden Bündnis mit dem Kleinbürgertum. Gerade um dieses Bündnis zu gewährleisten, war die Sozialdemokratie als Bindeglied notwendig, war jedoch auch zugleich die Möglichkeit ihrer weiteren Bekämpfung gegeben, und zwar von Positionen aus — wie das Beispiel Frankreichs zeigen wird —, die selbst die reformistische Politik der französischen Sozialisten (der SFIO) schon unterschritten hatten.

Das Verhalten der Kommunisten zeigt auch in diesem Fall, daß der Schwerpunkt der Volksfront 1935 auf ein Überein-

⁸⁴ Vgl. P. Lange, Sozialdemokratie und Faschismus in der Sicht des Stalinismus (1927–1935), Phil. Diss., Kiel 1967, S. 327.

⁸⁵ Dimitroff, Offensive, S. 132.

⁸⁶ Gegen den Strom 9/1933, S. 57.

⁸⁷ Vgl. Dimitroff, Offensive, S. 252.

kommen mit dem Kleinbürgertum gerichtet war, im Sinne übergeordneter politischer Interessen. Die sozialen Kosten dieser politischen Taktiererei trugen am Ende sowohl die sozialistischen wie die kommunistischen Arbeiter.

Faschismuskonzeption außerhalb der III. Kommunistischen Internationale

Die instrumentelle Zweckbestimmung des KI-Faschismusbegriffes mußte eine zutreffende Faschismusanalyse auf breiter Ebene, die andere politisch-taktische Konsequenzen als die eingeschlagene Praxis verlangt hätte, verhindern. Während die eigentliche Funktion des Faschismusverständnisses der Komintern dahingehend zusammengefaßt werden kann – mit Blickrichtung auf Frankreich –, daß mittels parlamentarischer Defensivstrategie und Anpassung an die Programmatik des französischen Mittelstandes die soziale Basis für eine machtpolitische Konstellation geschaffen werde, die eine französische Staatspolitik ermöglichen sollte und deren unmittelbare Folge eine Minimierung der Bedrohungs- und Kriegsgefahr für die Sowjetunion bedeutet hätte, gehen die nicht KI-offiziellen marxistischen und sozialistischen Faschismuskonzeptionen davon aus⁸⁸, daß die Schaffung und Beschleunigung subjektiver Voraussetzungen zur ›Lösung‹ der strukturellen Krise des kapitalistischen Systems durch seine Überwindung nur als Folge der Orientierung auf eine konzessionslose revolutionäre Perspektive und der Beschränkung der Bündnisbeziehungen auf proletarische Schichten möglich sei. Diese Position wird bei Trotzki⁸⁹ ebenso wie bei der KPD(O) schon als Konterposition zur bis 1934 aufrechterhaltenen ›ultralinken‹ Sozialfaschismuspolitik der Komintern behauptet und macht sich in der Folge (ab 1935) als scharfe Kritik an der ›ultrarechten‹⁹⁰ Volksfronttaktik der Kommunistischen Internationale geltend. Dimitroffs Analyse der Funktion des (deutschen) Faschismus läuft endlich darauf hinaus, die zunehmende internationale Bedrohtheitssituation der Sowjetunion nachzuweisen, in den Mittelpunkt seiner Aussagen zu stellen und eine dieser ›Bedrohungen‹ angepaßte, nichtrevolutionäre in-

⁸⁸ In einem kürzlich erschienenen Aufsatz erst hat N. Kadritzke (Faschismus als gesellschaftliche Realität und als unrealistischer Kampfbegriff, in: Probleme des Klassenkampfes 8, 9/1973, S. 104) ausführlich nachgewiesen, daß sich die Faschismusanalysen der KPD(O), insbesondere Thalheimers, als »weit realitätsgerechter als die entsprechenden Analysen der dominierenden Arbeiterparteien« erwiesen haben. Vgl. auch die verschiedenen Aufsätze in: Der Faschismus in Deutschland, hg. u. engl. v. d. Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt 1973.

⁸⁹ Vgl. L. Trotzki, Wie wird der National-Sozialismus geschlagen, Frankfurt 1971.

⁹⁰ Vgl. *Gegen den Strom* 5/1935, S. 7.

ternationale proletarische Praxis zu verlangen.

Faschismus wurde nicht als Möglichkeit der konterrevolutionären Auflösung der Krise in Weimar⁹¹ begriffen, sondern als ein weiteres Endstadium des unabänderlich zum Untergang sich entwickelnden Kapitalismus, dessen aggressivster Kern – die am meisten imperialistischen Kreise des Finanzkapitals – sich der kleinbürgerlichfaschistischen Bewegung bedient, sie gar ins Leben ruft, um die Abwälzung der sozialen Kosten der Krise auf die Massen, die Okkupation der internationalen Märkte und die Zerstörung der Sowjetunion durchzusetzen. Gerade am Beispiel der Bestimmung der Genese, des Kerns und der Funktion des Faschismus lassen sich die wesentlichen, kontrovers dazu entwickelten Positionen der nichtoffiziellen kommunistischen Linken festmachen.

Zum einen wird die Entstehung der faschistischen Bewegung, insbesondere des Nationalsozialismus in Deutschland, nicht als eine »vom Monopolkapital nach Belieben«⁹² politisch-gesellschaftlich hervorzurufende Massengruppierung verstanden, deren funktionale Manipulation die politischkonstitutiven Bedingungen zur Rekonsolidierung der krisengeschädigten Kapitale schaffen soll, sondern als »originäres Produkt der ökonomischen Krise mit eigenständigen Machtansprüchen«⁹³.

Die Unterschätzung der Relevanz des Kleinbürgertums, der sozialen Massenbasis des Faschismus, jene Voraussetzung, die den Hitlerfaschismus zur politischen Alternative zur Sozialdemokratie qualifizierte, wird nicht zuletzt in der Kerndefinition des Dimitroffschen Faschismusbegriffs – der im übrigen wortwörtlich der Faschismusdefinition Kuusinens entnommen ist: eine Definition, die auf dem XIII. EKKI-Plenum der Kommunistischen Internationale vorgetragen wurde und sich theoretisch neben die vielfältigen Bestätigungen der bis dahin und darüber hinaus geltenden Sozialfaschismus-Taktik einzuordnen hatte⁹⁴ – zum Ausdruck gebracht. »Diese Frage (der Massenbasis des Faschismus, G. P.) darf jedoch nicht als nebensächlich betrachtet werden. Sie muß mit der grundlegenden Definition des Faschismus unmittelbar verknüpft werden, wenn wir die Bedingungen des Kampfes gegen den Faschismus richtig verstehen wollen.«⁹⁵ Der kritische Ansatz Dutts ist in der folgenden Auseinandersetzung um das Faschismusverständnis des 7. Weltkongresses ebensowenig aufgenom-

⁹¹ Vgl. Kadritzke, S. 107.

⁹² P. Sering, *Der Faschismus als Revolte gegen Europa* (1946), in: *Theorien über den Faschismus*, hg. von E. Nolte, Köln-Berlin 1967, S. 411.

⁹³ Kadritzke, S. 109.

⁹⁴ Vgl. XIII. Plenum, S. 5.

⁹⁵ R. Dutt, *Über einige Probleme des Faschismus*, in: *Die Kommunistische Internationale* 11/1935, S. 876.

men, wie der Hinweis, daß der Charakter des Faschismus »nicht im Grad seiner Reaktion, seines Terrors oder Chauvinismus »ausgedrückt werden kann«, »sondern in dem *besonderen sozial-politischen Mechanismus* zur Durchführung dieses Terrors [. . .]«⁹⁶. Die moralisch differenzierende Faschismusdefinition des 7. Weltkongresses, seine Superlativkonstruktion, die die Suche nach weniger aggressiven und kaum imperialistischen Elementen des Finanzkapitals förmlich verlangt, potentielle Bündnispartner in diesen Kreisen avisiert, ist der politischen Tradition der Sozialdemokratie verbunden, deren Politik des schrittweise zu ihrer Selbstaufgabe führenden »kleineren Übels«, dieser theoretischen Prämisse, daß es per se »weniger chauvinistische, weniger imperialistische Elemente des Finanzkapitals gäbe«⁹⁷, unterworfen war.

Den KI-Vorstellungen einer nach Bedarf manipulierbaren faschistischen Bewegung im Sinne eines Teils der Monopole auf der einen Seite entsprechen die Begrifflichkeiten, die das Verhältnis von Faschismus und Staat zu erklären vorgeben. Die Behauptung der Identität von faschistischer Diktatur und des sich unmittelbar der Staatsmacht bedienenden Finanzkapitals zur Durchsetzung seiner Interessen bildet das Fundament der Aussage, denen alle anderen Erklärungen zugeordnet sind. Die KPD(O) versucht dagegen, den qualitativen Formwechsel des bürgerlichen Staates, der sich zwischen faschistischer Machtergreifung und parlamentarischer Demokratie vollzogen hat, systematisch abzuleiten und zu bestimmen:

—wobei zum einen die Möglichkeit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland aus der Diskrepanz zwischen der objektiven ökonomischen und politischen Krise des Systems und der subjektiven politischen Handlungs- und Aktionsunfähigkeit beider Arbeiterorganisationen erklärt wurde;

— wo zum zweiten die Zwangslage der Bourgeoisie prononciert wurde, die sich, im Interesse der prinzipiellen Aufrechterhaltung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die Produktionsapparaturen wie im Interesse der Notwendigkeit durch Einschränkung des privaten Konsums und Liquidation der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft — zur Schaffung grundsätzlich verbesserter Reproduktionsbedingungen des Kapitals folglich — der systemloyalen, wenn auch einer vorkapitalistischen Ideologie verhafteten, faschistischen Massenbewegung und den von diesen einzusetzenden politisch-terroristischen Mitteln zuwenden und überantworten mußte.

Aus diesem Zusammenhang wird der nicht direkt im Interesse der Großkapitale fungierende, sondern nur vermittelt

⁹⁶ Ebd., S. 875/876.

⁹⁷ Vgl. *Der internationale Klassenkampf* 1/1936, S. 4.

ihre Interessen umsetzende faschistische Staat definiert, dessen politische Machtapparatur von der faschistischen Bewegung vereinnahmt wurde — was einer faktischen staatlichen Entmachtung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Spitzen der Weimarer Republik gleichkam —, in dessen Konsequenz jedoch die sozialen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen entstehen konnten, die eine Rekonstitution optimaler Verwertungsbedingungen für das gesellschaftliche Gesamtkapital garantierten.

Wurde zum einen die Konsolidierungsfähigkeit des faschistischen Kapitalismus in Deutschland aufgrund dieser Bedingungen in den offiziellen Verlautbarungen der Komintern negiert oder zumindest unterschätzt, war andererseits das »[. . .]so-wjetische Bild von den Vorgängen in Deutschland«, wie in der gesamten kapitalistischen Welt, »weit weniger von ideologischen Überlegungen gestört [. . .], als man den Stellungnahmen der kommunistischen Presse nach zu urteilen annehmen konnte.«⁹⁸

Upham Pope gibt eine Bemerkung Stalins aus einem Interview mit Walter Duranty vom Dezember 1930 wieder, dem deutlich die — von moralischen Aspekten zunächst einmal abstrahiert — Zweigleisigkeit sowjetischer internationaler und internationalistischer Politik zu entnehmen ist: »Die derzeitige Depression auf dem Weltmarkt [. . .] ist sehr schwer und wird noch schwerer werden. Es ist die schlimmste der periodisch wiederkehrenden Krisen, die den Verfall des Kapitalistischen Systems markieren, aber ich glaube nicht, daß wir es mit der letzten oder mit der Krise auf dem Höhepunkt zu tun haben. *Der Kapitalismus ist noch stark und er wird sich wieder erholen.* Doch das vergangene Jahr hat seine tödliche Krankheit deutlich gemacht — der Kapitalismus kann nicht ohne Märkte existieren, und die gegenseitige Rivalität der Kapitalistischen Staaten sperrt sie jeweils von den Märkten der anderen aus [. . .]«⁹⁹ Das revolutionäre Subjekt bleibt in Stalins Äußerungen zu dem Verhältnis von Krise und Kapitalismus ausgespart, zugleich offenbart sich die Objektbeziehung der kommunistischen Parteien im strategischen Handeln der Sowjetunion.

Trotz der erkennbaren Gefahr des deutschen Faschismus für die gesamte Arbeiterbewegung bleibt bis 1934 die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialdemokratie aufrechterhalten, obwohl die »Zertrümmerung« beider Arbeiterorganisationen, das »Zurückwerfen [. . .] des Proletariats in den amorphen Zustand autonom miteinander nicht mehr verbundener Individuen [. . .] kein einziges Argument für die

⁹⁸ Niclauss, S. 82/83.

⁹⁹ A. U. Pope, Maxim Litvinoff, New York 1943, S. 272 (Hervorh. G. P.).

Parole (liefert), daß die Sozialdemokratie, insbesondere ihre Führer, der Hauptfeind der revolutionären Arbeiterbewegung seien.«¹⁰⁰

Bezogen auf die Volksfrontkonzeption der Komintern und die Politik der Westorientierung der Sowjetunion kann analog festgehalten werden: Trotz der Erkenntnis der Rekonsolidierungsfähigkeit des Kapitalismus (*beispielsweise in der politischen Ausdrucksform des Faschismus*) auf der Basis einer »Art defensive(r) Solidarität [. . .], sobald die Verwertungsbedingungen auch nur einiger Kapitalgruppen politisch tangiert werden«¹⁰¹, werden eine prinzipielle Polarisierung der Kapitalgruppierungen behauptet, eine ökonomisch plausible Analyse der Entstehungsbedingungen des Faschismus verhindert und die vorhandenen realen innerkapitalistischen Differenzen zur Grundlage einer konzessiven Bündnispolitik der kommunistischen Parteien gemacht, in deren Verlauf ihre Organisationen und Mitglieder wiederum zerrieben werden.

Der vorgeblich notwendig-defensiven (>rechtsopportunistischen<) Politik der Sektionen der Kommunistischen Internationale auf der Basis der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus soll im folgenden Kapitel die erklärende Dimension, Erläuterung der gewandelten außenpolitischen Absicherungsstrategie der Sowjetunion seit 1934/35, zugeordnet werden.

2. Determinanten internationaler und internationalistischer Politik der Sowjetunion in den dreißiger Jahren

Mit der forcierten Ingangsetzung der Industrialisierung der Sowjetunion ab 1927/28 waren die Außenhandels- und die Außen- und Sicherheitspolitik des sowjetischen Staates in wachsendem Maße funktional geleitet von der Entwicklung des Gesamtsystems, der innerökonomischen und innenpolitischen Dynamik jener Jahre¹⁰²; parallel dazu vollzog sich die instrumentelle Vernutzung der proletarisch-internationalistischen Politik der Komintern im Prozeß ihrer bedingungslosen von »Abweichungen« gesäuberten Verkettung an den »Auf-

¹⁰⁰ O. Negt/A. Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt 1973, S. 388/389.

¹⁰¹ Vgl. C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, S. 70/71.

¹⁰² M. Beloff, The Foreign Policy of Soviet Russia, London-New York-Toronto 1947, S. 27: »An erster Stelle verlangte die Planerfüllung spezifische Bedingungen, deren Einhaltung in diesen Jahren oberstes Ziel russischer Diplomatie war.«

bau des Sozialismus in *einem* Lande.¹⁰³

Ein doppeltes Ziel bestimmte die Strategien internationaler Politik der Sowjetunion:

1. die Gewährleistung der Bedingungen des ungestörten industriellen Aufbaus im eigenen Lande durch Verhinderung oder Minimierung außenpolitischer Pressionen, insbesondere durch Vermeidung einer Involvierung in kriegerische Auseinandersetzungen¹⁰⁴; das Mittel, dessen man sich zu bedienen gedachte zur Verbesserung und Entlastung der eigenen Position, war die staats- und machtpolitische Ausnutzung innerimperialistischer Gegensätze, ein Verfahren, das beispielsweise in der Rapallo-Politik, in dem spezifischen Charakter der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Post-Versailles-Europa, seinen hervorragendsten Ausdruck fand¹⁰⁵;

2. waren die In- und Extensivierung internationaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Erschließung neuer Exportbereiche sowie die Gewinnung weiterer und zuverlässiger Produktionsmittellieferanten und Kreditgeber, um den Bedürfnissen innerindustrieller Entwicklung nachzukommen und zu entsprechen¹⁰⁶, von vordringlicher und existentieller Bedeutung.

¹⁰³ Vgl. N. Poulantzas, *Fascisme et Dictature*, Paris 1970, S. 242–253, der sich im einzelnen und komprimiert auf den spezifischen Abhängigkeitscharakter der Kommunistischen Internationale von der gesamten sowjetischen Politik bezieht.

¹⁰⁴ Vgl. W. G. Truchanowski, *Geschichte der Internationalen Beziehungen, 1917–1939*, Berlin (West), 1963, S. 317/318: »Die Sowjetregierung führte einen aktiven Kampf für die Sicherung des Friedens, der für die weiteren Erfolge des sozialistischen Aufbaus unbedingt nötig war.«

¹⁰⁵ E. H. Carr, *Berlin–Moskau*, Stuttgart 1954, S. 106: »Die einzige Rettung für Sowjetrußland lag in den Spaltungen innerhalb der kapitalistischen Welt. [...] Mitte der zwanziger Jahre gab es nur eine wirkliche Spaltung in der kapitalistischen Welt, die zwischen den siegreichen Alliierten und dem besiegten Deutschland. Daher hatte Sowjetrußland keine eigentliche Handlungsfreiheit; da die Freundschaft mit den Alliierten um keinen Preis zu haben war, blieb nur die Freundschaft mit Deutschland, die Politik von Rapallo, als Alternative.«

Siehe dazu auch W. I. Lenin, Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare 22. Dezember, *Ausgewählte Werke*, Bd. III, Berlin 1966, S. 560–590 (Bericht auf dem Gesamtruss. Sowjetkongreß 22.–29. Dez. 1920); Trotzki, *Internationale Revolution*, S. 24; Braunthal, S. 133; grundsätzlich, wenn auch sehr knapp, zur Struktur der sowjetischen Außen- und Bündnispolitik zwischen 1922 und 1934, vgl. die Einleitung Löwenthals zu T. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, Berlin 1970, S. V–IX.

¹⁰⁶ Vgl. beispielsweise die Argumentationen und die Ausdauer der Verhandlungen um einen neuen sowjetisch-englischen Handelsvertrag, der schließlich im Jahre 1934 ratifiziert wird und vom sowjetischen Botschafter in London, J. Maiski (Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin 1967, S. 101–216), teilweise recht detailliert und lebendig geschildert wird; siehe auch Niclauss, S. 47/48, zu dem Bemühen der Sowjetunion kompensatorische Exportbeziehungen, als Folge der Importrestriktionspolitik ihrer bisherigen Hauptabnehmer zu entfalten.

Auch Litwinoffs Verhalten auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Sommer 1933 und seine Auftragsangebote an die westlichen Industrie-

Die politische Resultante der Anforderungen und der Instabilität sowjetischer industrieller Entwicklungsökonomie auf internationaler Ebene erschließt sich im prononciert vertretenen Friedensbedürfnis des sowjetischen Staates, zielt auf ein bewußtes friedliches Arrangement mit den bürgerlich-kapitalistischen wie auch faschistisch-kapitalistischen Systemen, auf die Minimierung außenpolitischer Reibungsflächen, die Beseitigung von Vorwänden, um unfreundlichen Akten westlicher Regierungen auszuweichen, beinhaltet eine generelle Defensivstrategie, die sich in dem Versuch vielfacher Verteidigungs- und Freundschaftspakte realisierte, wie auf die Erweiterung ökonomischer Austauschbeziehungen bedacht war. »Unsere Außenpolitik ist klar. Sie ist eine Politik der Erhaltung des Friedens und der Verstärkung der Handelsbeziehungen mit *allen Ländern*¹⁰⁷. Die Sowjetunion denkt nicht daran, irgend jemanden zu bedrohen, und erst recht nicht, irgend jemanden zu überfallen. Wir sind für den Frieden und verteidigen die Sache des Friedens. Aber wir fürchten keine Drohungen und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegshetzer mit einem Gegenschlag zu antworten. Wer den Frieden will und sachliche Beziehungen mit uns anstrebt, wird stets bei uns Unterstützung finden. Denjenigen aber, die versuchen sollten, unser Land zu überfallen, wird eine vernichtende Abfuhr zuteil werden, damit ihnen in Zukunft die Lust vergehe, ihre Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten zu stecken.«¹⁰⁸

Auf der Basis dieser prinzipiellen Bedürfnisse internationaler Politik der Sowjetunion — Kontinuität und Ausbau der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu einzelnen kapitalistischen Systemen, Absicherung des Staatsgebietes durch Neutralisation potentieller Aggressoren — entwickelt sich der konkrete Kurs sowjetischer Außenpolitik in den dreißiger Jahren, der jedoch insofern »offen« war, als die ihm zugrunde liegenden Motive nicht a priori und prinzipiell ein Bündnissystem mit den bürgerlich-demokratischen Staaten gegen die faschistischen Systeme nahelegte; die auf Frankreich, England und die USA zielende Absicht eines Verbundes der kollektiven Sicherheit war zum einen Resultat der Bündnisunwilligkeit und der Aggressivität Nazi-Deutschlands wie der Bedrohung durch Japan, war aber zugleich getragen von der Hoffnung und dem

staaten, insbesondere die USA, in Höhe von 1 Milliarde Dollar, geben zum einen Aufschluß über den notwendigen Industriegüterbedarf der Sowjetunion, sind zum anderen vom Sicherheitsbedürfnis des sowjetischen Staates getragen, über den Ausbau gewichtiger Handelsbeziehungen, politisches Einvernehmen zu erzielen, weltpolitische Bündnispartner zu finden. Zur Konferenz insgesamt siehe Pope, S. 281–287.

¹⁰⁷ Hervorh. G. P.

¹⁰⁸ Josef Stalin, Rechenschaftsbericht auf dem XVII. Parteitag (1934), in: ders., Schriften zur Ideologie der Bürokratisierung, Reinbek 1970, S. 176.

Bedürfnis wie der Möglichkeit, über die Verbesserung der ökonomischen Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien hinaus die eigentliche ökonomische und technologische Potenz im Kartell der kapitalistischen Staaten — die Vereinigten Staaten von Amerika — als zentralen Austausch- wie politischen Bündnispartner zu gewinnen.¹⁰⁹

Die Anstrengungen, Hintergründe und der Begrenztheit der außenpolitischen Orientierung der Sowjetunion zwischen 1934 und 1938, sowie die Rückwirkungen auf die Politik der Kommunistischen Internationale seien einem kurzen, illustrativen Überblick unterzogen.

Die Begründung der traditionellen deutsch-sowjetischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen¹¹⁰ Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg fand ihren Ausgang im 1922 abgeschlossenen Vertrag von Rapallo, der beiden Seiten eine Entwicklung eröffnete, die sie zum einen partiell der weltpolitischen Isolierung und Einengung entzog, ihre jeweilige Manövrierfähigkeit erhöhte, und die andererseits Grundlage und Voraussetzung fand im nicht nur von beiden Seiten gewünschten, sondern für beide Seiten notwendigen Wirtschaftsaustausch. »Die Tatsache der Unterzeichnung war wichtiger, als der formale Inhalt. Dieser sah eine Wiederaufnahme voller diplomatischer und konsularischer Beziehungen vor. Deutschland verzichtete auf alle Ansprüche gegen Sowjetrußland, die sich aus der Verstaatlichung deutscher Unternehmungen ableiteten, unter der Bedingung, daß die Regierung der RSFSR analoge Ansprüche anderer Staaten nicht befriedigt«. Die wirtschaftlichen Klauseln waren so formuliert, daß sie jede Teilnahme Deutschlands in einem internationalen Konsortium, das geschlossen mit Rußland verhandeln sollte, ausschlossen. *Dies war die Hauptabsicht des Abkommens auf sowjetischer Seite.*«¹¹⁰ Die fundamentale Relevanz, die Deutschland als industrieller und politischer Machtfaktor für die Sowjetunion gewann, mußte ihr revolutionspolitisches Interesse in diesem Land in zunehmendem Maße in den Hintergrund treten lassen. Die weitere Entwicklung des nächsten Jahrzehnts sollte zeigen, wie der hier schon sehr deutlich werdende Konflikt zwischen sowjetischem Staatsinteresse und internationaler Revolution zugunsten des ersteren sich entwickeln mußte, vermittelt einer zunehmenden Derevolutionierung der internationalen kommunistischen Parteien und ihrer schließlichen Umfunktionierung zum Vehikel sowjetischer Außenpolitik.¹¹¹ »Die Politik der Erdrosselung

¹⁰⁹ Im einzelnen vgl. hierzu den Beitrag Peter W. Schulzes in diesem Band; vgl. auch Beloff, S. 116.

¹¹⁰ Vgl. Carr, Berlin—Moskau, S. 75—82.

¹¹¹ Einen kurzen Überblick über das Zustandekommen des Vertrages und die verhandlungspolitischen Hintergründe gibt Carr, ebd., S. 82—88.

Deutschlands«, sagte Radek auf dem IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale im November 1922, »schließt in der Tat die Zerstörung Rußlands als einer Großmacht ein. Denn, wer auch Rußland regiert, es ist immer in seinem Interesse, daß Deutschland besteht [. . .] Ein durch den Krieg bis zum äußersten geschwächtes Rußland könnte weder eine Großmacht bleiben, noch die wirtschaftlichen und technischen Mittel für seinen industriellen Wiederaufbau erworben haben, wenn es nicht in dem Bestand Deutschlands ein Gegengewicht gegen die Vormacht der Alliierten gäbe.«¹¹² Über den Berliner Vertrag von 1926, dem der Rapallo-Vertrag explizit zugrunde lag und dessen Verlängerung im ersten Jahr der Naziherrschaft in Deutschland reibungslos vonstatten ging, war »die Kontinuität der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen [. . .] über Jahre hinweg und über alle politischen Differenzen hinweg«¹¹³ gewährleistet und weltpolitisch dokumentiert.

Das Bemühen der Sowjetunion, auch nach Machtergreifung Hitlers die Tradition der bisherigen ökonomisch und politisch so vorteilhaften Beziehungen möglichst störungsfrei fortzusetzen, ist unbezweifelbar, und es werden intensive Versuche unternommen, der antisowjetischen Politik und Ideologie der nationalsozialistischen Regierung entgegenzuwirken und dem

¹¹² Ebd., S. 87; vgl. im weiteren, die Vorteile, die Deutschland aus diesem Bündnis erwachsen. »Deutschland brauchte die Sowjetunion mehr denn je als Markt für seine schrumpfende Ausfuhr, und die Sowjetunion hing aufs stärkste von den Erzeugnissen der deutschen Schwerindustrie ab, um die Politik der Industrialisierung durchzuführen. Der deutsch-sowjetische Handel sank bedeutend weniger stark während der Depression ab, als der Welthandel im allgemeinen« (ebd., S. 132). Auf diesen krisenlindernden und konjunkturell stabilisierenden Effekt der deutschen Exporte in die Sowjetunion weist auch Weingartner, S. 37, hin. Der deutsche Anteil am vor allem der Schwerindustrie zugute kommenden Export betrug teilweise bis zu 50 % der sowjetischen Importe: 1931: 37 %; 1932: 46 % (vgl. Niclauss, S. 47). »In den west- und mitteleuropäischen Industriegebieten waren zahlreiche Unternehmen zu 80 bis 90 % durch russische Aufträge beschäftigt« (ebd., S. 87). Die Relevanz dieser Beziehungen für die deutsche Wirtschaft hebt auch der damalige deutsche Botschafter in Moskau hervor (siehe H. Dirksen, Moskau, Tokio, London, Stuttgart, 1949, S. 93).

Soweit der ökonomische Aspekt. Die ersten politischen Vorteile für Deutschland durch das vertragsloyale Verhalten der Sowjetunion ergaben sich im Jahre 1923/24, wo, ohne dies hier weiter auszuführen, auf den von Radek durchgesetzten Schlageter-Kurs der KPD während der Ruhrbesetzung durch Frankreich und die, in anderem Zusammenhang dokumentierte, Bereitschaft der Sowjetunion, im Falle eines polnischen Angriffs auf Deutschland die Rote Armee in Polen einrücken zu lassen, hingewiesen werden soll (Carr, ebd., S. 93 und 95).

¹¹³ Niclauss, S. 187. Vgl. auch die vom selben Autor wiedergegebene Äußerung Molotows, wenige Tage vor der Machtergreifung Hitlers: »Ein besonderer Platz in diesen Beziehungen kommt Deutschland zu. Von allen Ländern, die mit uns diplomatische Beziehungen unterhalten, bestanden und bestehen zwischen uns und Deutschland die stärksten wirtschaftlichen Bande« (ebd., S. 75/76).

außenpolitischen Verhalten der Reichsregierung unter Hitler eine »entideologisierte«, staatspolitische Note nahezubringen und abzugewinnen.¹¹⁴ Die Liquidierung der deutschen Arbeiterbewegung jedenfalls und der deutschen Kommunisten im besonderen war in keinem Fall Grundlage sowjetischerseits, eine Distanzierung vom Deutschen Reich einzuleiten. »Die Verfolgung der deutschen Kommunisten nach Hitlers Machtergreifung hat keine unmittelbare Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland zur Folge gehabt.«¹¹⁵

Die von der Kommunistischen Internationale währenddessen prognostizierte revolutionäre Krise, die zumal auch im faschistischen Deutschland als unausbleiblich und unmittelbar bevorstehend analysiert wurde¹¹⁶, wird konterkariert von einer auf Kontinuität und Stabilität der politischen und Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich orientierten sowjetischen Außenpolitik¹¹⁷, die auf hohe Kredite zur Finanzierung ihrer Importe angewiesen ist¹¹⁸, die die prompte Verlängerung des

¹¹⁴ Vgl. die detaillierten Angaben bei Niclauss, insbesondere S. 85–150, dessen Kernthese darauf hinausläuft nachzuweisen, daß kontinuierlich und beharrlich das Bestreben der Sowjetunion während der gesamten dreißiger Jahre darauf gerichtet war, eine stabile und für beide Seiten ökonomisch und politisch akzeptable Übereinkunft aufrechtzuerhalten und wiederzugewinnen.

Braunthal, S. 415, zitiert einen Kommentar aus der *Iswestija*, der die Grundhaltung der sowjetischen Absichten damals bestätigt: »Trotz ihrer Einstellung zum Faschismus«, schrieb sie, »wollen die Volksmassen der Sowjetunion mit Deutschland in Frieden leben. Sie glauben, daß die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Interesse beider Länder liegen.«

¹¹⁵ Lange, S. 12. Niclauss, S. 146 erwähnt, daß der Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund im Oktober 1933 von den außenpolitischen Repräsentanten der Sowjetunion mit »viel Verständnis« aufgenommen worden sei, weil man sich davon eine Verschärfung des Konflikts Deutschlands mit den Westmächten erhoffte und in der Folge eine Intensivierung der bilateralen deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit.

¹¹⁶ Vgl. XIII. Plenum; ebenso *Die Kommunistische Internationale* 5/1934, S. 427: »Genosse Manuilski verwies darauf, daß »fast in allen kapitalistischen Ländern in der einen oder anderen Form eine eigene nationale Krise der Oberschichten zu beobachten ist«, daß dies in den einen Fällen vorerst zur Errichtung der faschistischen Diktatur geführt hat, die »eine Zwischenstation im weiteren Ausreifen der revolutionären Krise« ist [. . .]«

¹¹⁷ »Die Sowjetregierung war die erste Regierung der Welt gewesen, die mit Hitler einen Vertrag abgeschlossen hatte« (Braunthal, S. 415).

¹¹⁸ »Die Sowjetunion erhielt für die Zeit vom 1. April bis zum Ende des Jahres 1933 ein Darlehen in Höhe von 105 Millionen Reichsmark« (Niclauss, S. 88). Dieses Darlehen ermöglichte der Sowjetunion, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Reich weiterhin nachzukommen und eine problematische Irritation im deutsch-sowjetischen Handel zu vermeiden. Zu den für die Sowjetunion so günstigen deutsch-sowjetischen Kreditbeziehungen generell vgl. Dirksen, S. 106/107; im Unterschied zu den anderen Industriestaaten gewährten die deutschen Handelspartner und das Reich langfristige und hohe Kredite und bestanden nicht auf Barzahlung.

Berliner Vertrages durch die nationalsozialistische Regierung als Basis für eine optimistische Beurteilung einer möglichen und weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Systemen bewertete¹¹⁹, die daher konsequenterweise auch das Schicksal der Kommunisten in Deutschland nicht zum Gegenstand störender Überlegungen und Maßnahmen deutsch-sowjetischer Beziehungen 1933 machen konnte.¹²⁰

Aus dieser Position der Schwäche der Sowjetunion ihre weltpolitisch nicht mehr ignorierbare ›Stärke‹ abzuleiten, bleibt der ebenso sophistischen wie prostitutiven – und unter moralischen Gesichtspunkten betrachtet: schlicht doppelbödigen, letztendlich jedoch hilflosen – Rhetorik der kommunistischen Internationale vorbehalten. »Für uns Kommunisten ist es keine Schande, wenn das größte und stolzeste kapitalistische Land, wenn die Vereinigten Staaten zur Stärkung des Friedens und ihrer Positionen nach 16 Jahren die Sowjetunion anerkennen. [. . .] Die Sowjetunion spricht mit allen die Sprache der Stärke. Für die Kommunisten ist es die größte Anerkennung, wenn unsere schlimmsten Feinde gezwungen sind, mit der Sowjetunion zu verhandeln. Für die Kommunisten ist es die größte Anerkennung, wenn alle bürgerlichen Staaten gezwungen sind, mit der Stärke der Sowjetunion, mit der Stärke der Diktatur des Proletariats zu rechnen.«¹²¹ Die folgenden Jahre sollten erweisen, wie wenig die bürgerlichen Staaten bereit waren, mit der Stärke der Sowjetunion zu rechnen, als sie schließlich überhaupt nicht mehr in globalpolitische internationale Vereinbarungen mit einbezogen wurde (München 1938).

Und dennoch: Die großmachtpolitische Terminologie der Komintern und der Sowjetunion, Ausdruck des Versuchs, staatspolitische Kabinettsdiplomatie zu referieren, um einen einheitlichen Informationsstand der internationalen kommunistischen Parteien zu gewährleisten und den revolutionskompensatorischen Identifikationsmechanismus zur sowjetischen Staatsmacht zu intensivieren, ist zugleich Ausdruck der Suspension des Bemühens, der Realität des Proletariats, seiner Alltagssituation, seinem Lebens- und Verständnishorizont entgegenzukommen: »Ein Proletarier, der heute klassenbewußt ist, kann morgen, wenn er keine spezifischen Antworten auf seine Alltagssituation in politischer Form, das heißt zukunftsweisend im Zusammenhang seiner Lebensgeschichte erhält, schon Anhänger einer faschistischen Bewegung sein [. . .]«¹²² Die Entrevolutionierung der Komintern fand

¹¹⁹ Vgl. Niclauss, S. 88–90.

¹²⁰ Vgl. Fn. 115.

¹²¹ W. Knorin, Faschismus, Sozialdemokratie und Kommunisten, Moskau 1934, S. 33.

¹²² Negt/Kluge, S. 392.

nicht nur in ihrer hohlen Pathetik sprachliche Vergegenständlichung, sondern auch in ihrer Kabinettsrhetorik, die einseitig immer die Anpassung des internationalen Proletariats an die ›sozialistische‹ Staatsmacht postulierte, die aber zu einer reziproken Konzessionspolitik, unter bewußter Inkaufnahme von diplomatischen und ökonomischen Nachteilen, seit Mitte der zwanziger Jahre aber nicht mehr bereit war. Die internationale kommunistische Bewegung degenerierte zu einer Gesellschaft der Freunde der sowjetischen Außenpolitik; ihr Geschick mußte existentiell von den Bedürfnissen dieser Politik abhängig sein.

Allen auf Ausgleich und Arrangement mit dem nunmehr anti-sowjetischen Rapallo-Partner gerichteten Bemühungen der Sowjetunion zum Trotz formiert sich die Außenpolitik des Deutschen Reiches gezielt und konzentriert gegen den sowjetischen Staat, was sich zum einen durch Übergriffe gegen sowjetische Einrichtungen und Handelsniederlassungen im Deutschen Reich manifestiert¹²³, zum anderen durch eine unverhohlenen die Sowjetunion bedrohende Bündnispolitik in Form eines Beistands- und Freundschaftspaktes Deutschlands mit dem ›Erbfeind‹ der Sowjetunion, der faschistoiden polnischen Republik. Gleichzeitig werden die Bemühungen Litwinoffs um ein kollektives Paktsystem zur Sicherung der bestehenden Grenzen in Osteuropa (Ostlocarno) von Deutschland und Polen obstruiert.

Die Sowjetunion ist gezwungen, dem Annäherungsprozeß an die Versailles-Mächte, Frankreich und England, politisch zu forcieren, zumal die Annexionsabsichten Japans in Ostasien real die Situation der Einkreisung, die mögliche militärische Verwicklung an zwei Fronten herbeigeführt haben.¹²⁴ Nicht nur sicherheitspolitisch drängt sich die Lösung eines kollektiven Bündnissystems mit England und Frankreich auf, auch ökonomisch macht sich die Forderung nach einer Diversifikation der Außenhandelspartner geltend. »Unsere Wirtschaftler und Ingenieure [...] haben sich an die deutsche Maschine und Technik gewöhnt, ja, man kann sagen, gar zu sehr gewöhnt. Jetzt muß man sich im Zusammenhang mit der veränderten Lage in Deutschland unbedingt umstellen. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, den Import aus Frankreich, Polen, Schweden, der Tschechoslowakei und anderen Ländern zu pflegen.«¹²⁵

¹²³ Vgl. Niclauss, S. 134–141.

¹²⁴ Die Annäherung an Versailles und den Völkerbund wurde publizistisch von Radek eingeleitet, vgl. Weingartner, S. 244/245; vgl. auch *Die kommunistische Internationale* 19/1934, S. 1898, wo im einzelnen das neue Verhältnis der Sowjetunion zum Versailler System erläutert wird.

¹²⁵ Niclauss, S. 104, zitiert nach *Za Industrializaciju* vom 3. 4. 1933,

Insbesondere Frankreich, das im Vergleich zu den anderen westlichen Industriestaaten am wenigsten von der Weltwirtschaftskrise betroffen war, war ökonomisch und kreditpolitisch für die Sowjetunion außerordentlich interessant, wenn auch bisherige Versuche auf Ausdehnung der Handelsbeziehungen mit dem französischen Staat fehlgeschlagen waren.¹²⁶ Unter dem Druck der gemeinsamen Bedrohung durch Nazideutschland gelingt die Annäherung der beiden Staaten politisch: Im Frühjahr 1935 wird der Beistands- und Freundschaftspakt zwischen der Sowjetunion und dem französischen Außenminister Laval unterzeichnet, dem im Mai 1935 das ›Stalin-Laval-Kommuniqué‹ in Moskau folgt.¹²⁷ Dem voran ging der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund am 17./18. 9. 1934 — wichtige weltöffentliche Tribüne für den sowjetischen Außenminister Litwinoff zur Propagierung der Politik der kollektiven Sicherheit. Die entscheidendste Wende der sowjetischen Außenpolitik seit 1922 war damit vollzogen, die neue »diplomatische NEP«, wie Leon Blum sich ausdrückte¹²⁸, eingeleitet.^{128a}

»Das erste und wichtigste Ziel war der Frieden. Und der Frieden konnte, wenn überhaupt, nur durch die kollektive Sicherheit erhalten werden [. . .]« »Die sowjetische Politik der kollektiven Sicherheit erforderte außerdem die Abkehr von der früheren Einstellung Rußlands gegen den Völkerbund¹²⁹ und zum

zitiert nach der Übersetzung des Auswärtigen Amtes in PA, IV Ru, Po 2, Bd. 18.

¹²⁶ Vgl. Brower, S. 12/13; Carr, Berlin—Moskau, S. 133; zur kreditpolitischen Interessenkonstellation Weingartner, S. 67—77.

¹²⁷ In diesem Kommuniqué erklärt Stalin sein vollstes Einverständnis mit der französischen Rüstungspolitik und ihrer nationalen Landesverteidigung. Die Verwirrung, die diese Erklärung insbesondere bei französischen Sozialisten, und die Konflikte, die sie im Einheitsfrontbündnis hervorgerufen hat, ist bei Brauntal, S. 453/454, und Gross, S. 531, im einzelnen dargestellt.

¹²⁸ Léon Blum, zitiert nach Gross, S. 530: »[. . .] die Machtergreifung Hitlers bedeutet für die russische Revolution die schlimmste Gefahr, der sie seit 13 oder 14 Jahren ausgesetzt war. Diese Gefahr verschärft sich dadurch, daß Hitler sich Pilsudski nähert und eine deutsch-polnische Koalition zustande bringen möchte, deren Ziel der Angriff auf Rußland sein kann. Man braucht nicht weiter zu suchen, um die Gründe der neuen diplomatischen NEP zu finden, die den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund zum Ziel hat.«

^{128a} Trotz der sehr radikal anmutenden außenpolitischen Wende der Sowjetunion reißen die Beziehungen zum Deutschen Reich nicht ab. Niclauss weist immer wieder darauf hin, daß über alle Jahre der Volksfrontpolitik und der Politik der kollektiven Sicherheit hinweg, zahlreiche politische und natürlich wirtschaftliche Verbindungen aufrechterhalten bleiben und Initiativen zur Verbesserung der Beziehungen von der Sowjetunion ausgehen, am Unwillen der Naziregierung jedoch zunächst scheitern. Vgl. beispielsweise ebd., S. 179/181 u. S. 189.

¹²⁹ Die bisherige Haltung der Sowjetunion zum Völkerbund wird kurz bei Pope, S. 334, wiedergegeben, der im übrigen wiederholt dafür plä-

anderen eine Veränderung der empfindlichen und schwierigen Beziehungen zwischen dem Narkomindel und der Komintern.«^{129a}

Das Verhältnis von Komintern und sowjetischer Außenpolitik bis 1933/34, die Gegensätze und einander ausschließenden Ziele zwischen den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion in bezug auf Rapallo-Deutschland und den revolutionären Absichten der KPD, wurden spätestens ab 1923 erkennbar. In der Folge, vornehmlich nach 1924, konnten sie verdeckt werden im verbalrevolutionären und fatalistischen, Krisen diagnostizierenden und addierenden, aber praktisch-revolutionär handlungsunfähigen und damit systemtransformativ folgenreichen Attentismus der Partei, deren politisches Reservoir sich im übrigen auf die Vernichtung der Sozialdemokratie konzentrierte und die Organisation selbst faktisch zu einer Sekte verkommen ließ. Parallel dazu vollzog sich die rigide innere Disziplinierung (Bolschewisierung) der deutschen wie aller internationalen kommunistischen Parteien, in deren Konsequenz ihre funktionale Verwendbarkeit im globalpolitischen Interesse der Sowjetunion in wachsendem Maße ermöglicht und praktiziert wurde.

Angesichts des im Gefolge der Volksfrontpraxis entstandenen nicht unbeträchtlichen »operativen Handlungsspielraum«¹³⁰ der kommunistischen Partei Frankreichs und schließlich auch derjenigen Spaniens als innenpolitisch-parlamentarische Machtfaktoren von zunächst steigender Bedeutung, erhöhte sich auch ihre Relevanz als instrumentale Kettenglieder sowjetischer Intentionen: die erfolgreich nutzbare Chance, dem sowjetischen Interesse an einem sehr wahrscheinlichen festen Bündnissystem mit England und Frankreich¹³¹ durch korrespondierende aktive innenpolitische »Staatspolitik« — im Unterschied zur langjährig gehandhabten »revolutionären« Abstinenz der kommunistischen Parteien — aus dem Lager der Verhandlungspartner entgegenzukommen, schien gegeben.

Inwieweit diese Konzeption realistisch und effektiv sein konnte, soll zunächst dahingestellt bleiben; evident sind die Brisanz dieses Versuchs und die Komplizierung des politisch-direktiven Beziehungsgefüges zwischen KPdSU und Kominternführung und den Parteien Frankreichs und Spaniens.¹³²

diert, die Sowjetunion als nicht — (mehr) — revolutionäres Entwicklungsland im internationalen Mächtekartell zu akzeptieren und ihre mögliche Funktion als Stabilisator internationalen Friedens ernst zu nehmen und zu nutzen.

^{129a} Ebd., S. 323.

¹³⁰ Vgl. R. Rossanda, Die sozialistischen Länder: Ein Dilemma der westeuropäischen Linken, in: *Kursbuch* 30/1972, S. 9.

¹³¹ Vgl. I. Deutscher, Stalin, Stuttgart 1962, S. 447.

¹³² Eine umfassende und exakte empirische Untersuchung über Interdepen-

Nur eine Verstärkung des längst eingespielten Abhängigkeitsmechanismus zwischen der Sowjetunion und dem internationalen Proletariat konnte die Funktionalität der neuen Taktik gewährleisten. Die Vergötzung Stalins einerseits, als »dem Führer der Werktätigen der ganzen Welt«¹³³, wie der von Dimitroff propagierte rigorose, sowjetzentristische Sozialismusbegriff sicherten das politisch erforderliche Subordinationsgefüge: »Bei der gegenwärtigen internationalen Lage gibt es und kann es kein *sichereres Kriterium* geben, als die *Einstellung* zur Sowjetunion, um zu bestimmen, wer ein *Freund* und wer ein *Feind* der Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus, wer ein *Anhänger* und wer ein *Gegner* der Demokratie und des Friedens ist. [. . .] Darin besteht die dritte wichtigste prinzipielle Lehre für das Proletariat der kapitalistischen Länder [. . .]«¹³⁴

Die formal unterstellte Autonomie der Kommunistischen Internationale gegenüber der Führung der KPdSU entbehrt jeder sachlichen Grundlage und ist reine Augenwischerei. Mitte der dreißiger Jahre verkörperte Stalin nicht nur das Zentrum der politischen Macht in der Sowjetunion, er war zugleich auch faktisch der Führer der Komintern. Alle Maßnahmen und Absichten sowjetischer Politik sowie der ihr real unterstellten Komintern sind in diesem damals untrennbaren Zusammenhang zu bewerten.¹³⁵

Die Implikationen dieses Entwicklungsprozesses in der Sowjetunion sind von Trotzki schon 1929 in aller Schärfe erkannt worden; die von ihm vorausgesagten Konsequenzen wurden von der Realität der Geschichte der folgenden Jahre sogar noch übertroffen. »In einem Lande dagegen, wo das Proletariat als Endergebnis einer demokratischen Revolution zur Macht gekommen ist, hängt das weitere Schicksal der Diktatur und des Sozialismus letzten Endes nicht nur und nicht so

denzen und direktive Beziehungen zwischen der Politik der sowjetischen Führung und der KPF und KPS in der Volksfrontphase, steht im übrigen noch aus; ein Unterfangen, das nicht zuletzt an der Unzugänglichkeit sowjetischer diplomatischer Akten und Vorgänge in jener Zeit von vornherein sehr schwer zu verwirklichen ist. Brower (1968) gelingt es allerdings in seiner Untersuchung, ein verhältnismäßig plausibles Bild über Motive und Handlungen der französischen KP in jener Zeit zu entwerfen.

¹³³ Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale, Begrüßung des Exekutivkomitees der KI an den Genossen Stalin in: *Die Kommunistische Internationale* 11, 12/1937, S. 1042.

¹³⁴ Dimitroff, Die Sowjetunion und die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder in: *Die Kommunistische Internationale* 11, 12/1937, S. 1048.

¹³⁵ Vgl. Pope, S. 256; vgl. auch Carr, Berlin-Moskau, S. 130: »Im Oktober 1928 wurde der erste sowjetische Fünfjahresplan eingeleitet. Er war eine logische Schlußfolgerung aus der ›Lehre des Sozialismus in einem Land‹ und brachte eine stärkere Konzentration der Sowjetpolitik auf die inneren Angelegenheiten mit sich. Die Beziehungen zu ausländischen Mächten richteten sich nach den Bedürfnissen des Planes.«

sehr von den nationalen Produktivkräften ab, wie von der Entwicklung der internationalen sozialistischen Revolution. [...] Die Theorie des Sozialismus in einem Lande« bedeutet, wie Trotzki festhält, den »Bruch mit der internationalen Position (und) führt stets und unvermeidlich zum nationalen *Messianismus*, d. h. dazu, dem eigenen Lande besondere Vorzüge und Eigenschaften zuzusprechen, die es ihm erlauben, eine Mission zu erfüllen, die den andern Ländern versagt ist. Die weltumfassende Arbeitsteilung, die Abhängigkeit der Sowjetindustrie von der ausländischen Technik, die Abhängigkeit der Produktivkräfte der fortgeschrittenen Länder Europas von den asiatischen Rohstoffen usw. usw., machen in keinem Lande der Welt den Aufbau einer selbständigen sozialistischen Gesellschaft möglich. [...] Die Theorie von Stalin und Bucharin [...] trennt [...] die nationale Revolution von der internationalen. [...] Die bereits eroberte proletarische Macht bedeutet vom Standpunkt der Theorie der Epigonen schon die Vollendung der Revolution »zu neun Zehnteln« nach der Formel Stalins und den Beginn der Epoche nationaler Reformen [...] Durch die Theorie des Nationalsozialismus wird die kommunistische Internationale zu einem Werkzeug degradiert, das nur für den Kampf gegen die militärische Intervention von Nutzen ist. Die heutige Politik der Komintern, ihr Regime und die Auswahl ihres führenden Personals entspricht völlig dieser Degradierung der Komunistischen Internationale zur Rolle eines Hilfskorps, das nicht ausersehen ist, selbständige Aufgaben zu lösen.«¹³⁶

Das dem inneren Aufbau geschuldete pragmatisch-defensive Friedens- und Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion¹³⁷ harmonisiert mit dem parlamentarisch-reformistischen Volksfrontversuch der Komintern¹³⁸; die Ernsthaftigkeit der Bemühungen

¹³⁶ L. Trotzki, *Die permanente Revolution*, Frankfurt, 1970, S. 152/153. Die Kritik Trotzkis ist zutreffend; inwieweit die dahinterstehende Konzeption und revolutionäre Hoffnung nicht eher utopisch ist, kann und soll hier nicht beantwortet werden. Festgehalten werden muß: jegliche Revolution in einem Lande muß existentiell notwendige staatspolitische Konzessionen machen, auf Kosten des internationalen Proletariats. Trotzki Rolle in der Begründung der Rapallo-Politik der Sowjetunion soll hierbei insbesondere hervorgehoben sein.

¹³⁷ »Einige bürgerliche Politiker und Gelehrte wollen die Tatsache nicht wahrhaben, daß die sozialistischen Länder für einen erfolgreichen Aufbau der kommunistischen Gesellschaft unbedingt den Frieden brauchen« (Truchanowski, S. 12.).

¹³⁸ F. Borkenau, *Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart*, München 1952, S. 106, formuliert dagegen folgende These: »Die Linienänderung der russischen Außenpolitik schloß eine Linienänderung in der Kommunistischen Internationale nicht nur nicht ein, sie schloß sie eigentlich aus. Was allgemein als das Selbstverständlichste betrachtet wird, ist also am allermeisten einer Erklärung bedürftig.«

Dagegen läßt sich ein logisches, wie ein praktisches Argument anführen.

der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien, mit den neuen Bündnispartnern handelseinig zu werden, kulminiert in dem Versuch Stalins, der theoretisch wie politisch entscheidenden Instanz aller kommunistischen Organisationen, dem wohl verbal noch bestehenden, nunmehr lästigen revolutionären Anspruch eine endgültige Absage zu erteilen.

Die Oktoberrevolution in Rußland, deren Durchführung und Fortsetzung – im Sinne Lenins wie Trozki – sich als Zündfunke der Weltrevolution legitimierte und deren Anspruch sich in der Gründung der Kommunistischen Internationale vergegenständlichte, war, analog zur Theorie des Sozialismus in einem Lande, als isolierter und mehr oder weniger folgenloser Vorgang zu betrachten. Die Forcierung der Weltrevolution vermittels der russischen Revolution hat niemals bestanden: »Solche Pläne und Absichten hatten wir niemals«, versichert Stalin; es handelt sich seiner Meinung nach um ein »tragikomisches« Mißverständnis.¹³⁹ Die definitive und weltöffentliche Leugnung der internationalistischen Dimension der Oktoberrevolution¹⁴⁰ ist zu jenem Zeitpunkt, im März 1936, als ein weiterer Versuch der sowjetischen Führung zu verstehen, ihre Seriosität und Loyalität als Staat und Bündnispartner gegenüber den neuen Adressaten, insbesondere den USA, unter Beweis zu stellen. Zugleich auch entrevolutioniert sich

Der entschlossene Kampf der Sowjetunion auf seiten der bürgerlichen Demokratie, nicht nur im Völkerbund, gegen den Faschismus, wird allerdings ungläubwürdig und fragwürdig, wenn zugleich die bisherige Sozialfaschismustaktik der Komintern, die eine faktische Unterscheidung zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus nicht mehr zuließ, aufrechterhalten bleibt. Außenpolitisch störende Reibungsflächen und verstärkte Vorbehalte auf seiten der potentiellen Bündnispartner sollte jedoch unter allen Umständen vermieden werden. Die im Zweifelsfall »erforderliche« Decouvrierung der kommunistischen Parteien auch vor der Weltöffentlichkeit dokumentiert diese Grundhaltung der Sowjetunion. Vgl. das Stalin-Howard-Interview in: Die Unterredung des Genossen Stalin mit Roy Howard, in: *Die Kommunistische Internationale* 3/1936, S. 189. Des weiteren hätte man sich, als weiteren praktischen Gesichtspunkt, des innenpolitischen Macht- und Einflußfaktors KPF enthoben, deren zunehmende Bedeutung im Rahmen der neuen Taktik ja schon 1934/1935 erkennbar war, wenn man den bisherigen »sektiererischen« Kurs beibehalten hätte. Popes Ausführungen zur Linienänderung ist eine diese Argumentation bestätigende Begründung. Vgl., Pope, S. 523.

¹³⁹ Stalin – Howard, S. 187.

¹⁴⁰ Vgl. Siebenter Parteitag der KPR (B), Resolution über Krieg und Frieden, in: Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. II, Berlin 1966, S. 683: »Der Parteitag sieht die sicherste Garantie für die Festigung der sozialistischen Revolution, die in Rußland gesiegt hat, nur in ihrer Umwandlung in eine internationale Arbeiterrevolution.«

»In der Überzeugung, daß die Arbeiterrevolution in allen kriegsführenden Ländern unablässig heranreift und die unvermeidliche und völlige Niederlage des Imperialismus vorbereitet, erklärt der Parteitag, daß das sozialistische Proletariat Rußlands mit allen Kräften und allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die brüderliche Revolution des Proletariats aller Länder unterstützen wird.«

der Charakter aller kommunistischen Parteien, die vermittels dieser historischen ›Richtigstellung‹ Stalins, der Umstände und Bedingungen ihrer eigenen Geburt enthoben sind.

Die zweckopportunistische Neuinterpretation der Geschichte offenbart zugleich auch die Funktion von Theorie in der damaligen kommunistischen Bewegung. Analog zur innersowjetischen Handhabung der Marxschen Theorie, ihrer Ontologisierung und Schematisierung zur Produktions- und Legitimationswissenschaft angesichts der die emanzipativen Hoffnungen der 1917 inganggesetzten proletarischen Revolution in Frage stellenden »terroristischen Industrialisierungszwänge«¹⁴¹ reduziert sich die Funktion der Theorie im proletarisch-internationalistischen Bereich darauf, die Fungibilität der kommunistischen Parteien im sowjetischen Staatsinteresse zu begründen, internationales Arrangement der Sowjetunion mit kapitalistischen Systemen von störenden Aktionen frei zu halten, Unangemessenheit und Unzeitgemäßheit zu revolutionärem Handeln zu analysieren und zu bestimmen.

Mit diesem Instrumentarium an der Hand ist eine differenzierte internationale ›Klassenkampfpolitik‹ zur Unterstützung der sowjetischen Außenpolitik möglich, deren konkrete Formen je für die Bedingungen in aggressiven, neutralen oder kooperationswilligen Staaten abgestimmt werden konnten. Die Außenpolitik war konkret darauf abgestimmt, durch Konzessionen an Japan¹⁴² Handlungsfreiheit in Mitteleuropa zu gewinnen. Zweitens sollte sie den politischen Annäherungsprozeß an die Westmächte intensivieren und sich dabei auch aller Mittel des Völkerbundes bedienen, um einen möglichen Einigungsprozeß zwischen Deutschland, Italien, Frankreich und England zu verhindern. Drittens hatte sie die Gefahr einer militärischen deutschen Aggression gegenüber der Sowjetunion unter allen Umständen zu verhindern oder wenigstens hinauszuzögern: »Die Gefahr eines deutschen Angriffs war sogar dann, wenn Japan sich heraushielt, sichtlich groß – und dies zu einer Zeit, als der Wiederaufbau einer Verteidigungsindustrie innerhalb des zweiten Fünfjahresplans ge-

¹⁴¹ H. J. Krahl, *Konstitution und Klassenkampf*, Frankfurt, S. 337: »Die terroristischen Industrialisierungszwänge nach der Oktoberrevolution und der Zwang zu Beschränkung des Sozialismus auf ein Land reduzieren die Emanzipation der gesellschaftlichen Verkehrsform auf die Revolution technisch industrieller Produktionen, so daß der emanzipative Gehalt des materialistischen Produktionsbegriffs sich nicht mehr entfalten konnte.« Ebenso O. Negt, Abram Deborin/Nikolai Bucharin, *Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*, Frankfurt 1969, S. 17/18; zum Begriff Marxismus als Produktionswissenschaft vgl. auch R. Di Leo, *Die Arbeiter und das sowjetische System*, München 1973, S. 29.

¹⁴² Vgl. Beloff, S. 90, zum Stellenwert der Konzessionspolitik der Sowjetunion gegenüber Japan; siehe auch die Begründung von Ercoli, Vorbereitung, S. 170, auf dem 7. Weltkongreß der KI.

rade erst in den Anfängen steckte und als die inneren Schwierigkeiten, die von der Kollektivierung der Landwirtschaft herührten, gerade in den Regionen besonders deutlich wurden, nach denen es Hitler ganz offenbar gelüstete und in denen Rußlands Produktionskapazität vor allem konzentriert war. Der dritte Schwerpunkt sowjetischer Politik war daher in diesen Jahren die Vermeidung oder doch wenigstens das Hinauszögern einer bewaffneten Konfrontation mit Deutschland.«¹⁴³ Die internationalen politischen und ökonomischen Anstrengungen der Sowjetunion waren in konzentriertestem Maße darauf gerichtet, ihre Bedrohtheitssituation zu minimieren, den internationalen Status quo so lange wie möglich aufrechtzuhalten, ohne im Rahmen dieses politischen Zielkatalogs ökonomische und handelspolitische Nachteile erfahren zu müssen. »Wir haben alle Hände voll zu tun, um den Sozialismus, den Kommunismus aufzubauen, dieser Aufgabe gilt unser Sinnen und Trachten, und wir wünschen, daß nichts uns von diesem Vorhaben ablenken oder es gar beeinträchtigen möge.«

»All das veranlaßte begreiflicherweise die Sowjetregierung dazu, jedwede außenpolitische Komplikation, die unseren Handel erschweren und unvorhergesehene Ausgaben verursachen könnte, zu vermeiden.«¹⁴⁴

Der Ausbau der Handels- und Kreditbeziehungen zu Frankreich jedoch mißlang und blieb während der gesamten dreißiger Jahre verhältnismäßig unbedeutend.¹⁴⁵ Von handelspolitischer Relevanz blieb Frankreich für die Sowjetunion nur insofern, als es, ebenso wie Großbritannien¹⁴⁶, durch sowjetischen Handelsbilanzüberschuß jene Devisenressourcen zu akkumulieren ermöglichte, die die Finanzierung der sowjetischen Technologieimporte aus Deutschland und ab 1935/37 aus den USA sicherstellte¹⁴⁷ (die den Platz Deutschlands als Haupttechnologielieferanten der Sowjetunion eingenommen hatten). Während die externen ökonomischen Beziehungen der Sowjetunion in den Volksfrontjahren — bis auf den eben genannten Fall —

¹⁴³ Beloff, S. 91.

¹⁴⁴ Maiski, S. 23 und 24: Maiskis Äußerungen sind sehr wohl auch mit Blickrichtung auf die Tätigkeiten und das Verhalten der kommunistischen Parteien zu verstehen.

¹⁴⁵ Vgl. Beloff, S. 139; ebenso Niclauss, S. 181;

¹⁴⁶ Vgl. Beloff, S. 35; sehr aufschlußreich ist auch die Kontroverse zwischen dem sowjetischen Botschafter in London, Maiski, und dem damaligen Prime Minister MacDonald; siehe Maiski, S. 39/40.

Vgl. dazu bei Beloff die Statistiken über die französisch-sowjetischen Handelsbeziehungen (S. 139) und die britisch-sowjetischen Handelsbeziehungen (S. 111).

¹⁴⁷ Vgl. dazu bei Beloff die Statistiken über die deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen (S. 96/97) und die amerikanisch-sowjetischen Handelsbeziehungen (S. 125).

kaum auffallende Änderungen erfuhren, ließ sich die politische Harmonisierung der Beziehungen mit England, Frankreich und den USA recht positiv an. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika löst eine regelrechte Euphorie in der sowjetischen Führung aus.¹⁴⁸

Die diplomatische Offensive der Sowjetunion und die komplementäre Taktik der kommunistischen Parteien – vor allem in Frankreich – schien eine Paralisierung der kapitalistischen Staaten und in deren Folge eine Verminderung der Bedrohlichkeitssituation der Sowjetunion möglich gemacht zu haben, auf der Basis des unterstellten strukturellen imperialistischen Interessenwiderspruchs zum expansionslüsternen Nazireich. Doch als das nationalsozialistische Deutschland schließlich, ebenso wie das faschistische Italien, die ersten militanten und annektionistischen Maßnahmen in Angriff nahm, wurde der im westlichen von der Sowjetunion getragene Prozeß der internationalen kollektiven Sicherheit faktisch storniert. Trotz der Volksfrontregierung in Frankreich kühlten die außenpolitischen Beziehungen ab¹⁴⁹, der Höhepunkt der guten Beziehungen zu England war seit 1935 überschritten¹⁵⁰, und das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wurde von Beloff am Ende der dreißiger Jahre als nicht viel besser als vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen bezeichnet.¹⁵¹ »So waren schon ein Jahr nach ihrem Einsetzen die Bemühungen um ein System kollektiver Sicherheit am Ende.«¹⁵²

Die Politik des Zeitgewinns der Sowjetunion, Ausdruck des Bedürfnisses, den hochgradig sensiblen Industrialisierungsprozeß möglichst störungsfrei fortsetzen zu können, um eine ökonomische wie innenpolitische Konsolidierung zu erreichen und zugleich eine nationale Rüstungsindustrie zu entfalten, war nun erneut einer veränderten weltpolitischen Lage ausgesetzt, die Unsicherheit hervorbrachte und weitere Unsicherheit erahnen ließ. Die hieraus resultierende extreme Risiko-

¹⁴⁸ Zu den Verhandlungen im einzelnen vgl. Pope, S. 288–312. Eine grundsätzliche Einschätzung zur Bedeutung der neuen Beziehungen der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten gibt Beloff, S. 116, der auf die Interessenidentität der Paralisierung Japans im ostasiatischen Raum hinweist und vor allem die hochgradig technologische Attraktivität der USA für die Sowjetunion betont. Ercoli, Vorbereitung, S. 157/158, weist ebenfalls auf die positive Rolle der USA für die Sowjetunion im weltpolitischen Maßstab hin, die – ebenso wie die Sowjetunion, so wird insgesamt deutlich – »am Zeitgewinn interessiert ist, um einen bewaffneten Zusammenstoß möglichst weit hinauszuschieben und die auf diese Weise gewonnene Frist zur Stärkung seiner Position auszunutzen.«

¹⁴⁹ Vgl. Brower, S. 179.

¹⁵⁰ Vgl. Maiski, S. 242.

¹⁵¹ Vgl. Beloff, S. 198.

¹⁵² Pope, S. 358.

scheu der sowjetischen Außenpolitik begünstigte zugleich jenen Prozeß, dem man sich durch erhöhte Vorsicht zu entziehen hoffte. Braunthal schildert die Reserviertheit der Sowjetunion, Frankreich zu unterstützen, falls dieses auf seiten der spanischen Republik im 1936 ausgebrochenen Bürgerkrieg militärisch — wie Blum vorhatte — eingreifen sollte. Die französische Regierung gab schließlich nach, um der eigenen internationalen Isolierung zu entgehen, und paßte sich dem englischen Druck an, wie dem der französischen Rechten, um jene »Neutralitätspolitik« mitzuvollziehen, die schließlich zum Untergang der spanischen Republik und zum Sieg Francos führte.¹⁵³ Nicht nur außenpolitisch¹⁵⁴, sondern auch revolutionärpolitisch hatte die Sowjetunion wesentlichen Anteil an der Niederlage des republikanischen Spaniens, dessen Untergang die widerstandswilligen Kräfte in den europäischen Staaten entmutigen mußte und die Aggressivität und Angriffsfähigkeit der faschistischen Staaten stimulierte, die sich schließlich doch gegen die Sowjetunion richtete: Mit 20 Millionen Toten und ungeheuren Zerstörungen sollte sie der Hauptleidtragende des Zweiten Weltkrieges werden.¹⁵⁵

Sowjetische Außenpolitik zwischen 1936 (Besetzung des Rheinlands durch die deutsche Reichswehr, Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan) und dem sie aus dem Mächtekartell Europas herauskatapultierenden Münchner Abkommen von 1938 war gekennzeichnet durch eine fast zweifelt defensive Note. Doch in keinem einzigen der militant-aggressiven Akte der faschistischen Staaten Europas gelang es, eine geschlossene Kooperation und Reaktion der »demokratischen« Staaten, der Adressaten des Systems der kollektiven Sicherheit, wirksam werden zu lassen: weder im Fall der Annexion Äthiopiens durch Mussolini im Oktober 1935, noch während der Besetzung des Rheinlandes durch Hitler im März 1936, noch im Verlauf des spanischen Bürgerkrieges oder nach der Annexion Österreichs im März 1938 und schon gar nicht während der Tschechoslowakeikrise. Das Bestreben weltpolitischer Bindung an die kapitalistischen Systeme des Westens und die Obstruktion möglicher revolutionärer innenpolitischer Entwicklungen in Frankreich und Spanien als Preis für diesen Annäherungsprozeß bewirkte keine Stärkung, sondern eine Schwächung der Position der Sowjetunion.

¹⁵³ Vgl. H. Thomas, Der spanische Bürgerkrieg, Berlin—Frankfurt—Wien, 1962, S. 176, und Braunthal, S. 463.

¹⁵⁴ Die Teilnahme der Sowjetunion im Londoner Nichteinmischungskomitee, das die reale faschistische Intervention kaschieren half, und die schließlich verhandlungspolitische Konzessionsbereitschaft der Sowjetunion ab 1937/38 waren die Stationen, die die zunehmende Isolierung der spanischen Republik und ihre schließlich Vernichtung begünstigten.

¹⁵⁵ Vgl. Mandel, S. 23.

Ihre Politik des Friedens nach außen, war die Politik der Atempause und des Zeitgewinns zur vorläufigen Konsolidierung ihrer inneren Industrialisierung. »In den Jahren von 1936—1938 konnte man den Zusammenbruch dieses Sicherheitssystems und der Hoffnungen, die darauf gesetzt worden waren verfolgen. Mit der fortschreitenden Wiederbewaffnung des Deutschen Reiches nahm die äußere Bedrohungssituation der Sowjetunion zu und manifestierte sich durch den Abschluß des »Antikominternpaktes« zwischen Deutschland und Japan im November 1936 und dem Beitritt Italiens im November 1937.

Diese Bedrohung wurde bis zu einem gewissen Ausmaß durch die weitere Entwicklung des militärischen und industriellen Potentials der Sowjetunion während des zweiten Fünf-Jahr-Plans ausgeglichen. Sie wurde jedoch nicht ergänzt durch eine weitere Annäherung an Frankreich und Großbritannien, jenen anderen beiden Großmächten, die am meisten durch Deutschlands wachsende Stärke und zunehmende Forderungen bedroht schienen; auch der offene Kriegsausbruch zwischen Japan und China im Juli 1937 führte nicht zu einer definitiven Kooperation zwischen der Sowjetunion und den anderen Mächten, deren Interessen von diesen Ereignissen tangiert waren.«¹⁵⁷ Die Politik der kollektiven Sicherheit war gescheitert und mit ihr die Volksfrontpolitik der Komintern, obwohl selbst nach dem Münchener Abkommen noch die kommunistische Partei Frankreichs den Volksfrontmythos und die Koalition mit dem Bürgertum zu beschwören bestrebt war.¹⁵⁸

Die sowjetische Außenpolitik zwischen 1934 und 1938 war der Versuch, die Periode des zweiten Fünfjahresplans sicherheitspolitisch abzudecken, dessen Durchführung nicht nur die Führungsspitze des sowjetischen Staates ins Wanken brachte, sondern das System insgesamt unermeßlichen Zerreißproben ausgesetzt hatte: Die ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme, die die gigantische Forcierung der Industrialisierung mit dem ersten Fünfjahresplan geschaffen hatte, setzten sich in der darauffolgenden Phase fort und spitzten sich

¹⁵⁶ Die Sowjetunion brachte 1936 8 Milliarden Rubel, 1937 22,4 Milliarden Rubel und 1938 34 Milliarden Rubel für ihr Militärbudget auf. Vgl. Beloff, S. 8; vgl. auch Dirksen, S. 92.

¹⁵⁷ Beloff, S. 1/2.

¹⁵⁸ *Der Internationale Klassenkampf* 4/1938, S. 5, gibt einen Beitrag des kommunistischen Parteisekretärs Duclos vom 14. 10. 1938 in der *Humanité* wieder, der die illusionäre Haltung der KPF zum Ausdruck bringt: »Die kommunistische Partei, die es sich zur Ehre anrechnet, gegen die schändliche Kapitulation von München gewesen zu sein, ist sicher, damit eine Meinung ausgedrückt zu haben, die nunmehr von der Mehrheit der Parteien und der Organisierten der Volksfront einschließlich der radikal-sozialistischen Partei und auch von der Mehrheit des Volkes geteilt wird. Die kommunistische Partei wird der Volksfront unerschütterlich treu bleiben . . .«

teilweise sogar zu. Die Folgen der gewaltsamen Kollektivierung der Landwirtschaft waren bei weitem noch nicht überwunden; die geringe Produktivität des neu organisierten Agrarsektors¹⁵⁹ – eine der Grundlagen des devisenschaffenden entwicklungspolitisch existentiellen sowjetischen Exports¹⁶⁰ –, nicht zuletzt eine Folge des verbissenen Widerstands der russischen Bauern gegenüber der neuen Politik, führte zu landesweiten Hungersnöten.¹⁶¹ Die passive Resistenz der zur Industriearbeit herangezogenen bäuerlichen Bevölkerung wuchs, besonders im Zusammenhang mit der 1935 ins Leben gerufenen Stachanowbewegung.¹⁶² Die niedrige Qualifikation der Arbeitskraft, die geringe Arbeitsdisziplin und extreme Fluktuation des sowjetischen Proletariats waren Ausdruck dieser inneren Krisen¹⁶³ und waren trotz terroristischer staatlicher Gegenmaßnahmen kaum unter Kontrolle zu bekommen.¹⁶⁴

Nicht nur der verbitterte Klassenkampf im Innern der Sowjetunion, sondern auch die Folgen der Weltwirtschaftskrise hemmten den Entwicklungsprozeß der sowjetischen Industrialisierung, deren Außenhandelsmonopol wohl eine Regulation und Harmonisierung von Import und Export der Sowjetunion zu realisieren vermochte, eine Einflußnahme auf die Weltmarktpreise jedoch nicht ermöglichte, so daß der notwendige Produktionsmittelimport mit erweitertem Export zu bezahlen war¹⁶⁵, was zu weiterer Anspannung der innersowjetischen Versorgungs- und Entwicklungslage führte.

Mit der Beendigung des gigantischen jedoch nicht erfüllbaren ersten Fünfjahresplans der Sowjetunion¹⁶⁶ findet die Phase der extensiven Industrialisierung einen vorläufigen Abschluß; der zweite Fünfjahresplan (1932/33 bis 1937/38) zielte dar-

¹⁵⁹ Vgl. Prokopowicz, Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets, Zürich/New York 1944, S. 267–269.

¹⁶⁰ Ebd., S. 333/334.

¹⁶¹ Vgl. Maiski 1968, S. 23, und Prokopowicz, S. 273.

¹⁶² Vgl. Di Leo, S. 108–110.

¹⁶³ Vgl. Prokopowicz, S. 199/200.

¹⁶⁴ In diese Phase fallen die Parteisäuberungswellen und die Liquidationsexzesse im Gefolge der Moskauer Prozesse: Ausdruck des verzweifelten Versuchs, die geringsten aller nur möglichen Abweichungen und Widerstände zu brechen, das gesamte System auf *einen* Willen zur Durchführung der gestellten Ziele zu konzentrieren.

¹⁶⁵ Vgl. Prokopowicz, S. 341; weitere Erläuterungen S. 349/350; ebenso Maiski, S. 24 und E. H. Carr, Sowjetrußland und der Westen, Köln 1948, S. 81/82.

¹⁶⁶ Vgl. A. Baykov, The Development of the Soviet Economic System, Cambridge 1946, S. 168; ebenso Prokopowicz, S. 267, der sich auf die strukturellen Disproportionen der sowjetischen Planwirtschaft bezieht, deren ökonomische, gesellschaftliche und außenpolitische Konsequenzen in ihrer Verquickung und ›Sachgesetzlichkeit‹ ansatzweise eine Erklärung für die konkreten Formen sowjetischer Außenpolitik und internationalistischer Praxis liefern sollte.

auf ab, durch intensivierete Nutzung der vorhandenen Produktionsmittel und Arbeitskräfte (Stachanowbewegung) eine qualitative Verbesserung der Produktionsresultate und zugleich eine Erhöhung der Produktion zu erreichen: »Es wurde offiziell erklärt, daß die industrielle Expansion im zweiten Fünf-Jahr-Plan durch eine bessere Beherrschung der neuen Industrien und der neuen Technik, sowie erheblich gesteigerter Arbeitsproduktivität und der Senkung der Produktionskosten zu ergänzen sei.«¹⁶⁷

Die industrielle Intensivierungsphase war verbunden mit einer Verringerung des Außenhandelsvolumens, die Prokopovicz in Zusammenhang bringt mit der Notwendigkeit, die bis 1932 negative Zahlungsbilanz auszugleichen¹⁶⁸, die zugleich aber auch eine Folge der protektionistischen Weltwirtschaft gewesen sein mag, die die Sowjetunion in verstärktem Maße zwang, auf sich selbst und ihre vorhandenen Ressourcen zurückzugreifen – mit der Konsequenz extremster gesellschaftlicher Spannungen, absoluter und totaler Eliminierung rudimentärer emanzipativer Gehalte oder Hoffnungen und der Verfestigung einer superlativistischen weltanschaulich-legitimatorischen Dogmatik.¹⁶⁹ Zugleich verdeutlicht diese Entwicklung die sensible – und der Theorie des Sozialismus in einem Lande ins Gesicht schlagende – Abhängigkeitsbeziehung¹⁷⁰ der Sowjetunion des von den kapitalistischen Systemen dominierten Weltmarktes.

Die unabdingbaren Austauschbeziehungen mit den kapitali-

¹⁶⁷ Baykov, S. 179; vgl. auch seine Charakterisierung der ersten beiden Fünfjahrespläne, S. 153 ff und S. 251 ff.

¹⁶⁸ Prokopovicz, S. 337.

¹⁶⁹ Vgl. den XVII. Parteitag der KPdSU, der als »Parteitag der Sieger, der Parteitag der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft« deklamiert wurde (vgl. *Die Kommunistische Internationale* 5/1934, S. 408) und die Konsequenzen der Konzessionen und des industriellen wie politischen Terrors, die realen Klassenauseinandersetzungen wie die machtpolitische Schwäche des Systems, kurzerhand hinwegideologisierte.

^{169a} Vgl. auch Carr, Sowjetrußland, S. 34: »Weder nationale Sicherheit in einer feindlichen Welt noch die Fortdauer der proletarischen Revolution im eigenen Land wurde denkbar, wenn man nicht eine intensive Industrialisierung durchführte.«

¹⁷⁰ Ein in diesem Zusammenhang euphemistischer Begriff, wenn man sich die plumpe ökonomische Erpressungspolitik der kapitalistischen Staaten gegenüber der Sowjetunion ansieht; Prokopovicz, S. 322/323, erläutert beispielsweise den Goldboykott 1921.

¹⁷¹ Vgl. Trotzki, *Internationale Revolution*, S. 51: »Es gibt keine andere Tatsache, die gegen die Theorie des ›isolierten‹ vollständigen Sozialismus einen so tödlichen Schlag führen würde, als der Umstand, daß die einfachen Zahlen unseres Außenhandels in den letzten Jahren zu Eckpfeilern unserer gesamten Wirtschaftspläne geworden sind. Die ›schmalste‹ Stelle unserer Wirtschaft, darunter auch unserer Industrie, ist der Import, der vollständig von dem Export abhängig ist. Und da die Stärke einer Kette an ihrem schwächsten Glied gemessen wird, so richten sich auch die Ausmaße unserer Wirtschaftspläne nach der Größe des Imports.«

stischen Staaten¹⁷¹ gewinnen angesichts der genannten Bedingungen (binnennationale Industrialisierung, Weltwirtschaftskrise, Zunahme der militärischen Bedrohungssituationen) zusätzliches Gewicht in der Verfestigung jener Abhängigkeitsstruktur, die die Sowjetunion als Rohstofflieferanten auf dem Weltmarkt sich zu behaupten zwingt, um vermittels der auf diese Weise erwirtschafteten Exporterlöse, Technologieimporte vornehmen zu können, und wirken schließlich unmittelbar und zwingend auf den gesamten »isolierten« Entwicklungsprozeß zurück, quasi zwangsgesetzlich.

Die Litwinoffsche Geheimdiplomatie, in ihrer Form selber schon eine Konzession an die Gepflogenheiten machtpolitischer bürgerlicher Kabinettspolitik, versuchte durch weitere Konzessionen politische und ökonomische Entlastung für die Sowjetunion zu erhandeln: »Als Außenminister unternahm Litwinoff sehr bald Anstrengungen, der negativen Außenhandelsentwicklung, die die ökonomische Stabilität der Sowjetunion und den vordringlichen Fünf-Jahr-Plan bedrohte, entgegenzuwirken.«¹⁷²

Die Politik scheiterte, im selben Maße wie das auf sowjetische Außenpolitik orientierte internationale kommunistische Proletariat sich über diesen Weg selbst entmachtete. Die Politik der Zwangslage verstärkte den Zwang zur Politik des grenzenlosen Opportunismus, des nicht nur im internationalen Mächtesystem, sondern auch vom eigenen wie vom externen Proletariat isolierten sowjetischen Staates.

Auf dem XVIII. Parteitag antizipierte Stalin das mögliche Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland¹⁷³, das der Sowjetunion Zeitgewinn einbrachte — als Staat. Mit Hilfe des internationalen Proletariats war der Angriff auf die Sowjetunion nicht mehr zu verhindern, der zwangsläufig folgen mußte auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und *Freundschaftspakt* im Herbst 1939, der, im Gegensatz zum Stalin-Laval-Abkommen 1935, nicht nur von bedeutenderer politischer Eindeutigkeit und Verständigungsmöglichkeit war, sondern auch bei weitem größere ökonomische Vorteile für die Sowjetunion bot.¹⁷⁴

¹⁷² Pope, S. 273.

¹⁷³ Vgl. die Darstellung bei Carr, Berlin—Moskau, S. 161—164, sowie P. Wieden, Der XVIII. Parteitag der Bolschewiki und die Internationale Arbeiterklasse, in: *Die Kommunistische Internationale* 4/1939.

¹⁷⁴ Vgl. Niclauss, S. 187; »Die Motive der sowjetischen Politik für die spätere Verständigung mit Hitler, sind zu einem Teil darin zu sehen, daß dieses angestrebte Sicherheitssystem in Osteuropa nicht zustande kam. Die nachgiebige Haltung der Westmächte Hitler gegenüber, war, wie schon gezeigt, ein weiteres, das die Entscheidungen der Moskauer Regierung in den Jahren 1938/39 maßgebend mitbestimmte, nicht zu unterschätzen ist, aber in diesem Zusammenhang die traditionelle deutsch-russische Zusammenarbeit [. . .], die nie als endgültig abgeschlossen betrachtet wurde.

Die Verteidigung des sowjetischen Staates schließlich und nicht der sozialistischen Revolution¹⁷⁵ vermochte wohl noch Widerstandsreserven in der russischen Bevölkerung zu mobilisieren, die das Überleben der Sowjetunion mitbewirkten; die Komintern konnte dazu keinen Beitrag mehr leisten. Zwar durfte sie, die fünf Jahre lang ihre politische Funktionalität aus ihrer antifaschistischen Konzeption gegen Hitler bezogen hatte, das ohne ihre Beteiligung zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland zustande gekommene Bündnis noch »gutheißen«¹⁷⁶, die Konsequenz aus ihrer Dysfunktionalität jedoch wurde erst 1943 gezogen »als Pfand und Garantie gegenüber Amerika und England«¹⁷⁷.

Diese Entwicklung vor Augen soll die Realität und Konsequenz einer internationalistischen Politik der Sowjetunion zwischen 1935 und 1938 in jenen Ländern beurteilt werden, die, wie in Spanien, die antikapitalistische Revolution vollzogen, wenn auch noch nicht durchgeführt hatten, oder, wie in Frankreich, einer radikalen Umgestaltung der Gesellschaft sehr nahe gekommen waren.

3. Volksfront in Frankreich und Spanien

Das erste überraschende und im Effekt dysfunktionale Element der klassischen Volksfrontkonzeption entpuppte sich im Zusammenhang mit ihrem Anfangserfolg.

Sowohl in Frankreich wie in Spanien setzte der parlamentarische Wahlsieg der Volksfront spontane und revolutionäre

Von einer Kontinuität der deutsch-sowjetischen Beziehungen kann man vor allem im wirtschaftlichem Bereich sprechen.«

Über die ökonomischen Hintergründe des Stalin-Hitler-Paktes siehe P. Fabry, Die Sowjetunion und das Dritte Reich, Stuttgart 1971, S. 190/191.
¹⁷⁵ L. Coletti, Zur Stalin-Frage, Berlin 1970, S. 31.

¹⁷⁶ Exekutivkomitee der KI, S. 1107: »Die Sowjetunion hat durch ihr Eintreten für die Beendigung des Krieges, durch ihren Vertrag über Freundschaft und Grenze mit Deutschland einen neuen Beitrag zur Sache des Friedens geleistet. Sie hindert die Kriegsprovokateure, die Donaustaaten und die Balkanländer in den Krieg hineinzureißen. Sie durchkreuzt die Ränke derer, die bestrebt sind, den europäischen Krieg in einen Weltkrieg zu verwandeln. Dieses große Verdienst der Sowjetunion werden die Werktätigen aller Länder nie vergessen. Doch die dunklen Kräfte des Krieges toben nach wie vor. Sie wollen den Krieg »bis zum siegreichen Ende«. Sie wollen den Krieg bis zur Verwirklichung ihrer imperialistischen Ziele. Darum treiben sie die Völker auf die Schlachtbank.«

Nicht gegen den Brandstifter des zweiten Weltkrieges, Nazideutschland, richtet sich der Aufruf der Komintern, sondern gegen die Fortsetzung des Krieges durch England und Frankreich. Dem vorgeblichen deutschen Wunsch nach Beendigung des Krieges wird der Aufruf der Komintern an die internationalen Kommunisten beigeordnet (vgl. ebd., S. 1111).

¹⁷⁷ Coletti, S. 30.

Reserven in so großem Umfange frei, daß in beiden Fällen Programmatik und Raison des Wahlbündnisses entweder schon verlassen waren (Spanien) oder zu einer Transzendenz der koalitionsären Bündnisabsprachen mit dem Kleinbürgertum drängten (Frankreich), so daß sich die Volksfrontführungen beträchtlichen Irritationen ausgesetzt sahen.

Das reale Verhalten der Führungen der kommunistischen Parteien jedoch, »revolutionäre Avantgarde« qua nomen, die »*alle Etappen* in der Entwicklung des Klassenkampfes und im Wachstum des Klassenbewußtseins der Massen selbst nüchtern (zu) berücksichtigen und in jeder Etappe die ihr *entsprechenden konkreten* Aufgaben der revolutionären Bewegung zu finden und zu lösen«¹⁷⁸ beanspruchte, half jene Disziplinierung und Dirigierung der spontanen Massenbewegungen zu begründen, die die (sehr schnell vorübergehende) innere Stabilität der antifaschistischen Koalitionen und die historischen Phänomene bürgerlicher Volksfrontregierungen überhaupt erst möglich machten.

Die politische und gesellschaftliche Krise in beiden Staaten, die sich in einer dislozierten und diffusen proletarischen Massenbewegung und -erhebung entlud, fand keine eine solche Entwicklung forcierende und koordinierende Instanz und Gruppierung, als die sich die kommunistischen Parteien historisch verstehen wollten, deren Ausdruck sie hätten sein müssen. Die Anwendung der Theorien des VII. Weltkongresses in den bürgerlichen Staaten¹⁷⁹ – prospektive Alliierte der Welt- und Bündnispolitik der Sowjetunion – verbot, diese zum Gegenstand sozialer Transformation zu machen. Die erstrebte Manipulierbarkeit der proletarischen Basis durch ihre Festlegung auf eine antifaschistisch-defensive und pro-bürgerlich-parlamentarische Taktik erwies sich als begrenzt: die Offensivität des Proletariats drohte das Volksfrontbündnis zu sprengen.

Die Theorie der kommunistischen Partei war nicht mehr Ausdruck der Realität der Klassenkämpfe und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Die Konsequenz für die kommunistischen Parteien hieß nunmehr, die Realität der Theorie anzupas-

¹⁷⁸ Dimitroff, *Offensive*, S. 137; vgl. auch ebd.: »Wir wollen immer breitere Massen in den revolutionären Klassenkampf hineinziehen und sie, von ihren brennenden Interessen und Nöten ausgehend und auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrung, an die proletarische Revolution heranzuführen.«

¹⁷⁹ Die Volksfrontkonzeption und -politik hatte allerdings einzig in der französischen und spanischen Linken nennenswerten Widerhall und innenpolitische Bedeutung gewonnen (vgl. Brower, S. 65). In den Staaten, in denen Sozialisten teilweise schon an bürgerlichen Kabinetten teilgenommen hatten, wie in England und Skandinavien, konnte die kommunistische Partei mit ihrer Konzeption kein Bündnis zustande bringen. Nur in Jugoslawien, Brasilien, Chile und China entstanden Volksfrontbündnisse und teilweise -regierungen auf breiter Basis (vgl. Gross, S. 547).

sen¹⁸⁰, der Basis jene von der Führung der kommunistischen Partei sehr schnell vollzogene Taktikänderung in einem widersprüchlichen Lernprozeß zu vermitteln, unter dem Risiko, politische Glaubwürdigkeit wie Masseneinfluß zu verlieren.¹⁸¹

In Spanien war dieser Konflikt leichter lösbar: Die der kommunistischen Partei zulaufenden neuen Mitglieder entstammten in beträchtlichem Maße bürgerlich-kleinbürgerlichen sozialen Schichten¹⁸², die Politik der Partei entsprach den Bedürfnissen ihrer Mitglieder. Am Beispiel Frankreichs und Spaniens ist exemplarisch ablesbar, auf welche Weise die kommunistischen Parteien, unter Bezugnahme auf die »neue« Theorie, in einem Fall zum Kanalisator der unkontrollierbaren Massendemonstrationen, im anderen Fall zum Liquidator der Revolution werden sollten.¹⁸³ Die Volksfrontregierung begann, vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen, mit einem Mißerfolg; die überraschenden und unkalkulierbaren Massenerhebungen in Frankreich bedrohten die außenpolitische Strategie der Sowjetunion insofern, als in jedem Fall die mit dem sowjetischen Staat identifizierte kommunistische Partei involviert war und jene herrschenden und wirtschaftlichen Kreise in der sich verstärkenden antisowjetischen Distanz belassen mußte, die die politisch relevanten und ökonomisch interessanten Träger einer Annäherung an die Sowjetunion sein mochten.¹⁸⁴

Daß die kommunistische Partei verpflichtende Volksfrontprogramm, ein im wesentlichen verschwommener, auf die Bedürfnisse der Radikaldemokraten abgestimmter Reformkatalog¹⁸⁵, das als Pfand den außenpolitischen Überlegungen der Sowjetunion zugrunde lag und optimale Funktionalität der kommu-

¹⁸⁰ Vgl. dazu auch meine Ausführungen oben und Fußnote 49.

¹⁸¹ Vgl. A. Mitzman, *The French working class and the Blum Government (1936–37)* in: *International review of social history*, Amsterdam 1964, S. 368: »So daß, im Falle eines Konflikts zwischen den globalpolitischen Forderungen der Parteipolitik und dem Mikrokosmos einer Betriebs- oder Klassensituation, die lokalen Kader, trotz der Instruktionen von der Parteiführung, an der Spitze der Klassenauseinandersetzungen zu stehen, entweder den Forderungen des Klassenkampfes auf lokaler Ebene zu entsprechen hatten, oder aber sich von den Ereignissen überrollt sahen.«

¹⁸² Vgl. Broué/Témime, *Revolution und Krieg in Spanien*, Frankfurt 1968, S. 284–288: »Nach offiziellen Parteiangaben wurden 1938 unter 63 426 Mitgliedern in Madrid nur 10 160 gewerkschaftlich Organisierte gezählt, also ein nur geringer Arbeiteranteil.« Der Mitgliederzuwachs der kommunistischen Partei Spaniens (KPS und PSUC) betrug zwischen September 1936 und Juni 1937 rund eine Million; sie galt als die Partei der Ordnung.

¹⁸³ Braunthal, S. 133, pointiert als Antithese zu KI-offiziellen Verlautbarungen den Stellenwert der Sowjetunion im Kampfprozeß der internationalen Arbeiterbewegung als jenes »neue Element«, um es an dieser Stelle noch einmal hervorzuheben, dessen Einwirkungen auf die internationale Politik Revolutionen in der Konsequenz zum Scheitern verurteilte.

¹⁸⁴ Zur Stimmung in Frankreich in den herrschenden Kreisen, vgl. Kriwitsky, *Ich war in Stalins Dienst*, Amsterdam 1940, S. 88.

¹⁸⁵ Vgl. R. v. Albertini, *Zur Beurteilung der Volksfront in Frankreich*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 2/1959, S. 139.

nistischen Partei zu gewährleisten schien¹⁸⁶, war nun in Frage gestellt. Die Bemühungen der Sowjetunion mußten darauf gerichtet sein, die Wiedergewinnung des Vertrauens durch den Rückzug auf die Volksfrontprogrammatik vermittels der KPF durchzusetzen, um ihre ernstesten Absichten glaubhaft zu demonstrieren. In der Frage der französischen nationalen Verteidigung¹⁸⁷ und in dem Bemühen der KPF um eine die politischen Rechtskräfte einschließende ›Front Française‹¹⁸⁸ kommen die Loyalitätsanstrengungen zum Ausdruck.

Die Möglichkeit, sich aus der Volksfront und dem Einheitsfrontbündnis von oben mit den Sozialisten zurückzuziehen, bestand angesichts der innenpolitischen ›Spannungssituation‹ nicht mehr: Dafür war die Volksfront, vom Standpunkt der französischen Arbeiter aus gesehen, bis zu jenem Zeitpunkt zu hoffnungsvoll, zu erfolgreich.¹⁸⁹ Darüber hinaus hätte ein Rückzug der KPF aus der Koalition den Radikalisierungsprozeß der Massen bestenfalls beschleunigt und noch riskantere außenpolitische Verwicklungen für die Sowjetunion bedeutet. Die Aufrechterhaltung der Volksfront bot zudem die Chance, mit der Konsolidierung der Regierung des Sozialisten Blum¹⁹⁰ die Intensivierung des russisch-sowjetischen Beistandpaktes vom Mai 1935 zu erreichen.¹⁹¹

Die Revolution in Spanien schließlich, als Reaktion auf den rechtsradikalistischen Militärputsch Francos, verkomplizierte die Offensive des Vertrauens und der (antirevolutionären) Zuverlässigkeit der sowjetischen Außenpolitik ganz eminent.¹⁹² Die Ereignisse in Frankreich und Spanien waren zum einen miteinander verflochten und zugleich von weltpolitischer Brisanz. Englisches und französisches Kapital hatte in Spanien in hohem Umfang investiert¹⁹³, ihre Interessen waren bedroht, und außenpolitische Sanktionen gegen die Sowjetunion waren denkbar, obwohl die kommunistische Partei Spaniens

¹⁸⁶ Vgl. Brower, S. 107: »Still, the Comintern as a whole was of a greater potential use to the Soviet Union than ever before.«

¹⁸⁷ Vgl. Dimitroff, Einheitsfront, S. 827; vgl. auch meine Ausführungen oben und Fußnote 72.

¹⁸⁸ Vgl. Albertini, S. 157.

¹⁸⁹ Vgl. Brower, S. 134.

¹⁹⁰ Zum ersten Mal war in Frankreich mit Leon Blum ein Sozialist Ministerpräsident geworden; zum ersten Mal beteiligten sich überhaupt Sozialisten, im Gegensatz zu ihren bisherigen verweigernden Haltung, an einer bürgerlichen Regierung. Blum verstand seine Koalition mit den anderen Parteien explizit auch nur als ›exercice pouvoir‹, im Gegensatz zur ›revolutionären‹ Alleinherrschaft, die auf einen absoluten parlamentarischen Sieg der SFIO hätte folgen sollen (vgl. Albertini, S. 141).

¹⁹¹ Vgl. Gross, S. 533; der Text des Abkommens ist veröffentlicht in L. Shapiro, Soviet Treaty Series Vol. II, Washington, D. C. 1955, S. 128/129.

¹⁹² Vgl. Brower, S. 177: »Der spanische Bürgerkrieg verkomplizierte die Aktivitäten der Komintern und die sowjetische Außenpolitik in ganz beträchtlichem Maße.«

¹⁹³ Vgl. Thomas, S. 171.

weder an der Auslösung der Revolution noch am revolutionären ersten Sieg gegen Franco erwähnenswert beteiligt war. Des weiteren drohte ein Überspringen des spanischen Funkens auf Frankreich: Eine Doppelrevolution im Süden Europas mußte alle kapitalistischen Großmächte schrecken; auf dieser Basis auch steigerte das faschistische Deutschland seine Kampagne als Vorkämpfer gegen den Bolschewismus in Europa, die sowohl gegen die kommunistischen Parteien wie gegen die Sowjetunion gerichtet war. Die konzessive Politik vor allem Großbritanniens und schließlich auch Frankreichs gegenüber Deutschland und Italien mag darin einen Teil ihrer Begründung gefunden haben; entschiedenster und zugleich letzter Ausdruck dieser Politik der westeuropäischen Großmächte war das Münchner Abkommen — unter Ausschluß der Sowjetunion.

Der Versuch, ›München‹ zu verhindern, lag der Strategie der sowjetischen Konzessionspolitik gegenüber England und Frankreich zugrunde; das Zögern, im spanischen Bürgerkrieg auf seiten der Revolution einzugreifen, spiegelt diese Haltung.

Die unpassende Revolution in Spanien fand sich zunächst isoliert vom sowjetischen Beistand. Franco erhielt vom ersten Tag seines Putsches an umfangreiche und kaum zu verbergende Hilfe aus Italien und anschließend aus Deutschland. Das für die Sowjetunion heikle Problem der spanischen Revolution drohte sich durch ihr Zögern — das auch in der Absage Litwinnoffs an Blum, den sowjetisch-französischen Beistandspakt auf eine französische Intervention in Spanien auszudehnen, diplomatisch sekundiert wurde¹⁹⁴ — von selbst zu lösen: durch einen militärischen Sieg des mit Nachschub versorgten und aufgerüsteten Franco-Militärs. Die schließliche, verborgene Intervention¹⁹⁵, drei Monate nach Beginn des Bürgerkrieges, mag auch im Hinblick auf die mögliche Unruhe in der französischen kommunistischen Basis, deren unkontrollierbare Verhaltensweisen ja erfahren worden waren, entschieden worden sein; ökonomisch und innenpolitisch dürfte sich der spanische Bürgerkrieg, ebenso wie der Mandschureikonflikt mit Japan, als ›Aktivposten‹ in Form einer produktivitätssteigernden Solidaritätsaufforderung an die sowjetische Arbeiterschaft bemerkbar gemacht haben.¹⁹⁶

Unter internationalistischen Aspekten betrachtet trug er dazu bei, die kritische Selbstbesinnung der Kommunisten und ›fel-

¹⁹⁴ Thomas, S. 176.

¹⁹⁵ Vgl. die außerordentlichen Geheimhaltungsmaßnahmen der Sowjetregierung bei der Belieferung Spaniens mit Kriegsmaterial bei Krivitsky, S. 99 ff.

¹⁹⁶ Vgl. Niclauss, S. 27, und Broué/Témime, S. 464.

low travellers¹⁹⁷, die Frage von Politik und Moral am Beispiel der Entwicklung in der Sowjetunion vor dem Hintergrund der aktuell stattfindenden Moskauer Prozesse hinauszuzögern.¹⁹⁸ Handelspolitisch erhielt die spanische Republik überragende Bedeutung für die Sowjetunion und wurde zum zweitwichtigsten Importeur sowjetischer Waren.¹⁹⁹ Außenpolitisch war die ›Intervention‹ abgedeckt durch die Teilnahme im Londoner Nichtinterventionskomitee²⁰⁰, im Interesse des ›Friedens‹ und der ›Demokratie‹²⁰¹; der praktischen Suspension der Revolution in Spanien durch die Sowjetunion und KPS ging ihre diplomatische voraus.

Wenn man die Intervention der Sowjetunion als eine funktionale im Zusammenhang ihrer Intentionen auf Kontrollierbarkeit der Ereignisse auf allen diesen Ebenen versteht, so trägt dies möglicherweise dazu bei, Motive sowjetischen Handelns transparenter zu machen. Zwar verkomplizierten und widersprachen sich die Kontrollinterventionen, dennoch schien sich für den sowjetischen Staat die Chance auf Absicherung, gegenseitigen ökonomischen Vorteil und Nicht-behelligt-werden durch Kooperation mit den Westmächten als gegeben darzustellen²⁰², sie mußte um so zwingender werden, als die Bedrohung im Fernen Osten zunahm.

Volksfront in Frankreich

Als Léon Blum im Juni 1936 erster sozialistischer französischer Ministerpräsident wurde, stand Frankreich in Flammen,

¹⁹⁷ Vgl. Borkenau, S. 57: »Münzenberg war der Erfinder des ›fellow travellers‹, des Mannes, der der kommunistischen Bewegung dient, aber sich gleichzeitig mit seiner Nichtzugehörigkeit zur Partei deckt.«

¹⁹⁸ Vgl. Rossanda, S. 6/7: »Angefangen mit dem Dimitroff-Prozeß vor dem Reichsgericht über den VII. Kongreß der Komintern bis hin zur roten Volksfront des Jahres 1936 konnte die massenhafte Mobilisierung gegen die faschistische Gefahr die stalinistischen Prozesse in den Hintergrund drängen; Leuten wie Romain Rolland gelang es damals sogar, sie einfach zu übersehen. Das galt nicht nur für die Funktionäre; die besten Kräfte des europäischen Antifaschismus haben sich, angesichts der Bedrohung durch Hitler, über die Vorgänge in der Sowjetunion hinwegtäuschen lassen oder sich wenigstens jeder kritischen Äußerung dazu enthalten.«

¹⁹⁹ Vgl. Broué/Témime, S. 467, sowie D. T. Cattell, *Communism and the Spanish Civil War*, Berkeley and Los Angeles 1955, S. 72.

²⁰⁰ Zur Charakterisierung des Nichteinmischungskomitees, vgl. Thomas, S. 210.

²⁰¹ Vgl. Maiski, S. 263. Der Autor betont im weiteren, »daß die Massen des spanischen Volkes für die Republik waren und daß die Meuterer rasch eine Niederlage erlitten, wenn die deutsch-italienische Intervention ausgeschaltet würde. Nur zu logisch war deshalb der Versuch, dieses Ziel mit Hilfe des Nichteinmischungsabkommens zu erreichen, auch wenn man sich dabei keinerlei [. . .] Illusionen hingeben durfte.«

²⁰² Vgl. in diesem Zusammenhang die die sowjetische Außenpolitik leitenden Prinzipien der ›Friedlichen Koexistenz‹ und deren Kritik bei Schmiederer.

nicht gegen Blum, sondern als Ausdruck der Hoffnungen, des Selbstbewußtseins und des Vertrauens jener proletarischen Basis, deren Spitze auch er, als populärer Sozialist, repräsentierte. Als er ein Jahr später zurücktrat und die Führung des Volksfrontkabinetts in die Hände des Radikaldemokraten Chautemps überging, regte sich kein Streik und keine Demonstration, die noch spontanes politisches Teilnehmenwollen der Massen an der nationalen Politik Frankreichs dokumentiert hätten. Eine parlamentarische Regierungskrise hatte sich in einer Kabinettsumbildung gelöst.

Der dazwischen liegende Prozeß der Desillusionierung, Resignation und Entpolitisierung war nicht zuletzt auch vom Verhalten Blums abgedeckt worden, der die Autorität des französischen Staates repräsentierte und sie gegen die eine Million Streikenden und Fabrikbesetzer im Sommer 1936 in die Waagschale warf. Er wurde von der Bourgeoisie als ›Retter‹ des Systems angesehen, wie er später schreibt²⁰³, und er fungierte als Retter des konservativen Frankreich, konsekutiv seine eigene Obsolenz betreibend.

Nicht die Funktion Blums und der Sozialisten stellt sich in diesem Zusammenhang als Thema dieser Betrachtung, sondern die spezifische Rolle der kommunistischen Partei im Spannungsfeld zwischen Revolution, Sozialreform und Status quo. Die KPF vereinigte seit dem Herbst 1936 die organisatorische Macht des französischen Proletariats. Die Partei konnte mit dieser Macht operieren, weil das Proletariat von einem bestimmten Zeitpunkt an der Machtausübung durch die kommunistische Führung stattgab. Die Verfügbarkeit der Basis war Folge und Entsprechung der Verfügbarkeit der Partei als zunächst stärkstes Kettenglied im internationalistischen Konzept der Sowjetunion.

Mit der Eskalation der Abnahme autonomer Expressionsfähigkeit beider verringert sich ihre Chance, eine reale und handlungsfähige Alternative zum machtpolitischen Interaktions-, Kalkulations- und Koalitionsgefüge bürgerlich-parlamentarischer Provenienz darzustellen: Die Partei wird Fraktion und Wahlverein im Haus der Deputierten — ihr Verbot nach Kriegsausbruch 1939 kann keinen Widerstand mehr mobilisieren. Die der KPF weitgehend verpflichteten Gewerkschaftsorganisationen hatten — numerisch meßbar an der Mitgliederfluktuation²⁰⁴ — die unmittelbare Enttäuschung und Resignation des Proletariats, keinen institutionell-resoluten und rigorosen Koordinator und Transporteur seiner vielfältigen

²⁰³ Zit. nach Mandel, S. 19

²⁰⁴ Vgl. Mitzman, S. 388/399: die 5 Millionen Mitglieder, die die Einheitsgewerkschaft zu Beginn der Volksfrontregierung gewonnen hatte, waren bis 1938 wieder aus der Organisation ausgetreten. Vgl. auch Albertini, S. 138.

Bedürfnisse gefunden zu haben, zu tragen. Die ›Volksfront‹ der Kabinette hat der Front zwischen den Klassen, die sie implizit – auf Zeit sozusagen – überwinden wollte, eine neue Dimension hinzugefügt: den Sieg des herrschenden Systems über die beherrschten Schichten vermittelt der Exekutive der politischen Repräsentanz der letzteren.²⁰⁵

Vor dem Hintergrund der in Frankreich verspätet wirksam werdenden ökonomischen und sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise²⁰⁶ und auf der Grundlage der Erfahrung einer von beträchtlicher Spontaneität und eindrucksvollem Erfolg geprägten Solidaritätsdemonstration der Sozialisten, ihrer Gewerkschaften und den sich auf Druck ihrer Basis anschließenden Kommunisten²⁰⁷ am 12. 2. 1934 gegen einen ›Putschversuch‹ faschistoid-militanter Rechtsgruppen²⁰⁸ revitalisiert sich das Bedürfnis des organisatorisch gespaltenen und sich befehlenden französischen Proletariats nach solidarischer Einheitsfrontpolitik²⁰⁹: zur Verbesserung ihrer ökonomischen Lage und ihrer Rechte, zur Verhinderung faschistischer Machtausweitung. Die Idee der möglichen Einheitsfront überwölbt die von der kommunistischen Partei unmittelbar nach der Demonstration wiederaufgenommene Sozialfaschismus-Praxis; einer den Bedürfnissen ihrer Basis entsprechende neue politische Ausdrucksform wird kein Raum gegeben.²¹⁰ Im Effekt leugnen die Kommunisten die reale Gefahr einer faschistischen Bedrohung in Frankreich²¹¹, deren Einschätzung auch historisch sehr umstritten ist.²¹²

²⁰⁵ Vgl. Fußnote 260.

²⁰⁶ Einzelne Angaben zur Konjunkturlage, Arbeitslosigkeit und Lebensstandard in Frankreich 1935 vgl. Brower, S. 22/23, und G. Lefranc, *Histoire du Front Populaire*, Paris 1965, S. 48–50 und 144/145, sowie auf den Seiten 312, 318, 323, 324 und 325 statistische Angaben zu: Arbeitslosigkeitsrate, Wirtschaftswachstum, Preissteigerungen, Lohnverfall, Streiks in Frankreich bis 1935.

²⁰⁷ Zum historischen Ablauf der Geschehnisse im einzelnen siehe Borkenau, S. 103–110.

²⁰⁸ Zur Charakterisierung der Ereignisse am 6. 2. 1934 und der faschistischen Gruppierungen vgl. Albertini, S. 152: »Es handelte sich mehr um eine großangelegte Demonstration und Protestbewegung, nicht aber um eine politische Aktion mit dem bestimmten Ziel des Umsturzes und der Machtergreifung.«

²⁰⁹ Vgl. Gross, S. 526: »In der französischen Arbeiterschaft jedoch, die unter der Spaltung und ihren Nachteilen litt, sehnte man sich nach der Einheit. Das Wort ›Einheit‹ war eine magische Formel, der gegenüber kein Arbeiter unempfindlich blieb.«

²¹⁰ Vgl. Fußnote 207; darüber hinaus wird der Kampf gegen Doriot, einziger kommunistischer Parteiführer, der das EF-Konzept öffentlich vertritt, verschärft.

²¹¹ Vgl. Brower, S. 29.

²¹² Borkenau, S. 103 hält die faschistische Gefahr in Frankreich für »ein Produkt der Einbildungskraft«. Babette Gross, sieht die »Republik in Gefahr« (S. 527). Albertini, S. 132, betont, daß man von einer »unmittelbaren faschistischen Gefahr [...] nur bedingt sprechen« könne. Dimitroff,

Ein Vierteljahr später begründet dieselbe innenpolitische Bedrohung von Rechts — nach der Demonstration des proletarischen Widerstandswillens eher geringer gewordene Gefahr der faschistoiden Ligen — die Initiation des Bruchs der KPF mit ihrer bisherigen Theorie und Taktik. »Der einzige Tagesordnungspunkt der KP-Landeskonferenz am 23. 6. 1934 ist die Organisierung der antifaschistischen Einheitsfront.«²¹³ Obwohl eine plausible Erklärung für diese Wendung der KPF, bezogen auf die Problematik eines einseitigen Direktionsverhältnisses der Sektionen der Komintern von sowjetischen Handlungsanleitungen, erst retrospektiv, unter Verwertung des Volksfrontgeschehens gefunden werden kann, sei auf die These Anni Kriegels hingewiesen: Sie wendet sich gegen die monokausalen Erklärungsversuche dieser wichtigen Wendung der KPF sowohl bei den Kommunisten, die von der Einwirkung der Komintern abstrahieren, als auch bei den bürgerlichen Politikern und Historikern, die eine einseitige Abhängigkeit von Moskau konstatieren. Nach Kriegel besteht — insbesondere durch das Medium der Repräsentanten der Internationalen bei den nationalen Sektionen und den Delegierten der Sektionen beim Exekutivkomitee der Internationalen — eine Interaktion der Entwicklung.²¹⁴ Das System wechselseitiger Interaktionsstränge, die zugleich auch als Informationskanäle Grundlagen jeweiliger Entscheidungsfällung sind, schließt jedoch das erwähnte einseitige Direktionsverhältnis nicht aus — es trägt im Gegenteil zu seiner Optimierung bei.

Unmittelbar nach Abschluß des Einheitsfrontbündnisses mit der SFIO — auf der Basis eines Stillhalteabkommens gegenseitiger Kritik der Organisationen — folgt auf ungeduldige Initiative der KPF und gegen den Widerstand des linken Flügels der Sozialisten das Volksfrontangebot für »Frieden, Brot und Freiheit« (Thorez) an die Radikaldemokraten, die reformpolitisch relativ konservativ, in ihrer Außenpolitik jedoch »staatspolitisch« eine prosowjetische Politik einzuleiten bzw. fortzusetzen gewillt schienen.²¹⁵

Um der Harmonie mit den Radikalen willen, bremst die kommunistische Partei die antimonopolistischen und sozialisti-

Offensive, S. 89, stellt den Zusammenhang zwischen dem Faschismus in Deutschland und der französischen Bedrohung her. Magyar differenziert: »Es wäre indessen überaus gefährlich, den Einfluß der deutschen Ereignisse auf die Entwicklung der Faschisierung in den anderen Ländern zu überschätzen.« Er verweist auf historische Traditionen und andere modifizierende Faktoren, die die Entwicklung der bürgerlichen Demokratie zum Faschismus als nicht zwingend verdeutlichen.

²¹³ Vgl. Braunthal, S. 448.

²¹⁴ Vgl. A. Kriegel, *Le Socialisme francais et le pouvoir*, Paris 1966, S. 113 und S. 118–120.

²¹⁵ Vgl. Fußnote 190 und vor allem die Ausführungen bei Brower, S. 24/25, über E. Herriot und »radikale« Außenpolitik.

schen Reformvorstellungen der SFIO²¹⁶ und profiliert sich selbst als patriotische Partei, die auf dem Boden der demokratischen Werte und der republikanischen Tradition für die Landesverteidigung und die Aufrechterhaltung des französischen Empire eintritt.²¹⁷ »Im Zeichen des Antifaschismus konnte nun die alte ›défense républicaine‹, der Zusammenschluß der ›Gauche‹ gegen die ›Reaktion‹ — einstweilen ohne Rücksicht auf die divergierenden Wirtschaftsprogramme — mobilisiert werden.«²¹⁸

Auf der Basis des Daladierschen »ni réaction, ni révolution« konsolidierte sich das Wahlbündnis als Folge des energischen und integrativen Betreibens der kommunistischen Partei, deren Verhalten Brower in die klassische nationale politische Kultur und Linkstradition Frankreichs einordnet, als »New Jacobins«²¹⁹, als Verteidiger der Werte und Inhalte der großen französischen Revolution — nach innen und außen. Die Anpassung an die französische linksbürgerliche Ideologie, Programmatik und Parlamentstradition — zum Zeitpunkt der politischen und ökonomischen Krise des Systems — kennzeichnet Inhalt und Charakter der ›roten‹ Volksfront; sie ist insofern eine typisch französische Erscheinung.²²⁰

Den Vereinbarungen der Parteispitzen entsprechend, denen innerhalb der Radikalen und der Sozialisten heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen vorausgingen, schien die Fortsetzung, wenn nicht harmonischer, so zumindest doch loyaler Nationalpolitik möglich: einer Politik, im Sinne der KP, die ein wirtschaftlich und politisch starkes Frankreich an der Seite der Sowjetunion erstrebte, um die Gefahr eines Angriffskrieges gegen die Sowjetunion durch Nazi-Deutschland zu verhindern.

Der parlamentarische Sieg der Volksfrontkoalition²²¹ hatte in Frankreich die größte »Streikaktion seiner Geschichte«²²² zur Folge und wurde bisher im wesentlichen als spontane »Reaktion der Arbeiterschaft auf den Sieg« ihrer Parteien bewertet.²²³ Babette Gross jedoch behauptet, daß die im Mai einsetzenden Streiks gezielt von der kommunistischen Partei eingeleitet worden und als innenpolitische »Kraftprobe« gedacht

²¹⁶ Vgl. Albertini, S. 139, der ebenfalls auf die Kooperation zwischen Radikalsozialisten und Kommunisten gegen die SFIO hinweist.

²¹⁷ Vgl. Brower, S. 100.

²¹⁸ Albertini, S. 137.

²¹⁹ Browsers Untersuchung trägt den Titel ›The New Jacobins‹.

²²⁰ Albertini, S. 160.

²²¹ Von insgesamt 618 Sitzen in der französischen Kammer erhielten die Sozialisten 146, die Radikalen 116, die Kommunisten 72: die Volksfront hielt folglich mit 334 Abgeordneten im Parlament die absolute Mehrheit (vgl. Gross, S. 532).

²²² Albertini, S. 143.

²²³ Ebd.

waren.²²⁴ In seiner gründlichen empirischen Untersuchung über diese Phase relativiert Brower diese These²²⁵, indem er auf den begrenzten Zweck der ersten Streikaktionen hinweist, die in einer Atmosphäre weitverbreiteter und ungeduldigster Streikbereitschaft einsetzten: »Die französischen Arbeiter, einschließlich offenbar einer beträchtlichen Anzahl von Parteimitgliedern, befanden sich in der Folge des Volksfrontsieges in einer militanten Kampf Stimmung. Ihre Ungeduld wurde während der Streiks und der Agitation im Mai und Juni offensichtlich. Die kommunistischen Gewerkschaftsführer initiierten wahrscheinlich die sit-down Streiks, beabsichtigten jedoch, die Bewegung in überschaubaren und beeinflussbaren Grenzen zu halten. Sie waren absolut unvorbereitet auf die massive Teilnahme von über 1 Million Arbeitern. Die gesamte Partei mußte mobilisiert werden, um die innere Ordnung wieder herzustellen.«²²⁶

Aber die Bewegung schien nicht mehr kontrollierbar, die Grundlagen der Volksfront gerieten in Gefahr und damit die gesamte globalpolitische Kalkulation, die diesem Bündnis zugrunde lag. Die kommunistische Partei drohte zu ihrem eigenen Schrecken in der Tat zur Partei der Revolution zu werden: in Frankreich herrschte eine vorrevolutionäre Situation.²²⁷

Alle Anstrengungen der Parteiführung waren nun in zunehmendem Maße — ab Juni mit Unterstützung der Regierung Blum — darauf gerichtet, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, die Stabilität des Systems zu garantieren, die Radikaldemokraten im Volksfrontbündnis zu halten, die konstitutiven Bedingungen einer punktuellen und kontrollierbaren Instrumentalisierung des Streiks als innenpolitisches Druckmittel der Partei im Sinne der definierten außenpolitischen Interessen der Sowjetunion zu restaurieren. Durch Vermittlung der Regierung schließlich kommen Verhandlungen der ›Sozialpartner‹ zustande, die mit den berühmten Vereinbarungen von Matignon²²⁸ den nationalen Konflikt beizulegen versuchen: »Das Parlament erledigte unter dem unmittelbaren Druck der Streikwelle im Eiltempo die neuen Gesetze. Besonders bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der Senat, der innerlich aufs stärkste widerstrebte und auch sonst gewohnt ist, sich Zeit zu lassen. Seine Haltung ist ein Beweis für die Wucht der Bewegung.«²²⁹ Diese Vereinbarungen haben, sozialpolitisch

²²⁴ Gross, S. 533. ²²⁵ Vgl. Brower, S. 144–148. ²²⁶ Ebd., S. 140.

²²⁷ Vgl. L. Trotzki, (*Où va la France*, Paris 1958), S. 42; Brower, S. 136, konstatiert dagegen radikale Aktionsbereitschaft des Proletariats und meint, der Wunsch nach revolutionärem Wandel sei nicht vorhanden gewesen.

²²⁸ Albertini, S. 145, gibt den Inhalt der Vereinbarungen im einzelnen wieder.

²²⁹ *Der internationale Klassenkampf* 4/1936, S. 4.

gesehen, Frankreich den Weg ins 20. Jahrhundert nachvollziehen lassen mit der Regelung des neuen Verhältnisses der ›Sozialpartner‹ untereinander.

Revolutionärpolitisch betrachtet, war der juristische Orientierungsrahmen für die soziale Pazifizierung und Kodifizierung der Klassenauseinandersetzungen sanktioniert: Eine formale Position war geschaffen, von der aus vor allem die kommunistische Partei initiativ oder stornierend, vor allem aber restriktiv, operieren konnte.²³⁰ Im gleichen Maße setzte die Konsolidierung der Bourgeoisie und der politischen Rechtskräfte wieder ein. Die später als ›Pause‹ deklarierte Aufschiebung weiterer ›Reformen‹ der Regierung Blum hatte an sich mit den Vereinbarungen von Matignon begonnen, die der dynamischen Erhebung des Proletariats seine Spitze abbrachen, seinen Entmächtigungsprozeß einleiteten.

Folgerichtig war der integrative und pazifizierende Anlauf, den die Volksfrontregierung und ihre Fraktionen genommen hatten, der erste Schritt zu ihrer sukzessiven Liquidierung. Die Ankurbelung der Wirtschaftskonjunktur und Überwindung der Krise, ökonomische Stabilität und Erhöhung des Masseneinkommens, Bekämpfung und Vernichtung der faschistischen Ligen und eine, wenn auch nicht explizit festgelegte, so implizit zu erwartende prosowjetische Außenpolitik waren die Ziele der Volksfrontregierung: Sie scheiterte in allen Punkten. Die sich auf die letzte Forderung konzentrierende Politik der KPF endete mit einem Desaster: »Die KPF hatte als Instrument sowjetischer Außenpolitik total versagt«²³¹, resümiert Brower am Ende der Volksfrontpolitik der KP in Frankreich. Während die Bourgeoisie auf das Matignon-Abkommen mit sozialer Obstruktion und wirtschaftlich mit Kapitalflucht reagiert²³², müssen die Volksfrontfraktionen und die Regierung im Interesse eines ökonomischen Wiederaufschwungs eine weitere Disziplinierung, in der Konsequenz die Entpolitisierung des Proletariats explizit bewirken.²³³

²³⁰ Vgl. Borkenau, S. 148: »Doch waren es die Kommunisten, die einen sofortigen und einheitlichen Streikabbruch durchsetzen«, nachdem trotz der Vereinbarungen von Matignon Teile der Arbeiterschaft die Kämpfe fortsetzten und mehr erreichen wollten. Als Ordnungsfaktor wollten sie sich in der herrschenden politischen Koalition Gewicht verschaffen. Ende 1936 kontrollierten die Kommunisten die größten Gewerkschaften: ihr Machtzuwachs, wenn auch auf der Basis von konterrevolutionärer bürgerlichrepublikanischer Loyalität, erhöhte das Mißtrauen ihnen gegenüber im Bürgertum, entfernte sie von ihren politischen Zielen. Der Konflikt sollte nicht durch Rückgewinnung revolutionärer Praxis gelöst werden, wie die Entwicklung zeigen wird, sondern durch zunehmende Prostitution. Vgl. auch Mitzman, S. 366.

²³¹ Brower, S. 230.

²³² Vgl. die Analyse in: *Der internationale Klassenkampf* 4/1936, S. 4.

²³³ Vgl. Albertini, S. 146/147, und sein Resümee auf S. 162.

Die Kommunisten stimmen dem Liller Abkommen zu, daß die Gewerkschaften zwingt, »sich zum Verzicht auf Betriebsbesetzungen zu verpflichten«²³⁴, wie die Fabrikdelegiertenwahl nach Berufen zu staffeln. Den Franc-Abwertungen der Regierung Blum, welche Preissteigerungen und Senkung des Reallohns bedeuteten, geben sie ebenso ihre Stimme (Abwälzung der Krise folglich auf die Masse der Werktätigen), wie sie die Reformpause der Regierung Blum decken²³⁵ — das Eingeständnis der Volksfront, parlamentarisch gegen den geschlossenen Widerstand der Wirtschaft nicht mehr ankommen zu können.²³⁶ Eine Mobilisierung der Massen gegen diese Entwicklung würde die mühsam erreichte Beruhigung vom Juni möglicherweise rückgängig machen. Im Gegenteil, die integrative Beruhigungsstrategie wird fortgesetzt, die Gewerkschaft CGT »rühmt sich öffentlich, daß sie den Ausbruch zahlreicher Streiks verhindert hat«²³⁷.

Im Zusammenhang mit dem Empfang des deutschen Wirtschaftsministers Hjalmar Schacht beim Ministerpräsidenten einerseits und dem gleichzeitigen Vorwurf an die Regierung, die französisch-sowjetischen Beziehungen nicht intensiv genug zu betreiben, forciert Thorez jedoch eine innenpolitische Kampagne gegen Blum, die Verärgerung und Unruhe bei den Sozialisten und Radikaldemokraten hervorruft, zumal gleichzeitig, vor dem Hintergrund des spanischen Bürgerkrieges mit politischen Streikaktionen zur Unterstützung der spanischen Republik gedroht wird.²³⁸

Das Mißtrauen unter den Volksfrontparteien wächst, trotz weitgehend loyaler und disziplinierter parlamentarischer Mitarbeit der KPF.²³⁹ In Wahrnehmung ihrer Funktion als dynamischer Promotor einer französisch-sowjetischen Annäherung versagt sie: Die Ambivalenz ihrer Position macht es ihr unmöglich, die Unterstützung der politischen Mitte und Rechten in Frankreich dafür zu gewinnen. Zunehmend, im Laufe der Entwicklung der nächsten zwei Jahre, entfremdet sie sich ihrer Massenbasis, deren politische Loyalität im antifaschistischen Kampf und vor allem in der Propaganda für die spanische Republik aufrechterhalten werden sollte. Gerade in der letzten Frage allerdings zeigte sie eine recht widersprüchliche Haltung. Als der Bürgerkrieg seinem ersten Höhepunkt im August 1936 zutreibt, tritt sie für eine ›Front Francais‹ unter Einbeziehung der französischen Rechtskräfte ein, jener Grup-

²³⁴ *Der Internationale Klassenkampf* 4/1936, S. 5.

²³⁵ Vgl. Brower, S. 180.

²³⁶ Vgl. Mitzman, S. 383, der die Zwangslage Blums schildert, das Vertrauen im Proletariat zu behalten und bei der Wirtschaft zu gewinnen.

²³⁷ *Der internationale Klassenkampf* 4/1936, S. 5.

²³⁸ Vgl. Brower, S. 162–164.

²³⁹ Vgl. Albertini, S. 157.

pen, die mit ihren Presseorganen und sonstigen wirtschaftlichen und politischen Machtmitteln eine Intervention Frankreichs auf seiten der spanischen Republik hintertrieben und verhindert haben. Die Lösung wird auf Druck der kommunistischen und sozialistischen Basis zurückgenommen²⁴⁰, was die Partei nicht hindert, Anfang 1937 für ein Gesetz zu stimmen, »das die Regierung Blum bevollmächtigt, aufgrund eines internationalen Abkommens gegebenenfalls die Entsendung von Freiwilligen nach Spanien zu verbieten«²⁴¹.

Die französische kommunistische Partei zwingt sich in dem Maße zu außerparlamentarischen Aktionen, um ihre Bedeutung im Proletariat nicht zu verlieren, wie außerparlamentarische Aktionen der Massen eine solche Identifizierung verlangen. Im übrigen versucht sie, ihrer Aufgabe als »vertrauenswürdige« Parlamentsfraktion der Volksfrontkoalition nachzukommen, möglicherweise immer noch in der stillen Hoffnung, mit einem Kabinett unter radikaldemokratischer Leitung das Verhältnis von Frankreich zur Sowjetunion als einen eventuell noch reaktivierbaren Strang sowjetischer Bündnispolitik komplementär zu füllen: Die entpolitisierte Arbeiterschaft sowie bürgerliche Parlamentsdisziplin sind Voraussetzung dafür. Die soziale und politische Zweideutigkeit einer solchen Strategie mußte sich in der Anfangsphase der Volksfrontregierung in vielfältigen Spannungen und Krisen entladen; rückblickend kann man die Phase unter Blum als Adaptionsprozeß für politische Flexibilität unter zukünftigen nicht-sozialistischen Kabinetten werten.

So sehr sich diese Spannungen zwischen der Notwendigkeit, revolutionäre Impulse zu unterdrücken, indem man sich an die Spitze der jeweiligen Bewegungen setzte, und der Bemühung, politische Konstruktivität unter Beweis zu stellen, am Kabinett Blum entluden, so wenig sind andererseits »die Blumsche Koalitionspolitik und alle reaktionären Maßnahmen der Regierung Blum [...] (ohne) [...] die Unterstützung der KPF« denkbar gewesen. »Um so schwerer wiegt die Schuld, die die Führungen der KI und der KPF mit ihrer Volksfrontpolitik auf sich genommen haben.«²⁴² Zwar hatte sie bisher, wie Brower ausdrückt, als Mittel französischer Außenpolitik völlig versagt²⁴³, aber immerhin hatte sie es geschafft, sich dynamisierend, mit der Volksfront verbundene revolutionäre Illusionen im Proletariat zu zerstören, ohne zugleich wieder in

²⁴⁰ Vgl. Borkenau, S. 181.

²⁴¹ *Der internationale Klassenkampf* 1/1937, S. 9. Das innenpolitisch-parlamentarische Verhalten der KPF entspricht der Politik der Sowjetunion im Nichtinterventionskomitee.

²⁴² Ebd.

²⁴³ Siehe Fußnote 231.

das Stadium einer politischen Sekte zurückzusinken: Es bestand die Chance, zumindest für die folgenden drei Jahre parlamentarisches Zünglein an der Waage zu sein, ohne zugleich permanent durch ›revolutionäres‹ Engagement (= Suppression der Bewegung) im bürgerlichen Sinne kompromittiert zu sein.

Dem Blumschen Kabinett und der Blumschen Kapitulation, die die *institutionell* sichtbarste Niederlage der eigentlichen Volksfront bedeuteten, folgen die Kabinette Chautemps und Daladier, wo sich die Widerspruchskonstellation der KPF weiter zur parlamentarischen Institutionalität hin gewichtet, Streiks in ihrer Funktionalität noch transparentere Dimensionen gewinnen als bisher; die Farce der Volksfrontverpflichtung, die weder sozial, noch politisch, noch innenpolitisch-antifaschistisch, noch in der Spanienfrage je eingelöst war — denn die Accords Matignons waren Zugeständnisse an die gewaltsame Willensäußerung des Proletariats und nicht der Reformpolitik eines Volksfrontkabinetts entwachsen —, diese Farce wird als integrativer antifaschistischer Mythos und pazifizierende Gewalt ausübende ›Klamotte‹ zwanghaft aufrechterhalten.²⁴⁴

Noch ist weltpolitisch das optimale Sicherheitssystem im Interesse der Sowjetunion nicht entschieden, noch bleibt das Nazi-Reich unansprechbar für sowjetische Bedürfnisse. Frankreich bewegt sich im Kreis der eventuell doch an Wichtigkeit wachsenden Adressaten sowjetischer Rückhaltsbestrebungen. Es geht nicht mehr nur darum, die Revolution zu unterdrücken, sondern jede Äußerung in dieser Richtung als unkalkulierbaren Störfaktor zu liquidieren. Wenn schon ein Streik sich geltend machen soll, dann nicht als Ausdruck proletarischer Bedürfnisse, sondern als Semikolon im exekutiv-parlamentarischen Taktieren. Die KPF brauchte das Proletariat, um es nicht anderen Einflüssen zugänglich zu lassen — wie in Spanien. Allerdings, die Hoffnung auf unbegrenzte Manipulierbarkeit der proletarischen Klasse hat sich bis heute, selbst für die kommunistischen Parteien, noch nicht realisieren lassen.

Die Kabinette Chautemps und Daladier machen deutlich, daß sie sich des ›Beistands‹ der Kommunisten am liebsten entledigen würden, ohne selber allerdings für die ›Zerstörung‹ der Volksfront eintreten zu müssen. Die Kommunisten sind innen- wie außenpolitisch — siehe Daladier und das Münchner Abkommen — lästig und überflüssig. Doch beiden Kabinetten, die ganz erhebliche Errungenschaften der Abkommen von Matignon rückgängig machen, versichert die KPF ihrer Solidarität: Man akzeptiert Steuererhöhungen und eine zweite Devaluation. In Anlehnung an eine Äußerung von Thorez erklärt

²⁴⁴ Vgl. Fußnote 138 und Brower, S. 219.

Brower: »Die Partei verdoppelte ihre Anstrengungen, um die soziale Ruhe zu sichern und zu höherer Produktion anzureizen.«²⁴⁵

Streiks wurden als das Werk von Volksfeinden deklariert. Chautemps ebenso wie Daladier erhalten mehr Unterstützung durch die kommunistische Partei als Blum jemals zuvor, in der als nicht absolut unwahrscheinlich anzunehmenden Hoffnung auf freundlichere Initiativen in der französischen Ostpolitik.²⁴⁶

Trotzdem wird ein relativ kleiner Streik in Paris von Chautemps zum Anlaß genommen, den Kommunisten die »Freiheit des politischen Handelns« zurückzugeben.²⁴⁷ Sie beharren jedoch auf dem Volksfrontbündnis und sind zu noch weiteren Zugeständnissen dem Daladier-Kabinetts gegenüber bereit, das nun auch auf die restlichen Errungenschaften von 1936 übergreift; die 45-Stunden-Woche wird wieder eingeführt, Streiks werden abgebrochen²⁴⁸ — im nationalen Interesse: In der Rüstungswirtschaft finden überhaupt keine Klassenauseinandersetzungen mehr statt.²⁴⁹

Die KPF versteigt sich dazu, der französischen Bourgeoisie Sabotage in der Aufrüstungspolitik vorzuwerfen.²⁵⁰ »Der Zweck der von Blum propagierten und von einer neuen Regierung bereits praktisch in Angriff genommenen Burgfriedenspolitik ist die *Militarisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens* Frankreichs, die Verstärkung der Aufrüstung, die Umstellung auf die Kriegswirtschaft, der Abbau der Rechte und Errungenschaften der Arbeiter im Interesse der Beschleunigung der Aufrüstung, so der 40-Stunden-Woche und der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter [. . .] Es kann deshalb mit Fug und Recht gesagt werden, daß Blum und alle diejenigen, die seine Burgfriedenspropaganda unterstützten, dem Faschismus in Frankreich selbst die wirksamste Vorarbeit leisten, die ihm bisher geleistet worden ist. Daran ändern alle Phrasen der Burgfriedenspolitiker gegen den Faschismus in anderen Ländern nicht das mindeste.«²⁵¹

Daladier versucht sich trotzdem mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu arrangieren. Das Münchner Abkommen verschiebt die Preisgabe Frankreichs um ein Jahr. Die Reaktion auf das Münchner Abkommen ist ein Generalstreikversuch der KPF — vor dem Hintergrund latenter sozialer Unruhe und

²⁴⁵ Ebd., S. 193; vgl. auch *Der internationale Klassenkampf* 2/1938, S. 6.

²⁴⁶ Vgl. Fn. 190 u. 215.

²⁴⁷ Brower, S. 202.

²⁴⁸ Vgl. Borkenau, S. 198/199.

²⁴⁹ Vgl. Brower, S. 240; Albertini (1959), S. 153, schränkt diese These ein, zumindest was die *Flugzeugindustrie* betrifft.

²⁵⁰ Vgl. *Der internationale Klassenkampf* 1/1938, o. S.

²⁵¹ Ebd.

partieller Streikbereitschaft. Doch der Streik als Mittel für (außen-)politische Zwecke der Partei war abgenutzt; die Verschlechterung ihrer politischen und sozialen Situation mit Hilfe der KPF hat ehemalige Gefolgsleute wie Mitglieder in die Resignation getrieben. Vereinzelte Streiks werden niedergeschossen: Eine reale Machtauseinandersetzung zwischen Regierung und Proletariat hat nicht mehr stattgefunden. Daldier siegt ohne eigentlichen Kampf. Der letzte Gefallen, den die KPF der sowjetischen Außenpolitik vor Kriegsbeginn noch tun konnte, bewies erneut, daß sie als Instrument der Interessen der Sowjetunion völlig versagt hatte.²⁵²

Zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit war eine große europäische Partei existentiell — politisch, theoretisch und moralisch — gescheitert. Nicht, weil sie revolutionär war, sondern weil sie antirevolutionär und folglich machtlos war. Ihre Machtlosigkeit war das Resultat einer Politik mit doppeltem Boden. Während sie vorgab — und das zum Teil erfolgreich —, Repräsentanz und effektvolle Transmissionsapparatur der Bedürfnisse des Proletariats zu sein, war sie realiter parlamentarische Lobbyistin der Sowjetunion und damit in einer Position, die alle Formen exogen-inspirierten politischen Verhaltens möglich machten, aber keine Politik betreiben konnte, die der Unterstützung der realen Klassenauseinandersetzungen entsprach. Die Strategie der Glaubwürdigkeit (jedoch faktischen Prostitution) hat im französischen Bürgertum nicht verfangen, im Gegenteil: Die Existenz der letztlich handlungsunfähigen und schwächlichen Volksfront begünstigte, wie Truchanowski schreibt, die Befürworter einer Politik der Anlehnung an Deutschland und Italien.²⁵³ »Die Front Populaire war weit davon entfernt, jenes mutige Experiment zu sein, das von üblen Mächten paralyisiert wurde, die es auf ihre Vernichtung abgesehen hatten, denn diese Mächte waren niemals wirklich herausgefordert worden. Im Gegenteil, die Front Populaire repräsentierte eine ziemlich hybride Koalition von Linkskräften, die alle vorgaben, ihre jeweiligen politischen Ziele dem gemeinsamen Ziel unterzuordnen — der Bedrohung durch Faschismus und Krieg entgegenzuwirken, Frankreichs Wirtschafts- und Sozialstruktur den Bedingungen des 20.

²⁵² Zu den Vorgängen im einzelnen vgl. Borkenau, S. 200–205, und Brower, S. 219–230.

²⁵³ Truchanowski, S. 348: »Für die Bestrebungen der englischen Reaktion, die ihre Gedanken besonders deutlich werden ließ, sind Ausführungen der konservativen Zeitung ›Daily Mail‹ außerordentlich charakteristisch. Sie schrieb am 16. Juni 1936 über den Sieg der Volksfront in zwei europäischen Ländern: ›Wenn die Seuche des Kommunismus, die sich jetzt in Spanien und Frankreich ausbreitet, auf andere Länder übergreift, dann werden für uns jene Regierungen die nützlichsten Freunde sein, die diese Seuche in ihren Ländern vernichtet haben: die deutsche und italienische.«

Jahrhunderts anzupassen —, die aber alle auch zugleich, wie wir sahen, ihre widerstreitenden Ziele verfolgten. Die Hoffnungen und der Anstoß für eine wirkliche Veränderung kamen von unten, aber sie wurden im Keime erstickt durch die Männer an der Spitze, deren Nerven versagten. Das ist die wahre Tragödie der Volksfront.«²⁵⁴

Die Tatsache, daß die französische KP ihre Niederlage²⁵⁵ im Vergleich zur deutschen kommunistischen Partei, deren Mitglieder fast insgesamt physisch liquidiert worden waren, relativ ungeschwächt überlebt hat²⁵⁶, trotz ihrer Anbiederungspolitik an die Paris besetzenden faschistischen deutschen Truppen im Jahre 1940²⁵⁷, ist der ab 1941 einsetzenden populären Widerstandspolitik im Zweiten Weltkrieg zu verdanken, wie dem eigentlichen sozialpolitischen Charakter ihrer Mitgliedschaft, die die Partei weniger als revolutionäre, denn als radikalgewerkschaftliche und patriotische verstanden²⁵⁸ und die Konsequenzen der Abhängigkeit zur Sowjetunion weniger scharf erkannt hatte. Mit dem Nachlassen des unmittelbaren Subordinationsverhältnisses der kommunistischen Parteien, wie auch der KPF, zur Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg konnte das verfestigte radikale Reformbewußtsein eines großen Teils der französischen Arbeiterschaft, als Resultat des Lern(= Anpassungs)prozesses der dreißiger Jahre, in der französischen kommunistischen Partei wieder seinen Ausdruck finden, anknüpfend am Mythos der Volksfront²⁵⁹,

²⁵⁴ H. Mitchell, *Front Populaire; whose tragedy*, in: *Journal of social history*, Berkeley and Los Angeles 1968, S. 80; ähnlich auch Gross, S. 305.

²⁵⁵ Vgl. Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.), *Der Faschismus in Deutschland*, Frankfurt 1973, S. 210: »Nach dem Staatsstreich Louis Napoleon III. schrieb F. Engels an K. Marx (11. Dez. 1851): »Und es ist gar nicht zu leugnen, daß wenn die revolutionäre Partei, in einer revolutionären Entwicklung anfängt, entscheidende Wendepunkte passieren zu lassen, ohne ein Wort dreinzusprechen, oder wenn sie sich einmischt, ohne zu siegen, sie mit ziemlicher Sicherheit als für einige Zeit kaputt angesehen werden kann.« »Kaputt« ist eine revolutionäre Partei auch dann, wenn sie, allen rhetorischen Beteuerungen zum Trotz, sich in der Tradition des Reformismus einrichtet.

²⁵⁶ Hobsbawm, S. 91: »Fast überall in Europa gingen die kommunistischen Parteien aus der Periode des Antifaschismus stärker hervor und waren — wenigstens zeitweise — in der jeweiligen nationalen Arbeiterklasse tiefer verwurzelt als davor. In Deutschland dagegen eliminierte Hitler die kommunistische Partei als Massenbewegung.«

²⁵⁷ Vgl. Braunthal, S. 534: »[. . .] und schon am Tage des deutschen Einmarsches in Paris erbat die kommunistische Parteiführung von den deutschen Behörden die Erlaubnis, die Humanité, die verboten gewesen war, wieder legal erscheinen zu lassen. Sie verpflichtete sich, »die Intrigen der britischen Agenten bloßzustellen, die die französischen Kolonien in den Krieg hineinzerrren wollen«, sie würde »die Kolonialvölker aufrufen, gegen die imperialistischen Unterdrücker für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen«, und würde »für den Abschluß eines französisch-sowjetischen Freundschaftspaktes als Ergänzung zum deutsch-sowjetischen Pakt eintreten.«

²⁵⁸ Vgl. Brower, S. 231.

²⁵⁹ Zur Aktualität des Volksfrontmythos vgl. Guérin, S. 9.

deren historische Realität überhöht und verschleiert wird, im Interesse aktueller Volksfrontreformpolitik und parlamentarischer Koalitionen.²⁶⁰

Volksfront in Spanien

Der außenpolitische Interessenkanon der Sowjetunion läßt sich an ihrem Interventionssystem und ihrem Verhalten in der spanischen Revolution wie im Bürgerkrieg deutlicher und desillusionierender noch ablesen als in Frankreich, dessen Niedergang der Volksfrontpolitik zu explizieren vor allem in der Absicht geschehen war, den *inneren* Selbstzerstörungs- und Vergewaltigungsprozeß nicht nur der ›revolutionären‹ Bewegung, sondern auch der Reform aus dem Abhängigkeitsverhältnis eines gewichtigen Teils der französischen Arbeiterbewegung zum sowjetischen Staat zu erklären.

In Spanien, dessen faschistische Seite ebenso wie die republikanische vor externer Unterstützung abhängig war, sind sowjetisches Material, sowjetische Mittel – staatliche und internationalistische –, sowie sowjetische Unterdrückungsmethoden *direkt* in die Dirigierung der Ereignisse eingeschaltet.²⁶¹ Der Verlauf der spanischen Revolution, des Bürgerkrieges und der Niederlage wird zum Spiegelbild gesamtsowjetischer Westeuropapolitik und westorientierter Bündnishoffnungen.

Der Anwendung des Kerns der Volksfronttheorie, der Kanalisierung revolutionärer Entwicklungen in Richtung bürgerlich-demokratischer Herrschaftsverhältnisse unter Betonung der ›demokratischen Werte‹ im Zeichen der antifaschistischen Verteidigung mußte in Frankreich wie in Spanien eine wohl graduell unterschiedliche, im Prinzip aber gleichartige Argumentationspyramide zugrunde liegen. Während die theoretisch-prinzipielle Begründung der Volksfront in Frankreich ihre Untermauerung in der Neubestimmung der ›Übergangsform‹ fand, die zur Deckung der pragmatisch antifaschistisch-demokratischen Politik diente, wird dieser Staffellung der Bürgerkriegsvolksfront in Spanien die noch grundsätzlichere historische Etappenbestimmung vorangestellt. »In Ländern, in denen eine *bürgerlich-demokratische Revolution* sich entwickelt,

²⁶⁰ In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund des historischen Verlaufs der französischen Volksfront sollte folgende These von N. Poulantzas reflektiert werden, wiedergegeben bei Offe, S. 65: »Man kann festhalten, daß der kapitalistische Staat nur dann den Interessen der kapitalistischen Klasse am besten dient, wenn die Mitglieder dieser Klasse nicht direkt am Staatsapparat partizipieren, das heißt, wenn die herrschende Klasse nicht die politisch regierende Klasse ist.« Eine praktische Umsetzung dieser These scheidet allerdings in der Regel an der politischen ›Irrationalität‹ der herrschenden Schichten.

²⁶¹ Vgl. Braunthal, S. 482.

könnte eine Regierung der Volksfront zur Regierung der demokratischen Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauernschaft werden«²⁶², erklärt Dimitroff 1935 auf dem 7. Weltkongreß in Anlehnung an die Theorie der ›national-revolutionären‹ kolonialen Revolution.²⁶³

In Ignorierung der von Lenin vorgenommenen Einschränkung anzunehmen, »daß das kapitalistische Entwicklungsstadium für die zurückgebliebenen Völker unvermeidlich sei«²⁶⁴, wird die bürgerlich-demokratische Etappenbestimmung trotz der antifeudalistisch-antikapitalistischen Revolution 1936 in Spanien zur historischen Zwangsphase dogmatisiert, den Opportunitäten der Volksfronttaktik entsprechend²⁶⁵, wobei die spontane Faktizität und Qualität der aus dem Widerstand gegen den faschistischen Putsch geborenen proletarischen Revolution kurzerhand ignoriert wird. »Um diese Zeit war Spanien [. . .] das schwächste Kettenglied der kapitalistischen Welt.«²⁶⁶ Seine »Revolution [. . .] lieferte der Welt eines der fortgeschrittensten Beispiele revolutionärer Bedingungen seit dem Jahr 1917 in Rußland.«²⁶⁷

Nur die gegen den Putschversuch des Militärs spontan entstandenen revolutionären Komitees paralyisierten die militärische Überraschungsaktion der Generäle und garantierten die Aufrechterhaltung der Restistance über Monate hinweg. Sie waren Ausdruck des Widerstands und des sozialen Trans-

²⁶² Dimitroff, *Offensive*, S. 254.

²⁶³ Vgl. W. I. Lenin, Bericht der Kommission für die nationale und die koloniale Frage. Ausgewählte Werke, Bd. III, Berlin 1966, S. 525/526; im einzelnen setzt sich R. Holzer, *Der Wandel der Zwei-Phasen-Theorie der Kolonialen Revolution vom II. bis zum VI. Weltkongreß der Komintern und seine Ursachen*, Berlin 1970, Dipl. Arbeit am Otto-Suhr-Institut, mit dieser Thematik auseinander. Er hält fest, daß Lenins Position darauf beruhte, die kolonialen Völker in die antiimperialistischen Kräfte mit einzubeziehen; dort stände die bürgerlich-demokratische Revolution auf der Tagesordnung, deren Ziel, neben der Zerstörung der vorkapitalistischen Verhältnisse notwendigerweise auch antiimperialistisch sein müsse.

²⁶⁴ Lenin, *ebd.*, S. 529.

²⁶⁵ Vgl. *Der Internationale Klassenkampf* 4/1936, S. 3: »Die Sprecher der KP Spaniens haben sich zur Rechtfertigung der Fortführung der Volksfrontpolitik auch während des Bürgerkriegs bisher damit begnügt, ständig die Versicherung zu wiederholen, daß sich Spanien in der Phase der bürgerlich-demokratischen Revolution befinde, die zu überschreiten ›Abenteuerertum‹ sei.« Vgl. ebenso F. Claudin, *Spain – The Untimely Revolution*, in: *New Left-Review* 74/1972, S. 7 oder Braunthal, S. 479 oder B. Bollton, *The Grand Camouflage, The Spanish Civil War and Revolution*, 1936 bis 1939, London 1968, S. 101.

²⁶⁶ Broué/Témime, S. 33.

²⁶⁷ Mandel (o. J.), S. 16, ebenso *Der internationale Klassenkampf* 4/1936, S. 3; dagegen versucht Ercoli, über die Besonderheiten der Spanischen Revolution, in: *Der Internationale Klassenkampf* 11, 12/1936, S. 1103, in brillanter Arroganz, die Ausgangsbedingungen der spanischen Revolution von der russischen zu unterscheiden, deren Einmaligkeit von den historischen Ereignissen in Spanien offenbar nicht infrage gestellt werden soll.

formationswillens großer Teile des Agrar- und Industrieproletariats Spaniens²⁶⁸ und bildeten in den unterschiedlichsten Formen, chaotisch und diffus ebenso wie schöpferisch und konstruktiv, die revolutionären Keimzellen einer sozialistischen Gesellschaft. Ihre Funktionen erstreckten sich auf alle Bereiche der gesellschaftlichen Produktion, Reproduktion und Administration. Der politische Horizont der Träger dieser so unmittelbar erfolgreichen Experimente und der direkt partizipierenden Basis war im wesentlichen von anarchosyndikalistischen Traditionen geprägt (die anarchistischen Organisationen vereinigten den größten Teil des spanischen Industrie- und Landproletariats), ebenso aber auch von linkskommunistischen und linkssozialistischen Gruppierungen, wobei die letzteren von Largo Caballero repräsentiert wurden, der den gewichtigen (linken) Gewerkschaftsapparat der spanischen Sozialdemokraten führte.²⁶⁹ Im faschistischen Teil Spaniens war Franco nach kurzer Zeit unumstrittene Führungsfigur; im republikanischen Teil hatten die revolutionären Komitees die Macht inne, und die Einflußsphäre der legalen Volksfrontregierung war identisch mit dem Gemeindeverwaltungsbereich der Stadt Madrid.²⁷⁰

Die unmittelbare Chance und Forderung der Konsolidierung einer proletarischen Revolution stand auf der welthistorischen Tagesordnung; keine der anarchistischen, kommunistischen und sozialistischen Parteien oder Gewerkschaften sollte sich als fähig oder willens erweisen, ein »Minimum an revolutionärer Kühnheit und Organisation«²⁷¹ aufzubringen, die Dynamik des in Gang gebrachten Prozesses umzusetzen und zu erweitern: am wenigsten die kommunistische Partei Spaniens. Die aktuelle Alternative ›Revolution oder Konterrevolution‹ löste sie auf in der kanonisierten Volksfrontformel:

²⁶⁸ Vgl. Broué/Témime, S. 36: »Von den 11 Millionen Erwerbstätigen, die Spanien um 1931 zählte, waren schätzungsweise 8 Millionen ›Arme‹, die sich gerade über Wasser halten konnten: 1 Million kleine Handwerker, 2–3 Millionen Landarbeiter, 2–3 Millionen Industriearbeiter und Bergleute, 2 Millionen Kleinpächter und Kleinbauern. Am anderen Extrem zählte man 1 Million Privilegierte, im Rahmen der halbkolonialen Gesellschaftsstruktur weitgehend parasitäre Elemente: Beamte, Geistliche, Militärs, Intellektuelle, Großgrundbesitzer, reiche Großbürger. Zwischen Reiche und Arme schoben sich 2 Millionen Angehörige der ›Mittelschichten‹.«

²⁶⁹ Zum Spektrum der politischen Organisationen, ihrer Stärke und ihrer politischen Tradition vgl. ebd., S. 63–87.

²⁷⁰ Vgl. Claudin, S. 10; er spricht zur Charakterisierung dieses Zustandes von »Triple Power«.

²⁷¹ Mandel, S. 16, vgl. auch *Der internationale Klassenkampf* 4/1936, S. 1: »In dem Feuer des spanischen Bürgerkrieges werden die Stellungen des Reformismus der Zweiten Internationale, der Volksfrontpolitik der Dritten Internationale, des Syndikalismus-Anarchismus mit revolutionärer Gründlichkeit geprüft.«

Faschismus versus bürgerliche Demokratie, ungeachtet der Tatsache, daß letztere in Spanien faktisch nicht mehr existent war.

Der theoretischen Liquidation der Revolution folgte ihre praktische, als Restauration des bürgerlichen Staates.²⁷² »Das spanische Volk löst die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution«²⁷³, schreibt Ercoli (Togliatti), Kominternbeauftragter und eigentlicher Leiter der kommunistischen Partei Spaniens im Bürgerkrieg²⁷⁴, im November 1936. »Das bedeutet die Notwendigkeit, im Interesse der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes die Agrarfrage durch Beseitigung der auf dem Lande herrschenden Feudalverhältnisse zu lösen. Das bedeutet die Notwendigkeit, die Bauern, die Arbeiter und die gesamte werktätige Bevölkerung von der unerträglichen Last des veralteten wirtschaftlichen und administrativen Systems zu befreien. Das bedeutet ferner die Notwendigkeit, die Privilegien des Adels, der Kirche, der religiösen Orden abzuschaffen, die Notwendigkeit, die keiner Kontrolle unterliegende Macht der reaktionären Kasten zu brechen. [. . .] Das spanische Volk löst auf neue Art die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, die den tiefgehendsten Interessen der breitesten Massen entspricht.«²⁷⁵

Die selbstsichere Arroganz und der verächtliche Zynismus dieser Äußerungen eines ›revolutionären‹ Kommunisten können und wollen die Frage nach dem cui bono einer solchen ›Analyse‹ und der von ihr verbrämten nun folgenden Praxis nicht verdecken. »Das Problem war, daß das spanische Proletariat diese vernünftigen Grenzen längst weit hinter sich gelassen hatte. In den Wochen nach dem 19. Juli war das kapitalistische System im republikanischen Bereich Spaniens praktisch beseitigt worden: Produktions- und Machtmittel waren in die Hände der Arbeiterorganisationen übergegangen.«²⁷⁶

Für die spanischen Kommunisten hieß die Konsequenz der von Ercoli vorgegebenen Richtlinien jedoch erstens die Entrevolutionierung und Liquidierung der bisherigen Errungenschaften und zweitens die Rekonstituierung des kaum noch vorhandenen bürgerlichen Staats-, Rechts-, Militär- und Wirt-

²⁷² Vgl. Claudin, S. 16.

²⁷³ Vgl. Ercoli, Spanische Revolution, S. 1103.

²⁷⁴ Vgl. Thomas, S. 176.

²⁷⁵ Ercoli, Spanische Revolution, S. 1102/3; in der DDR-Geschichtsbeurteilung wird das damalige Spanien als »demokratische Republik neuen Typs« betrachtet, »in der der Faschismus geschlagen ist« (vgl. H. Kühne, Revolutionäre Militärpolitik 1936–1939, Berlin 1969, S. 27/28). A. Sywottek, Deutsche Volksdemokratie, Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971, S. 77, hebt den Vorbildcharakter des neuen Typs der Demokratie in Spanien für die deutschen Kommunisten hervor, die ihre ›Realisierung‹ in der DDR finden sollte.

²⁷⁶ Claudin, S. 15.

schaftsapparates.²⁷⁷ Die machtpolitischen Voraussetzungen für die Durchsetzung eines dergestaltigen Restaurationskataloges folgen aus der oppressiv nutzbaren Monopolstellung der Sowjetunion als Waffen- und Nachschubliefereant für das republikanische Spanien.²⁷⁸

Die in diesem Zusammenhang Gewicht und Macht gewinnende kommunistische Partei Spaniens wird zum innenpolitischen Exekutor der dekretierten Strategie²⁷⁹: Auf ihrer Tagesordnung steht nicht die Revolution, sondern das Bündnis mit dem »Schatten der Bourgeoisie«²⁸⁰. Die Chancen und Konsequenzen einer Revolutionierung Spaniens scheinen zu absurd, als daß man sie noch diskutieren könnte.²⁸¹

Von ihrem ersten Tage an war die spanische Revolution ein internationaler Konflikt von außerordentlicher Relevanz. »Wenn der beginnende Bürgerkrieg sich nur zwischen den spanischen Gegnern abgespielt hätte, würde es wenig Zweifel an seinem Ausgang gegeben haben. Aber da der Bürgerkrieg in Spanien zwangsläufig ein Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution war, entwickelte er sich automatisch zu einem internationalen Problem.«²⁸² Ökonomisch waren britische und französische Kapitalanlagen durch die Revolution und ihr weiteres Vordringen unmittelbar bedroht. Frankreich mußte im besonderen ein Überspringen des revolutionären Funken auf die französische Arbeiterklasse befürchten. Zugleich bestand »die Gefahr der revolutionären Erschütterung des afrikanischen Kolonialbesitzes«²⁸³, des französischen wie des englischen, durch die Dekolonisierung Spanisch-Marokkos.

Weder Hitlerdeutschland jedoch, »noch das faschistische Italien hatten in Spanien größere Kapitalanlagen zu verteidigen«²⁸⁴. Ihre prompte Intervention war zunächst einmal vornehmlich politisch motiviert und lief auf eine Veränderung des

²⁷⁷ Vgl. *Der internationale Klassenkampf* 1/1937, S. 4–5.

²⁷⁸ L. Trotzki, *Spanische Lehren*, Berlin 1937, S. 16 und 25, leugnet, daß der Beginn sowjetischer Waffenlieferungen Ausdruck revolutionärer Solidarität war.

Claudin, S. 17 behauptet die unabdingbare Angewiesenheit der Republik auf sowjetische Waffenlieferungen, während *Der Internationale Klassenkampf* 3/1937, S. 4, feststellt, daß »eine Regierung der proletarischen Diktatur [...] mit den reichen Gold- und Valutamitteln, die der Volksfrontregierung zur Verfügung standen, mindestens ebensoviel und ebenso rasch moderne Kampfmittel« hätte beschaffen können.

Vgl. auch Broué/Témime, S. 459, und Beloff, S. 32.

²⁷⁹ Broué/Témime, S. 289/294.

²⁸⁰ Trotzki, *Spanische Lehren*, S. 5.

²⁸¹ Vgl. dazu *Der internationale Klassenkampf* 4/1936 zu den zu realisierenden Inhalten einer revolutionären Politik und deren Chancen in der gegebenen Situation. Vgl. ebenfalls die Argumentation Mandels, S. 16 bis 21.

²⁸² Claudin, S. 14.

²⁸³ *Der internationale Klassenkampf* 1/1937, S. 1.

²⁸⁴ Ebd., S. 2.

Status quo im Mittelmeerraum hinaus, auf den Ausbau von Machtpositionen, die englische und französische Interessen unmittelbar bedrohen müßten und als Druckmittel gegen die bürgerlichen Regime eingesetzt werden könnten.

Die dezidierte Neutralitätspolitik auf britischer Seite und die zögernde Haltung Frankreichs, das durch einen Sieg Francos von faschistischen Mächten eingekreist und politisch zunehmend isoliert sein würde, brachte die Sowjetunion in eine schwierige Position.²⁸⁵ Sie ging einmal davon aus, daß Frankreich als unmittelbar bedrohtestes Land militärisch initiativ werden müßte, hielt sich jedoch selbst als der für Frankreich zu der Zeit ansprechbarste Bündnispartner zur Durchsetzung einer solchen Politik zurück.²⁸⁶

Mit zunehmender Eskalation der Waffenlieferungen der faschistischen Staaten und Beibehaltung der unentschlossenen Neutralitätspolitik der Westmächte, spitzte sich der Zwang, eine endgültige Entscheidung in dieser Lage zu treffen, für die Sowjetunion zu. Sie mußte daran interessiert sein, auf der Basis bilateraler und multilateraler Sicherheitssysteme gegen die faschistischen Staaten einen Sieg Hitlers und Mussolinis in Spanien zu verhindern, dessen Möglichkeit ab Oktober/November 1936 in greifbare Nähe rückte. Die Zerschlagung der legalen spanischen Republik bei passiver Tolerierung durch die Westmächte hätte in aller Unmittelbarkeit die Schwäche der Westorientierung offenbart und das mühsam erstrebte Bündnissystem einer ernsthaften Belastungsprobe, wenn nicht seinem frühzeitigen Zerfall ausgesetzt.

Der sowjetische Interventionsentschluß fiel Ende August/Anfang September 1936 und war von der gezielten Absicht geleitet, so schreibt Cattell »eine Koalition zwischen Rußland und den demokratischen und Linksregierungen zustande zu bringen, um gemeinsam Deutschlands Aggressionsabsichten zu durchkreuzen und um Hitlers Aufrüstung auf dem Schlachtfeld zu verringern und zu verhindern. Diese beiden Absichten konnten – gleichermaßen vorteilhaft für Rußland – gleichzeitig verfolgt werden.«²⁸⁷ Doch eine koordinierte politische und militärische Aktion kam nie zustande. Franco und Mussolini waren nicht *die* politische Bedrohung für Großbritannien und Frankreich, von der die Sowjetunion ausgegangen war. Ihre als Initialzündung gedachte militärische Intervention, die zugleich auch den drohenden Verlust vor der internationalen Volksfrontbewegung verhinderte, entpuppte sich als fundamentale politische Fehlkalkulation.

²⁸⁵ Vgl. Fn. 192.

²⁸⁶ Vgl. D. T. Cattell, *Soviet Diplomacy and the Spanish Civil war*, Berkeley, Los Angeles 1957, S. 24.

²⁸⁷ Ebd., S. 37.

Auch die energisch betriebene Wiederherstellung bürgerlich-demokratischer Herrschaftsverhältnisse im revolutionären Teil Spaniens vermochte die politische Reserve und das machtpolitische Mißtrauen nicht aufzuheben — eher im Gegenteil. Hieß das Problem für die Westmächte bisher Verhinderung und Zerstörung der Revolution, ohne daß Hitler und Mussolini in Spanien Fuß fassen konnten, so verschob sich nun der Alternativkatalog, vom Standpunkt der entscheidenden politischen, ökonomischen und bürokratischen Machtträger in Großbritannien und Frankreich aus gesehen, zur Wahl zwischen »Faschismus und Bolschewismus«²⁸⁸. Die schrittweise offensichtlicher werdende und schließlich endgültige Entscheidung, ein neutrales Franco-Spanien zu favorisieren, die durch die britisch-französische (und anfänglich auch sowjetische) Nicht-interventionspolitik ohnehin antizipiert war, wurde durch die sowjetische »Preissenkung«, d. h. die zunächst theoretische und dann praktische Liquidierung aller revolutionären Ausdrucksformen und Einflüsse im republikanischen Spanien eher beschleunigt. Der spätere unkontrollierbare und willkürliche Einsatz sowjetischer Geheimpolizei unterhalb der staatsdemokratischen Legalität in Spanien, deren Wiederherstellung und Aufrechterhaltung zu betonen die Kommunisten nicht müde wurden, mußte international als innenpolitische bolschewistische Machtdemonstration verstanden werden, die man schon immer unterstellt hatte und deren beunruhigende Wirkung auf die demokratische Weltöffentlichkeit auch der sowjetischen Führung nicht verborgen gewesen sein konnte.

Es hat fast den Anschein, daß trotz (oder wegen) der Erfolglosigkeit des Engagements im demokratischen Spanien, dessen militärische Unterstützung ab Mitte 1937 spürbar nachließ²⁸⁹, die Vernichtung der Revolution und der Revolutionäre aller Schattierungen zum »Selbstzweck« geworden ist.²⁹⁰

Die Hoffnung Durruttis, eines der populärsten und dynamischsten Anarchisten Spaniens, ohne Rücksichtnahme auf die welt- und revolutionspolitischen Kalkulationen der Sowjetunion ein revolutionäres spanisches Exempel statuieren zu können, sollte sich als Illusion erweisen²⁹¹, als Ausdruck jenes voluntaristisch-anarchistischen »Dualismus von Sein

²⁸⁸ Vgl. Beloff, S. 28.

²⁸⁹ Vgl. Fußnote 310.

²⁹⁰ Claudin, S. 30–31: »Eine spanische sozialistische Republik dieser Art, unabhängig von Stalin und der Komintern — was der Fall hätte sein müssen — hätte eine Waffe besessen, die Stalin am meisten fürchtete: Die Waffe der offenen Kritik und die Fähigkeit, vor dem Weltproletariat in klaren Worten das Verhalten Moskaus zu entlarven, sollte es Hilfe für die spanische Revolution verweigern.«

²⁹¹ Vgl. F. Morrow, *Revolution and Counterrevolution in Spain*, London 1938, S. 188–189.

und Sollen«²⁹², der wohl die alte Realität zum Zersplittern zu bringen vermochte, der neuen Realität jedoch und der Brutalität ihrer Tatsächlichkeit nicht gewachsen war.

Die Abhängigkeit der spanischen Republik und ihrer kommenden Entwicklung von den außenpolitischen Zielvorstellungen der UdSSR dokumentierte sich anlässlich der Bildung der ersten Neo-Volksfrontregierung unter Largo Caballero, der mit taktischem Geschick von Rechtssozialisten und Kommunisten als Nicht-Anarchist und Nicht-Bolschewist als die politisch geeignetste Integrationsfigur des einzuleitenden Restaurationsprozesses unterstützt wurde.²⁹³ Unter schließlicher Beteiligung aller (auch der anarchistischen) Arbeiterorganisationen kam die als »revolutionäre Arbeiterregierung« geplante und nach ihrer Konstituierung als Volksfrontkabinett deklarierte Regierung Caballero zustande. Auf direkte Intervention des sowjetischen Botschafters Rosenberg jedoch, der das Druckmittel sowjetischer Waffenlieferungen ins Spiel brachte, wurde die Aufrechterhaltung der republikanischen Legalität durchgesetzt und die Einbeziehung bürgerlich-demokratischer Minister in das Kabinett erzwungen.²⁹⁴

Die Praktikabilität einer faktischen »Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront«²⁹⁵ sollte sich nun nicht am Vorabend der Sowjetrevolution, sondern am Morgen danach erweisen; ihre objektive Funktion war die Wiederherstellung der staatlichen Autorität.²⁹⁶ Politisch treibende Kraft dieser Konzeption wurde die spanische kommunistische Partei, in Kooperation mit den Rechtssozialisten und den linken bürgerlichen Demokraten. »Militärisch und wirtschaftlich war die Politik der bürgerlichen Republikaner praktisch mit jener der Kommunisten identisch. Fast mit den gleichen Worten wie die Pasionara (eine der bekanntesten KP-Führerinnen, G.P.) forderte Azana (der Präsident der Republik, G.P.) bei einem seiner seltenen Auftritte in der Öffentlichkeit am 21. Januar 1937 in Valencia »eine Kriegspolitik, die nur eins kennt: Disziplin und Gehorsam gegenüber der verantwortlichen Regierung der Republik.«²⁹⁷ Der prinzipiellen Revision der spanischen Revolution durch

²⁹² H. Mayer, *Autorität und Familie in der Theorie des Anarchismus*, o. O. o. J., S. 58.

²⁹³ Vgl. Claudin, S. 20; was die Teilnahme der KPS betrifft, siehe Thomas, S. 214–215; Morrow charakterisiert diesen Akt der »revolutionären« Kabinettsbildung knapp als Beginn der Konterrevolution (S. 46); zur Funktion des Kabinetts Caballero grundsätzlich vgl. Broué/Témime, S. 244 ff, und vor allem S. 324–335.

²⁹⁴ Vgl. Broué/Témime, S. 245; Claudin, S. 17.

²⁹⁵ Dimitroff, *Offensive*, S. 120; vgl. vor allem die Ausführungen und Kritik dazu im ersten Kapitel dieser Arbeit.

²⁹⁶ Vgl. Fußnote 293, sowie Claudin, S. 23.

²⁹⁷ Thomas, S. 285.

ihre Rückschraubung in das bürgerlich-demokratische Stadium folgt die pragmatische Argumentation, die behauptet, daß der Sieg im Bürgerkrieg nur durch Stornierung aller revolutionären Experimente und Konzentrationen aller Kräfte auf die militärische Kriegsführung erreicht werden kann: »Gegen alle, die von der Weiterführung der Revolution sprachen, wurde ein wütender Feldzug entfesselt. Ohne den Krieg gewonnen zu haben, betonte Diaz (der kommunistische Parteivorsitzende, G.P.), könne man keine Revolution machen; der Krieg sei wichtiger als alles andere.«²⁹⁸

»Wenn Krieg nur ein technisches und militärisches Problem wäre, würde es sehr schwierig sein, den Beitrag der kommunistischen Partei Spaniens, der Komintern und der UdSSR im Kampf der Spanier gegen den Faschismus zu kritisieren,«²⁹⁹ setzt Claudin dieser Konzeption entgegen, zumal die soziale Kraft und die Ereignisse der spanischen Revolution vom Juli 1936 dieser Ideologie ins Gesicht schlugen. Aber nicht nur die Rücksicht auf das demokratische Ausland, dessen Unterstützung um jeden Preis herbeigedienert werden sollte³⁰⁰, begründet die Trennung von revolutionärem Kampf und Widerstand und sozialem Inhalt, die Zerstörung der Revolution und den Aufbau eines bürgerlichen ›Pflichtdienstheeres‹, sondern auch die Absicht, sich auf diese Weise Machtmittel zu schaffen, die den politischen Strategien der kommunistischen Partei, der Komintern und der UdSSR in Spanien zu entsprechendem Nachdruck verhelfen konnten.³⁰¹

Die Gesamtheit aller konterrevolutionären, antisozialistischen und autoritären Maßnahmen der spanischen kommunistischen Partei war legitimiert in einem Beschluß des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern vom 28. 12. 1936, der zum einen die faktische Suspension aller ›revolutionären‹ Implikate und Perspektiven der Theorien des 7. Weltkongresses vornimmt – und seien sie auch noch so versteckt – und dessen Resolution zum anderen in einem eindringlichen Appell die Intervention der demokratischen Staaten auf seiten der spanischen Republik fordert.³⁰² Alle diese Maßnahmen, meint Broué, wären noch akzeptierbar gewesen, wenn »die Kräfte, denen es gelungen war, die Revolution zu besiegen, auch den Krieg« gewinnen konnten. »Doch im Kampf gegen Franco und seine Verbündeten war das ›demokratische‹ und nunmehr

²⁹⁸ Broué/Témime, S. 286.

²⁹⁹ Claudin, S. 24.

³⁰⁰ Vgl. Sywottek, S. 78.

³⁰¹ Vgl. Claudin, S. 24.

³⁰² Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Spaniens, in: *Die Kommunistische Internationale* 2/1937, S. 153–156; vgl. auch Sywottek, S. 71–72.

respektable Spanien von 1937 ebenso isoliert wie das revolutionäre Spanien von 1936.«³⁰³

Die westlichen Staaten waren zu einer Änderung ihrer Haltung nicht mehr zu bewegen. Die Sicherung der ökonomischen Interessen Englands und Frankreichs wurden durch das Franco-Regime befriedigt und abgedeckt, während die Sowjetunion diesen Interessen überhaupt nicht in ihrer politischen Zielformulierung Rechnung trug, perplex vor der Appeasementpolitik der Westmächte stand und an sich nur noch das Scheitern der Revolution betreiben und fortsetzen und mit revolutionärer Phraseologie überdecken konnte. Sie begann sich aus Spanien zurückzuziehen und die Republik sukzessive ihrem Schicksal zu überlassen: »Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß sie die Hilfsleistungen für die Republikaner nicht auf Dauer beabsichtigt hatte und daß ihre Unterstützung nur die Lücke füllen sollte, bis Frankreich und Großbritannien die Situation klar erkannt hatten und in der Lage waren, den Loyalisten Unterstützung zu gewähren oder gemeinsame Maßnahmen einzuleiten, um die deutsche und italienische Intervention aufzuhalten.«³⁰⁴

Die spekulative Diplomatie der einzigen »sozialistischen« Staatsmacht der Welt zerstörte die einzige chancenreiche Revolution seit 1917. »Die Spanische Revolution wurde [. . .] der Idee zum Opfer gebracht, daß die Haltung des Weltkapitalismus gegenüber dem Sowjetstaat und der Weltrevolution letzten Endes von der Geschicklichkeit der Sowjetführung abhängt, das »Provozieren« seiner vereinten Feindschaft zu vermeiden und ihn statt dessen zu »versöhnen« und »aufzuspalten«. Diese Einstellung läßt den in den kapitalistischen Ländern selbst stattfindenden wirklichen Klassenkampf völlig außer acht.«³⁰⁵

Nachdem unter der Regierung des Linksozialisten Largo Caballero die spanische Revolution in bürgerlich-demokratische Bahnen zurückgeführt war, die Räte und Komitees in Spanien legalisiert, zerstört und entmachtet wurden, folgte im Mai 1937, nach einem Konflikt Caballeros mit den Kommunisten, das Kabinett des Sozialdemokraten Negrin, an dem nur noch bürgerliche Republikaner, Sozialdemokraten und Kommunisten teilnahmen. Unter Negrin, vorbehaltloser Verteidiger des kapitalistischen Eigentums und »entschiedener Gegner aller Kollektivisierungen«, »wurde der »demokratische« Staat, den Largo Caballero restauriert hatte, zum starken Staat«. »Offen konnte echte Opposition nicht mehr hervortreten. Kritik galt

³⁰³ Broué/Témime, S. 390.

³⁰⁴ Cattell, Soviet Diplomacy, S. 70; vgl. auch die die Westmächte anklagende Rede Litwinoffs vor dem Völkerbund am 28. Mai 1937 (in: Pope, S. 392).

³⁰⁵ Mandel, S. 20–21.

als Verrat.« »Mit drakonischen Maßnahmen verteidigte die von den Kommunisten abhängige Regierung die Unantastbarkeit des Sowjetprestiges. Ein Runderlaß vom 14. August verbot jegliche Kritik an der Sowjetunion.«³⁰⁶ »In dem Drittel, das Franco noch nicht erobert hat, herrschen nicht die Sieger vom Juli 1936, sondern eine Volksfrontregierung, an deren Spitze Negrin und Prieto stehen, zwei Männer, die zu den reichsten Familien Spaniens gehören«³⁰⁷, konstatiert die Internationale Vereinigung Kommunistischer Opposition verbittert, während der sowjetische Botschafter in London, prominentes Mitglied des Nichtinterventionsausschusses, schulterklopfend hervorhebt: »Die neue Regierung der spanischen Republik erwies sich als weitaus fähiger, den Krieg energisch weiterzuführen, und zeigte eine für jene stürmische Zeit seltsame Beständigkeit. Mit zwei Teiländerungen (im April und August 1938) existierte sie bis Kriegsende, also nahezu zwei Jahre.«³⁰⁸

So lange waren mit Hilfe der wechselhaften »Scheinunterstützung«³⁰⁹ der UdSSR, die wie oben erwähnt, seit dem Frühjahr 1937 spürbar nachließ³¹⁰ und selbst von sowjetischen Historikern als unzureichend kritisiert wurde, die Schürung und Aufrechterhaltung dieses Konflikts fern von der Sowjetunion gewährleistet: Hitler und Mussolini waren mit einer Hand in Spanien gebunden, während sie gleichzeitig ihre Rüstungsanstrengungen für globalere militärische Aggressionen vorantrieben. Spanien galt als Exerzierfeld vor allem für die neuesten Entwicklungen der deutschen Luftwaffenindustrie. Die Sowjetunion konzentrierte sich auf den chinesisch-japanischen Konflikt. »Litwinow klagte gegenüber Louis Fischer (Mitte 1938, G. P.), dem amerikanischen Journalisten und Waffeneinkäufer für die spanische Republik, über die unablässigen Rückschläge bei seinen Freunden. »Nichts als Niederlagen«, sagte er, »nichts als Niederlagen!«; »Wenn ihr ihnen noch 500 Flugzeuge geben würdet, dann würden sie den Krieg gewinnen«, erwiderte Fischer. Litwinow meinte, diese Flugzeuge würden Rußland in China mehr nützen als in Spanien. Und er persönlich habe leider keine Flugzeuge.«³¹¹

Die einzige Funktion, die das »demokratische« Spanien nun noch erfüllen konnte im internationalen Kalkül der sowjeti-

³⁰⁶ Vgl. Broué/Témime, S. 365, 387 und 384.

³⁰⁷ *Der internationale Klassenkampf* 3/1937, S. 4.

³⁰⁸ Maiski, S. 344.

³⁰⁹ Tjaden, S. 335.

³¹⁰ »Die sowjetische Hilfe für die Loyalisten verringerte sich nach und nach im Laufe des Jahres 1937, nachdem sie im Dezember 1936 zur Rettung Madrids ihren Höhepunkt erreicht hatte.« (Cattell, *Soviet Diplomacy*, S. 70). Darauf weisen auch Thomas, ebd., S. 353, und Beloff S. 34–35 hin.

³¹¹ Thomas, S. 413.

schen Geheimdiplomatie, war, unter Aufrechterhaltung der legalen demokratischen Fassade, den Kampf gegen ›den Faschismus‹ genügend lang hinauszudehnen, um das Deutsche Reich auf der iberischen Halbinsel zu binden und vom europäischen Osten abzulenken.

Nachdem die Sowjetunion den »Schrei nach Waffen«³¹² der spanischen Revolution 1936 zunächst überhörte, ihre Intervention dann schließlich mit dem Junktim der revolutionären Selbstaufgabe der spanischen Sowjets verband und sich die Waffenlieferungen zudem mit den Goldreserven der spanischen Nationalbank bezahlen ließ, überließ sie nun den Bereich der ›revolutionären Solidarität‹ im wesentlichen der Pathetik der Publikationsorgane der Komintern und der internationalen kommunistischen Organisationen. Auf die Entrevolutionierung folgte die Disziplinierung, Resignation und schließlich Demoralisierung der »Tatbereitschaft des spanischen Proletariats«³¹³, das zum Objekt einer Taktik geworden ist, der schließlich auch die Sowjetunion nach dem Einmarsch Hitlers in ihr Land 1941 ihren Tribut zahlen mußte.

Im Sommer 1938 stimmt die Sowjetunion im Londoner Nichteinmischungsausschuß dem Vorschlag zu, beiden spanischen Regierungen die Rechte von Kriegführenden zuzubilligen, was einer praktischen Anerkennung Franco-Spaniens gleichkam. »Darüber hinaus darf man annehmen«, schreibt Témime, »daß der Kurswechsel in der Nichteinmischungspolitik mit einer grundsätzlichen Wendung in der außenpolitischen Orientierung der Sowjetunion zusammenhing. Das waren die ersten Anzeichen einer Entwicklung, die später, etwa ein Jahr nach der praktischen Preisgabe Spaniens, zum Hitler-Stalin-Pakt geführt hat.«³¹⁴ Denn es gelang nicht, über Spanien die Westmächte in einen direkten Konflikt mit den Faschisten zu treiben bzw. den Bürgerkrieg mit dem Ausbruch des erwarteten Zweiten Weltkrieges zusammenfallen zu lassen; das war im übrigen auch die Hoffnung Negrins zur Neubelebung der spanischen Republik. Die Wendung der Sowjetunion zum Bündnispakt mit dem Faschismus schließlich war genau von dieser Absicht geleitet, die Herausschiebung des Weltkrieges und seine Abwendung von der Sowjetunion zu erreichen. Die internationale antifaschistische Bewegung, an deren Spitze sich die Kommunisten gesetzt hatten, mußte dabei im wahren Sinne des Wortes ›über die Klinge‹ springen.

Wiewohl sie inhaltlich als Volksfrontbewegung schon nicht mehr existent war, signalisierte sie indes zumindest prinzipiellen Widerstandswillen gegen den Faschismus in Deutsch-

³¹² Gross, S. 543.

³¹³ *Der internationale Klassenkampf* 2/1938, S. 6.

³¹⁴ Broué/Témime, S. 624.

land und orientierte ihre Hoffnung an Spanien, das nun, vor dem Hintergrund der gesamteuropäischen Konfliktlage und der außenpolitischen Linienänderung der Sowjetunion, endgültig fallengelassen wurde und in Vergessenheit geriet. »In Spanien wird das Schicksal der proletarischen Weltrevolution nicht entschieden werden«, zitiert Fernando Claudin Manuilsky aus einem Bericht an das Exekutivkomitee der Komintern im Februar 1930. »Ein einziger Streik ist für die internationale Arbeiterklasse von größerer Bedeutung als diese Revolution spanischen Stils, die ohne die historisch führende Rolle der kommunistischen Partei und des Proletariats stattgefunden hat.«³¹⁵

Im Frühjahr 1939, nach Francos widerstandslosem Einmarsch in Madrid, wo über zwei Jahre lang die kommunistische Partei ihre historisch und politisch führende Rolle wahrgenommen hatte, war nicht nur die spanische Republik und das bewußte, handlungsfähige spanische Proletariat zerstört, sondern war auch die bittere Erfahrung revolutionärer Erfolglosigkeit zu einer resignativen Konstante vieler emanzipativer Hoffnungen über Generationen hinweg verwurzelt worden.

4. Schlußbemerkung. Zur Aktualität der Volksfrontkonzeption

Die Rückverlagerung des politisch-theoretischen Orientierungsrahmens eines großen Teils der europäischen Linken auf die erfolgreiche ›Große‹ Oktoberrevolution und der Versuch, ihre innere Konsolidierung aus der enthistorisierten Transformation damaliger Erfolgsbedingungen auf die heutige Wirklichkeit zu beziehen, mögen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, als Geschichte ihrer Niederlagen, einen Teil ihrer Erklärung finden.

»Der Moment der Hoffnung auf eine eigene Revolution jedoch, die sich ihr Maß selber setzen könnte«³¹⁶, verlangt »die Erfahrungen des Erfolgs und des Mißerfolgs, die am Ende eines Konflikts überschaubar werden«³¹⁷, auszudehnen auf die rigorose Frage nach der Qualität, Realität und praktischen Konsequenz jener Konstante im vielfältigen Gefüge emanzipatorischer Versuche und Entäußerungen, die sich — in Form der sowjetischen ›sozialistischen Übergangsgesellschaft‹ und vermittelt über die jeweiligen kommunistischen Parteien und

³¹⁵ Claudin, S. 3.

³¹⁶ Rossanda, S. 17.

³¹⁷ M. Vester, *Solidarisierung als historische Möglichkeit*, Wunstorf 1973, S. 14.

Gruppierungen, als defensives, disziplinierendes und Rücksichtnahme forderndes Element bis heute geltend macht. Das historische Verhalten der KPD (Opposition), die die ›ultralinke‹ oder ›ultrarechte‹ Taktik der offiziellen kommunistischen Parteien zum radikalen Gegenstand ihrer Kritik machte, zugleich jedoch — aus Solidarität (?) — die Quelle dieser Politik ihrem Blickfeld entgleiten ließ, bis ihr im spanischen Bürgerkrieg die Augen geöffnet wurden, verdeutlicht das »Dilemma« der westeuropäischen Linken, »verrät eine uneingestandene Komplizenschaft, eine unbewußte Flucht«³¹⁸. Beinahe dreißig Jahre nach ihrer Entstehung, schreibt Daniel Guérin in sehr pathetischer Form, ist die Volksfront auch heute noch nicht nur eine leere Formel, ein Museumsstück oder ein Kadaver, den man beerdigt, sondern ein immer noch lebendiger Mythos.³¹⁹

Der Verlust Spaniens, die traurige Bilanz und das Scheitern der französischen Volksfront, sind der historischen Vergessenheit anheim gefallen und mit ihr die Lernprozesse und alternativen Handeln ermöglichenden radikalen Fragen nach den Bedingungsbeziehungen der Niederlagen. Mit dem Volksfrontmythos lebt der Mythos der russischen Oktoberrevolution, deren Faktizität alle ihr folgenden Entwicklungen, alle Handlungen des in Permanenz feindlich ›umkreisten‹ und angegriffenen sowjetischen Staates, entschuldbar oder ignorierbar machte.

Der Verlauf des Zweiten Weltkrieges, die Vernichtung des deutschen Nationalsozialismus, der Sieg der Sowjetunion im Bündnis mit den Alliierten und allen ›antifaschistischen Kräften‹ ließen es nicht zu einer Reflexion und Selbstkritik innerhalb der kommunistischen Parteien kommen, verdrängten die praktischen Konsequenzen aus den Ereignissen von 1933, 1936 und 1939, revitalisierten jenen Mythos der Volksfront in Europa, dessen Funktion in der Legitimation der eigenen Praxisform und der Ignorierung der Niederlagen bestand und der alles Versagen, explizit in Spanien, zurückführte auf jene Gruppierungen, die das eigentlich Genuine der Revolution waren: die anarcho-syndikalistischen, linkskommunistischen und linkssozialistischen Zellen, Gewerkschaften und Parteien. Das antifaschistische Etikett der Volksfront muß als Konsequenz der hier geschilderten und problematisierten Zusammenhänge, als mythisch und unglaublich zurückgewiesen werden. Genese, Funktion wie gezielt konterrevolutionärer Verlauf der Volksfront und der dominant in diesem Konglomerat agierenden kommunistischen Parteien, qualifizieren das ›Bündnis aller demokratischen Kräfte des Volkes‹ als sowjet-

³¹⁸ Rossanda, S. 19.

³¹⁹ Vgl. Guérin, S. 9.

zentristisch; es sollte als solches akzeptiert und benannt werden.

Die Niederlagen in diesen Jahren schienen offenbar zu groß, als daß man ihre Ursachen selbstkritisch begründen und erfahren wollte, der Sieg der Sowjetunion 1945 zu teuer erkämpft, als daß man sie zum Gegenstand von Fragen nach ihrem Anteil der vorangegangenen Niederlagen der Internationalen Arbeiterbewegung machen konnte. Der Selbstbetrug der Linksintellektuellen, den Rossanna Rossanda wieder zu thematisieren begann, spiegelt sich in den Hoffnungen jener ›Massen‹, die die harmonistische Einheitlichkeit aller Volksschichten als Voraussetzung ihrer ›neuen Gesellschaft‹ und das internationale Friedensbedürfnis der Sowjetunion als Synonym und Ausdruck seines sozialistischen Charakters zu verstehen gelernt haben. »Die Probleme, die 1939 zum Vorschein gekommen waren: das Verhältnis von Revolution und Staatsmacht, die Widersprüche zwischen der Verteidigungsstrategie der UdSSR und der internationalen Taktik, zwischen sozialistischen Staaten und kommunistischer Weltbewegung — diesen verwickelten, kaum auflösbaren Problemknoten, hatte der Sieg im Zweiten Weltkrieg zunächst einmal durchhauen. Die Konfrontation von Politik und Moral [. . .] war aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.«³²⁰

Die Entstehungsgeschichte der Sowjetunion, ihr entwicklungs-politischer Existenzkampf, ihre Isoliertheit sind Folge jener »anormalen‹ Konstellation«, wie Marcuse sie pointiert bezeichnet, »in der eine sozialistische Gesellschaft erbaut werden sollte, mit der kapitalistischen Gesellschaft eher koexistierend, als auf sie folgend, eher als ihr Konkurrent [. . .], denn als ihr Erbe«³²¹. Die Konsequenz aus dieser Einsicht und die Einsicht in fünfzigjährige sowjetische Geschichte wie in die Strukturen der Interessen, die ihrem internationalen und internationalistischen Verhalten zugrunde lagen und liegen, gestatten im Einzelfalle Ausweglosigkeit zu analysieren, legitimieren niemals Ignoranz oder jenes passiv-linkskonformistische Einverständnis, wonach eine wirklich sozialistische Haltung stillschweigend auch den prosowjetischen ›sauren Apfel‹ zu schlucken hat, aus einer Art ›linkischer‹ mißverständener Solidarität heraus.

Die kollektive Augenwischerei und vordergründige Rationalisierung ist letztendlich auch der Angst vor der logisch wie empirisch haltlosen Diffamierung als Antikommunist zu verdanken, die diejenigen trifft, die die Realität des deklarierten Sozialismus an den von ihr behaupteten »freigesetzten emanzi-

³²⁰ Rossanda, S. 30.

³²¹ H. Marcuse, Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied und Berlin 1969, S. 29.

pativen Veränderungen«³²² zu messen versucht — ein Ausfluß des Stalinschen Rigorismus, der auch heute noch von un-
verminderter Wirkung ist.

Die Aufforderung Rossandas aus dem »quasi ›religiösen‹«
Verhältnis zu den »sozialistischen Ländern« ein »weltliches«
werden zu lassen³²³, ist zugleich eine Aufforderung an un-
sere eigene Glaubwürdigkeit und unsere Überzeugungskraft
als, wie auch immer, facettierte politische ›Linke‹.

Wenn zu Demonstrationen für Chile aufgerufen wird mit der
Parole ›Allende lebt!‹, so drückt dies das objektive Bedürfnis
aus, vermittelt politischer Sentimentalität (abgesehen von der
Funktion, eine weitere revolutionäre widerspruchsfreie Figur
zu schaffen) die Frage zu unterdrücken nach den anderen
Chancen, die das chilenische Experiment *aus sich* heraus noch
hatte, nämlich nicht nur seiner Liquidation zu entgehen, son-
dern seiner Entfaltung zusätzlichen Raum zu geben. Nicht
die Sentimentalität der Niederlage, sondern die Radikalität
der Infragestellung trägt dazu bei, Stimulans schöpferischer,
antizipatorischer Ansätze zu sein, um »die Unangemessenhei-
ten der alten Theorie und Organisationsweise zu korri-
gieren«³²⁴.

»Weder in Chile noch in Frankreich«, schreibt Guggomos,
»hätte die Linke eine Chance gehabt, hätte sie sich nicht zu-
sammengerauft, hätten nicht die verschiedene Wege bevorzu-
genden und auch unterschiedliche Ziele anstrebenden Parteien
und Gruppen erklärt, daß dritte und vierte Schritte nicht ohne
diesen ersten getan werden können.«³²⁵

Welche Chance? Welche Schritte? Welche Ziele? Was ge-
schieht, wenn der zweite Schritt, der legalparlamentarische
Machtantritt, den Anlauf zum dritten Schritt, die Überwin-
dung der Legalität, stornieren muß, um, wie man wußte, die
(zweifelsohne zunächst fundamental notwendigen) Bedingun-
gen der Machtausübung (*exercice pouvoir*) in Chile abzusi-
chern, aufrechtzuerhalten? Welche Konsequenz hat die Diszi-
plinierung der spontan handelnden Basis durch die staatliche
Repräsentanz der ›Linken‹? Wer bestimmt die Progression re-
volutionärer Etappen? Welchen Stellenwert und welche be-
wahrende Funktion hatte die Legalisierung praktizierende,
vornehmlich sozialistisch-kommunistische Regierungskoali-
tion in Chile?

Im Nachhinein ist es zugestandenermaßen leicht, Bilanz zu
ziehen und es ›besser zu wissen‹. Doch auch und gerade die

³²² Negt, S. 29.

³²³ Rossanda, S. 30.

³²⁴ Vester, S. 14.

³²⁵ C. Guggomos, *Unidad Popular, Volksfront und Lehren für uns*, in:
Berliner Extra-Dienst 19/1973, S. 21.

damaligen Forderungen eines Teils der chilenischen Basis haben diesen Problemkomplex berührt und den Oktober 1973 ›geahnt‹. Die Vorschläge liefen, nach einer Kritik der aktuellen Entwicklungen in Chile bis 1972, darauf hinaus, basisgetragene Prozesse einzuleiten, vollendete Tatsachen zu schaffen, die in zunehmendem Maße die Möglichkeit ausschließen sollten, das ›Rad rückwärts zu drehen‹. »Man muß Organe der städtischen und ländlichen Arbeiter, der Bauern, Studenten und Soldaten bilden, die die lokalen Kämpfe leiten und sich nach und nach als Basis der revolutionären Herrschaft behaupten.«³²⁶

Für die westeuropäischen kommunistischen Parteien liegt die Frage nach dem Zusammenhang von antimonopolistischer parlamentarischer Strategie und der Zerstörung emanzipativer Spontaneität und Selbstverwirklichung jenseits der erörterbaren Problemkonstellation. Ihre ›Revolution‹ ordnet sich, ungeachtet aller historischen Niederlagen und Widersprüchlichkeiten, in die Tradition der verdinglichten, klassischen Volksfrontbündnisse seit 1935 ein.

Die vorgeblich den Faschismus überwindende Lösungsstrategie des 7. Weltkongresses bleibt explizit von handlungsleitender Aktualität und Relevanz für die Politik in der Bundesrepublik und »andere kapitalistische Länder«³²⁷, trotz fundamentaler innen- wie außenpolitischer und ökonomischer Veränderungen. Durch eine rhetorische, partout nicht inhaltliche Modifikation des Feinbildes bleibt die grundsätzliche Struktur der sozialen Träger des Bündnissystems, der Inhalt der Kampfziele und die Methode politischer Praxis auf der Basis bürgerlich-parlamentarischer Auseinandersetzung erhalten. Das Ziel heißt »antimonopolistische Demokratie«, als »vorsozialistische Etappe«³²⁷ in der Epoche des Imperialismus. Durch sukzessive Reformen ist den reaktionären Monopolen – deren superlativierte terroristische, chauvinistische, imperialistische Attribute, die die Definition des Faschismusbegriffs des 7. Weltkongresses konstituierten, nunmehr wegfallen – der Zugriff über den bürgerlichen Staatsapparat zu entreißen, sind die Voraussetzungen für die sozialistische Transformation der Gesellschaft zu schaffen. »Dieser Kampf erfordert das Bündnis aller nichtmonopolistischen Volksschichten, unter denen die Arbeiterklasse die stärkste Kraft ist. Ein solches Bündnis ist möglich, weil alle diese Schichten im Monopol ihren Feind haben und gegen ihn durch gemein-

³²⁶ Autorenkollektiv, Chile zwischen bürgerlicher Legalität und sozialistischer Revolution, in: *Probleme des Klassenkampfes* 3/1972, S. 182/183.

³²⁷ M. Schäfer, Vorwort zu VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in: Nr. 103 (1971), S. 5.

³²⁸ Ebd., S. 21.

same Interessen verbunden sind. Ein solches Bündnis ist notwendig, weil nur so die Macht des Monopolkapitals überwunden werden kann. Das ist gerade die Linie des 7. Weltkongresses, wie sie auch ihren Niederschlag in der Grundsatzklärung und in den Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP finden. [...] So mag dieser Band mit Reden und Beschlüssen des 7. Weltkongresses dazu beitragen, Klarheit über Grundfragen der Strategie und Taktik des Klassenkampfes in der BRD heute zu schaffen.«³²⁸

Die 1935 der internationalen Arbeiterbewegung aufgezwungene Wahl zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie, dem Bedürfnishorizont der damaligen sowjetischen Außenpolitik entsprechend, wird heute zur kategorischen Alternative zwischen antimonopolistischer Demokratie für ›Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus‹ und dem ›staatsmonopolistischen System der Bundesrepublik‹.

»Der Neuaufguß der Volksfronttheorie³²⁹, die in den dreißiger Jahren als eine Bündnistheorie zur Erhaltung der bürgerlichen Demokratie, zu deren Schutz vor dem Faschismus und zur Verhinderung eines Krieges gegen die UdSSR entwickelt worden war, zeigt – in analogiam – die Funktionen, die das Bündnis unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz haben soll.«³³⁰ Die Breite der Bündnisse (hier am Beispiel der DKP expliziert) erstreckt sich bis zu den kleinen und mittleren Warenproduzenten, den nicht-monopolistischen Produktionsmittelbesitzern. Die Zielsetzung kann daher keine proletarische, revolutionär verändernde sein, sondern nur eine, die sich an der Erhaltung des existierenden gesellschaftlichen Status quo orientiert und reformerische Veränderungen erstrebt, die einen Kompromiß zwischen allen gesellschaftlichen Trägergruppen zur Grundlage der Reform macht.

Die DKP stellt sich mehr oder minder auf den Boden eines obsoleten Konkurrenzkapitalismus, indem sie die Interessen der kleinen und mittleren Betriebe im Kampf gegen die Omnipotenz der Monopole unterstützt und deren antimonopolistische Profit- und Konkurrenzinteressen, die an den Kanon frühkapitalistischer Maximen nach Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit anknüpfen, untermauert. Das Anknüpfen an die Konkurrenzinteressen des Kleinkapitals verselbständigt sich zur politischen Illusion und schlägt sich selbst die Waffen der Veränderung aus der Hand, da die Kapitalfraktionen als

³²⁹ Zur praktischen und theoretischen Kontinuität der Volksfrontkonzeption vgl. C. Möcklinhoff, Aspekte der Geschichte und Theorie der KPD und DKP, in: *Probleme des Klassenkampfes* 3 und 4/1972, und W. Petrowsky, Zur Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: *Probleme des Klassenkampfes* 1/1971.

³³⁰ Schmiederer, S. 60.

gesellschaftliches Gesamtkapital in Konfliktsituationen immer gegen die Gesamtheit der Lohnabhängigen geeint sind.

Der Breite der von der antimonopolistischen Volksfrontstrategie angesprochenen gesellschaftlichen Zielgruppen entspricht die Verschwommenheit und Ambivalenz der politischen Programmatik, die sich ausdrückt in Begriffen wie ›fortschrittliche Kräfte‹, ›wirkliche Demokratie‹, ›allgemein demokratische Bewegung‹, ›Volksstaat‹ usw. »Der Verzicht auf eine Klassenstrategie bedeutet jedoch den Verzicht auf eine offensive Politik. Die Volksfront ist per definitionem ein defensives Bündnis. In ihrer ›klassischen‹ Form der dreißiger Jahre sollte sie den bürgerlich-demokratischen Staat vor dem Faschismus schützen; in ihrer neuen Form soll sie den Frieden gegen die drohende nukleare Kriegsgefahr verteidigen.«³³¹

Die noch fehlende ökonomische Analyse, die der Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien zugrunde liegen soll, ist mit der Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) nachgeliefert worden. Die Stamokap-Theorie übernimmt die »Volksfronttaktik als vorgegebenes und richtiges Datum«³³², während die historische Genese der Volksfrontkonzeption selber – siehe das erste Kapitel dieser Arbeit –, aufgrund ihrer eindimensionalen Funktionalität im Interesse der UdSSR und, was ihre ›theoretische‹ Absicherung betraf, voluntaristischem Eklektizismus geschuldet war. »Dieser Theorie fällt [...] die Aufgabe zu, die Grenzlinie zwischen monopolistischer und nicht-monopolistischer Bourgeoisie zu bestimmen, um, sodann daran anschließend, die Binnenstrukturen des monopolistischen Herrschaftszentrums transparent zu machen.«³³³

Die revolutionäre Perspektive bleibt, ebenfalls analog zu den Aussagen des 7. Weltkongresses, einem automatischen, subjektiv kaum beeinflussbaren Prozeß überlassen. Margaret Wirth hat in einem kurzen Aufsatz die zentralen Theoreme der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausgearbeitet, wonach der »Kapitalismus [...] sich nicht mehr seiner eigenen Basis gemäß (bewegt); er ist sterbender, verfallender Kapitalismus, Kapitalismus, der seine letztmögliche Form erreicht hat und deshalb bald ›abtreten‹ muß«³³⁴. Als

³³¹ Ebd., S. 61; vgl. auch Schäfer, S. 20, und Maiski, S. 263, der in derselben Form die antirevolutionäre Politik der SU in den dreißiger Jahren mit der drohenden Gefahr eines Weltkrieges in Verbindung bringt – am Beispiel des spanischen Bürgerkrieges, den es zu ›lokalisieren‹ galt.

³³² E. Hennig, Monopolgruppentheorie der DDR – diskutiert an ›Großbanken, Industriemonopole, Staat‹ von Kurt Gossweiler, in: *Leviathan*, 1973, S. 143.

³³³ Ebd.

³³⁴ M. Wirth, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: *Probleme des Klassenkampfs* 8, 9/1973, S. 20.

Indizienbeweis für diese These wird das wachsende Interventionssystem des spätkapitalistischen Staates gewertet, dessen mechanistische Transformation in eine sozialistische Gesellschaft »irgendwann«³³⁵ einmal geschehen wird, ohne jedoch die Bedingungen für die Entwicklung revolutionärer Situationen und den politischen Stellenwert der kommunistischen Partei als subjektiven Faktor und handelnde Avantgarde in diesem Bezugsrahmen zu benennen.

Entscheidendes Moment kommunistischer Politik bleibt also folglich die Sowjetunion, deren wirtschaftliche und politische Bindungen an den kapitalistischen Weltmarkt, diesem unaufhaltsamen Niedergangsprozeß der kapitalistischen Systeme in keinem Falle entgegenzuwirken vermag; denn Handel fördert zum einen den Frieden, zum andern kommt die Prosperität kapitalistischer Großbetriebe, die mit Aufträgen aus der Sowjetunion eingedeckt sind, auch den dort arbeitenden Werktätigen zugute.³³⁶ Die »Sozialistische Staatengemeinschaft« ist der wichtigste »Faktor des historischen Fortschritts«³³⁷. Von Seiten der DKP ist diese »Doppelstrategie« mit Ernst Thälmanns Wort abgedeckt, daß die positive Einstellung zur Sowjetunion das Kriterium jedes wirklichen Kommunisten ist«³³⁸.

Die explizit reformistische Praxis der kommunistischen Parteien, die mit der Volksfrontpolitik eingeleitet wurde, ist durch den daraufhin erfolgenden Mitgliederzuwachs (Frankreich) in dieser Konzeption zugleich rückwirkend prägend bestärkt worden. Die spezifischen Bedingungen der deutschen Nachkriegskommunisten in der Bundesrepublik erzwangen, als Folge des

³³⁵ W. Sagladin, Spiegel-Interview, in: *Der Spiegel* 50/1971, S. 118, als Vizechef der Internationalen Abteilung im Sekretariat des ZK der KPdSU auf die Frage, wie das Verhältnis der SU zur DKP betrachtet wird, vor dem Hintergrund der sich ständig verbessernden deutsch-sowjetischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen: »Unsere Freunde verstehen ausgezeichnet, daß der Handel und die Beziehungen entwickelt werden müssen. Ich habe während meiner Reise jetzt mit Kollegen vom Betriebsrat der Firma Mannesmann gesprochen. Gerade sie haben immer wieder versichert, wie wichtig und gut es ist, den Handel mit der Sowjetunion zu steigern. Sie wissen, daß diese Geschäfte von Unternehmern des Gewinns willen betrieben werden, aber sie haben immer wieder betont: Handel fördert den Frieden. Und mit großer Genugtuung haben sie berichtet, bei ihnen im Werk gäbe es keine Kurzarbeit, sondern volle *Auslastung der Kapazitäten*.« Im selben Sinne antwortet A. Dubonossow (*Der Spiegel* 47/1971, S. 52) als Chef der Filiale der Moskauer Staatsbank in der Bundesrepublik auf die Einlassung: »Das bedeutet, daß ihnen die Stabilität des westlichen Währungssystems am Herzen liegt?« folgendermaßen: »Gewiß, gewiß. Stabilität ist unsere Basis für ein gesundes Geschäft.«

³³⁶ Sagladin, ebd.

³³⁷ Protokoll des Düsseldorfer Parteitages der DKP, DKP Kontra Großkapital, Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus, Düsseldorf 1971, S. 323.

³³⁸ Ebd., S. 324.

verfassungsgerichtlich sanktionierten Verbots der KPD, weitere verbalrevolutionäre Abstriche, um den Legalitäts- und Loyalitätsanforderungen des Systems gerecht zu werden.³³⁹ Die historisch seit dem 7. Weltkongreß exogen stimulierte reformistische und antirevolutionäre Praxis der kommunistischen Parteien erfuhr ihre endogene Entsprechung durch den revolutionär-begrenzten Anspruchshorizont der sich ihr anschließenden Mitgliederschaft und war im Falle der schwachen deutschen kommunistischen Partei schließlich, staatlicher Repression zufolge, auf ihren definitiven Nenner gebracht.

Die antimonopolistische Bündnispolitik impliziert zugleich eine Verschiebung der politischen Zielvorstellungen, die neben der historisch-praktischen und sowjetzentristisch-theoretischen als etatistische Kontinuität seit Initiierung der Volksfrontpolitik erkennbar wird.

Jene Voraussetzungen einer Regierung der antifaschistischen Einheits- oder Volksfront, die Dimitroff auf dem 7. Weltkongreß umrissen hatte und die in ihrer innenpolitischen Struktur als kleinbürgerlich-parlamentarisch, außenpolitisch als sowjetfreundlich zu definieren sind, fanden mit der Konstituierung der Neo-Volksfrontregierung in Spanien, unter Beteiligung der kommunistischen Partei auf ausdrückliche Veranlassung der Komintern, ihre erstmalige historische Verwirklichung. Schon in einem der ersten Kommentare des Organs des EKKI fällt in einer negativen Wendung jener Begriff einer Republik neuen »Typus«³⁴⁰, der mit der Rekonsolidierung bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse in Spanien, seine weitere Entfaltung erfahren sollte.

Auch Ercoli betont den besonderen Charakter der spanischen Volksfront und hebt das »kennzeichnende Merkmal dieses neuen Typs der demokratischen Republik«³⁴¹ hervor: die breite soziale Basis, die, wie er meint, mehr soziale Schichten repräsentiert, als die französische Volksfront, in ihrem Widerstand gegen die faschistischen Aufständischen. Negrins »linksautoritäre« Regierung schließlich, die explizit Gesetze zum Verbot der Kritik an der Sowjetunion erließ, ist die eigentliche Vollendung der »demokratischen Republik neuen Typus«³⁴², die von Maiski in ihrer Stabilität gelobt wird und als anti- und nichtsozialrevolutionärer Staat dem Bedürfnis der Sowjetunion als außenpolitischer loyaler Bündnispartner am ehesten entgegenkommen dürfte. Die innenpolitische, kleinbürgerliche Stabilität eines solchen Systems verhindert zum

³³⁹ Vgl. H. Brinkmann, *Stalin-Theoretiker der Bürokratie*, Gießen 1971, S. III.

³⁴⁰ *Die kommunistische Internationale* 10/1936, S. 958.

³⁴¹ Ercoli, *Spanische Revolution*, S. 1109.

³⁴² Kühne, S. 27.

einen neue Maßstäbe setzende konkurrierende Revolutionen, minimiert andererseits das Risiko, weltpolitisch riskante ›Solidaritätsinterventionen‹ der UdSSR auf seiten revolutionärer Bewegungen praktizieren zu müssen.

Sywottek weist auf den paradigmatischen Charakter dieses ›neuen Typs‹ der Demokratie in der Diskussion und Programmatik der Exil-KPD hin; eine konkret-faßbare staatliche Übergangsordnung wird somit rezipiert, die schließlich im Rahmen der Volksdemokratien nach dem Zweiten Weltkrieg in den osteuropäischen Staaten und der DDR verwirklicht werden sollte.³⁴³

Inwieweit die theoretisch so sehr favorisierte ›stabile‹ spanische Neo-Volks(front)Republik nicht zugleich auch Ausdruck eigener, sowjetischer Staats- und Herrschaftsformen war — da sie durch keine genuine proletarische Bewegung entstand, sondern praktisch exportiertes Produkt der bürokratischen Interessenstrukturen der Sowjetunion wurde —, soll zunächst dahingestellt bleiben, zumal die Wichtigkeit und der Charakter der gesamtwirtschaftlichen Planinstitutionen in der UdSSR, im Bürgerkriegsspanien keine das Herrschaftsgefüge prägende strukturelle Entwicklungsinstitution war.

Andererseits lassen sich gerade in der von der DKP konzipierten gesellschaftlichen Übergangsform, der ›antimonopolistischen Demokratie‹, Elemente entdecken, die im Zusammenhang mit den oben erwähnten Artikeln des Publikationsorgans des EKKI besonders hervorgehoben worden waren: die Unmöglichkeit der aktuellen Realisierung des Sozialismus als kollektive Aktion des Proletariats, die Gemeinschaftlichkeit der Interessen fast aller Bevölkerungsschichten (als Volksbewegung) und der von diesen getragenen Staatsmacht, die Betonung bürgerlich-demokratischer Grundgesetzlichkeit, der demokratischen Prinzipien und Rechte und die strukturell friedfertige Haltung eines solchen Systems, insbesondere gegenüber der Sowjetunion. Das Staatsbild der DKP, unter Zugrundelegung auch des Vorbilds der DDR, als antimonopolistische Alternative zum bundesrepublikanischen System ist es wert, im Anschluß an die Arbeit Sywotteks, einer näheren Studie unterworfen zu werden.

Die Aktualität der Volksfrontkonzeption der Komintern heute besteht schließlich und endlich vor allem in der Suspension selbst rudimentärer revolutionärer Gehalte, in der Zielkonzentration auf eine sowohl nicht-sozialistische wie nicht-monopolistische kleinkapitalistische Staats- und Gesellschaftsformation und in der Bestrebung, den realen Volkspartei Charakter der Organisation der westdeutschen Kommunisten zu konsoli-

³⁴³ Vgl. Sywottek.

dieren. In diesem Sinne ist die deutsche kommunistische Partei die beste sozialdemokratische Partei, die wir je hatten (Rabehl).

Das ›Dilemma‹ der ›Linken‹ mit den ›sozialistischen Staaten‹ ist — auf einer anderen Ebene — auch das der offiziellen kommunistischen Parteien: ohne die Fixierung auf die UdSSR und die ihr assoziierten Staaten versagt sich die frei Haus gelieferte ›revolutionäre‹ Perspektive und Identität; mit ihnen verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit auf eine reale Alternative zum gegenwärtigen System.